



Was wir begreifen von der Zukunft ferners
Das Wort und Arbeit uns gerichtet stehen,
Das unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Ortschaft nicht mehr betteln gehen.
O. Gerwegh.

Telephon Nr. 2325, 10.526 u. 10.542.

Der

Erntentom 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-88

Ganzjährlich 5-76

Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—, für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 9

Wien, den 20. März 1914.

22. Jahrg.

Die zerichlagene Verfassung.

Der Reichsrat vertagt.

Am Montag abends hat die Regierung durch ein kaiserliches Reskript den Reichsrat vertagt und damit sind die Wege für das in Oesterreich so beliebte Notverordnungsrecht geebnet. Wer sich in dieser Zeit der allgemeinen politischen Gleichgültigkeit und Verlotterung noch einiges konstitutionelle Gewissen bewahrt hat, der könnte angesichts der Tatsache, daß just in den Tagen des März die österreichische Verfassung in Trümmer geschlagen wird, schamrot werden, wenn er sich vor Augen hält, daß vor kaum länger als einem halben Jahrhundert die Bürger dieses Staates für die Konstitution und die demokratische Ausgestaltung unseres Staatswesens ihr Blut auf den Barrikaden verspritzt haben. Heute freilich gehören solche verstaubte Erinnerungen zu den antiquierten Idealen der Vergangenheit, denn das Bürgertum hat es längst verlernt, das kostbare Rechtsgut der Völker, das in einer konstitutionellen Staatsverfassung liegt, zu schätzen, und nur der nationale Haß, der alle besseren Instinkte ertötet und alle Volksnotwendigkeiten zur Seite schiebt, steht vorderhand im höchsten Kurswert. Und so darf auch die Zerichlagung der österreichischen Verfassung und die Aufrichtung der autokratischen Bürokratenherrschaft als ein „Erfolg“ jener nationalen Politik gebucht werden, der es vor allem darum zu tun ist, ängstlich darauf zu achten, daß nicht etwa eine andere Nation als die eigene zubielt an Rechten und Freiheiten zugemessen erhält. Es ist diesmal der große „Erfolg“ der tschechischen Obstruktion, daß das Parlament mitten in einer Fülle von Arbeit gestört und von großen Aufgaben abgehalten wird. Weil der böhmische Landtag seit vielen Jahren versagt und sich das deutsche und tschechische Bürgertum in der Frage der böhmischen Landesverfassung nicht zu einigen vermag, muß auch der Reichsrat lahmgelagt und die Reichsverfassung in Trümmer geschlagen werden. Und was jedes Urteil über den traurigen Erfolg des tschechischen Obstruktionswahnwises nur noch trauriger und pessimistischer stimmen muß, das ist die Tatsache, daß gerade vom deutschen Bürgertum und seiner Presse die Zerichlagung des Parlaments als ein eigentlicher Sieg der Deutschen über die Tschechen empfunden und gefeiert wird. Es klingt wie eine Tollhändlerphantasie, wenn man diese Tatsache verzeichnet und sich daran erinnert, daß mitten in einer wirtschaftlichen Krise, wo die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt, das Parlament in seiner Arbeit gehindert und daß es just in dem Augenblick nach Hause geschickt wird, wo die Regierung die Rekrutenanzahl um 31.000 Mann zu vermehren gedenkt und wo weiters die bosnische Eisenbahnvorlage uns eine Ausgabe von 396 Millionen auferlegt. Die Regierung wird also diese von ihr als unbedingt notwendig erachteten Ausgaben im Wege einer Anleihe decken, womit sich unsere Abhängigkeit von dem Bankkapital nur noch vergrößert und die Last der Zinsen, die die Völker zu zahlen haben, ins Unermeßliche gesteigert wird.

Freilich läßt sich nicht behaupten, daß die Regierung des Grafen Stürgkh an diesem Versagen des Parlamentarismus nicht mitschuldig wäre. Schon die Tatsache, das Graf Stürgkh alles unberührt ließ, um eine Einigung der streitenden Parteien zu erzielen und das Parlament aus seiner Klemme herauszuführen, wie auch der Umstand, daß der nationalverbändlerische Präsident Dr. Sylvester nicht einmal die ihm durch die parlamentarische Geschäftsordnung zur Verfügung stehenden Mittel anwandte, um die Obstruktion zu brechen, beweisen am deutlichsten, daß es sich der Regierung geradezu um einen von langer Hand vorbereiteten Streich gegen das Parlament gehandelt hat. Für den Grafen Stürgkh ist es eben be-

quem, ohne Parlament mit dem § 14 zu regieren. Er will seine Ruhe haben und schickt einfach ohne jeden Versuch, eine Versöhnung der streitenden Parteien herbeizuführen, die Volksvertretung nach Hause. Damit ist natürlich vielleicht auf eine Reihe von Monaten hinaus jede Aussicht geschwunden, daß auch nur die dringendsten Volksnotwendigkeiten auf gesetzgeberischem Wege erledigt werden können und für die Arbeiter, die unter dieser allgemeinen Unfruchtbarkeit am schwersten leiden, eröffnen sich wahrhaft trostlose Perspektiven. Wäre bei dem österreichischen Bürgertum nicht jeder Sinn für eine konstitutionelle Staatsverfassung erstorben, dann müßte sich jetzt freilich ein Sturm erheben, der die Regierung und jene Uebeltäter, die mit freblem Uebermut die Rechte des Volkes des nationalen Habers wegen zerstampft und zertreten haben, hinwegfegen würde. Aber dem Bürgertum ist längst jeder politische Sinn und jedes Verständnis für die Rechte der Völker abhanden gekommen, und so kann es geschehen, daß seine eigenen Vertreter, denen der bis zur Siedehitze gesteigerte nationale Streit Lebenselement ist, einfach selbst dem Absolutismus die Wege ebnen. Der Parlamentarismus ist eingesargt und der Absolutismus pflanzt als Triumphator seine Fahnen auf. Das ist vorderhand das Fazit unserer bürgerlichen Politik und unserer Regierungsweise, für das die Völker Oesterreichs die kostspielige Zeche zu bezahlen haben!

Gewerkschaftsführer in der Verbannung.

Die Geschichte wiederholt sich, aber in recht seltsamer Weise. In der Sturm- und Drangperiode des englischen Kapitalismus, als er das Landvolk gewalttätig von der Scholle trieb und seiner Habe beraubte, um es in den Dienst der eisernen Ungeheuer, der Maschinen, zu zwingen, da entledigte man sich der rebellischen Geister, indem man sie nach den fernen, unbewohnten und unwirtschaftlichen Kolonien deportierte, wo sie und ihre Nachkommen in zäher, intelligenter Arbeit demokratische Gemeinwesen aufbauten, die dem alten Europa heute als Muster gelten können: wir denken an Australien und Neuseeland. Nun hat eine andere Art von Kolonie den Prozeß umgekehrt. Neun proletarische Rebellen, die den südafrikanischen Mächtigen lästig wurden, sind als Deportierte auf englischem Boden gelandet, England als Land der Verbannung! Die Ankunft der Neun ist wie ein Symbol: die Heimkehr der vor 70 und 100 Jahren verbannten Vorkämpfer des englischen Proletariats. Welch ein Kontrast! Eine große und mächtige Arbeiterklasse, die immer Kühner und erfolgreicher das alte Mutterland als ihr Erbteil fordert, erwartet die Verbannten und begrüßt sie jubelnd als Triumphatoren. Was die goldgierigen Kapitalisten und Krattjunker Südafrikas mit plumper Hand angerichtet haben, es wird ein denkwürdiger Tag in der Geschichte des proletarischen Massenkampfes bleiben, ein Zement, der alle Elemente der englischen Arbeiterbewegung und die Arbeiter des ganzen britischen Weltreichs zusammenschweißt, eine Vorbedeutung des kommenden Sieges.

Dramatische Zwischenfälle begleiteten die Ankunft der Umgeni. Das fünfgliedrige Empfangskomitee der vereinigten englischen Arbeiterorganisationen wartete mit einem ganzen Heere von Pressevertretern am Tage der Ankunft in Tilbury, an der Themsemündung, wo das Schiff einfahren sollte. Als die Stunden verstrichen, wurden allerlei Gerüchte laut: daß das Schiff in einem andern Hafen gelandet sei, ja sogar daß sein Aufenthaltsort unbekannt sei und daß die Admiralität einen Kreuzer ausgesandt habe, um es zu finden. Um 7 Uhr morgens endlich wurde das Schiff gesichtet, und das eiligst herbeigerufene Empfangskomitee fuhr ihm in einem Motorboot entgegen. Die Deputation begab sich in eine von der Umgeni vom Stapel gelassene Barkasse, und von dort brachten die englischen Arbeiterführer den Deportierten ihren Willkommgruß dar. Alle neun sahen, von der Sonne des südafrikanischen Sommers gebräunt, gelund

und frisch aus, an nichts weniger erinnernd als an aus ihrer Heimat vertriebene Verbrecher.

Der Sekretär der Arbeiterpartei, Genderson, der Redner des Empfangskomitees, hatte nicht wenig Mühe, sich in dem Wind und dem Lärm der das Schiff umringenden Motorboote Gehör zu verschaffen. Nachdem Bain, der Sekretär des Gewerkschaftsverbandes des Transvaal, im Namen der Deportierten der englischen Arbeiterbewegung seinen herzlichen Dank für den begeisterten Empfang aussprach, kam die Ueberraschung. Bain erklärte, daß er und seine Kollegen beschloßen hätten, die Umgeni nicht zu verlassen, bis sie nach Südafrika, von wo sie gewaltsam entführt worden seien, zurückkämen. Die englischen Arbeiterführer, die bereits eine ganze Reihe von großen Demonstrationen vorbereitet hatten, waren nicht in geringer Verlegenheit. Ihre Bitte, auf das Schiff zu kommen, um mit den Südafrikanern über die Lage zu konferieren, wurde vom Kapitän abgelehnt. Derselbe verweigerte auch jede Auskunft darüber, wo die Deportierten gelandet werden sollten; er habe geheime Befehle bekommen. Nachdem sich eine begeisterte Szene abspielte, bei der das Kampflied des britischen Proletariats, „Die rote Fahne“ gesungen wurde, beschloßen die englischen Arbeitervertreter, nach Tilbury zurückzukehren, um sich mit den Eigentümern der Umgeni in Verbindung zu setzen. Bald kehrten Genderson und Boverman, der Sekretär des parlamentarischen Komitees des Gewerkschaftskongresses, mit der telephonisch erhaltenen Erlaubnis, an Bord der Umgeni zu kommen, zurück. Nach einer kurzen Konferenz mit den englischen Arbeitervertretern beschloßen die Deportierten unter schriftlichem Protest an den Kapitän, dessen Empfang dieser schriftlich bestätigte, zu landen. Das geschah in Grabsend, von wo die Deportierten unter Obhut der englischen Arbeitervertreter nach London fuhren. Diese Ereignisse hatten fast den ganzen Tag in Anspruch genommen, und es war 5 Uhr, als man in London ankam.

Noch von der Umgeni hatte Bain ein Manifest der neun Deportierten an das englische Volk in das Boot der englischen Arbeiterführer geworfen, das sofort darauf der Presse übergeben wurde. Darin werden die Ereignisse, die sich bis zur Verhaftung der Deportierten in Südafrika abgespielt haben und die ihnen später bekannt wurden, auseinandergesetzt. Das meiste davon bestätigt nur die Darstellung, die die in Südafrika geliebten Arbeiterführer an die internationale Arbeiterbewegung geschickt haben. Die Deportation wird folgendermaßen geschildert: Am 26. Jänner, nachdem sie elf Tage im Gefängnis von Johannesburg gewesen waren, wurden sie um Mitternacht aus dem Schlafe gerüttelt und ihnen befohlen, sich zur Reise bereit zu machen. Man log ihnen vor, daß sie nach Pretoria gebracht werden sollten. In Wirklichkeit wurden sie unter einem großen Aufwand bewaffneter Macht nach einem andern Bahnhof und in einen dicht verhängten Spezialzug gebracht, in jedem Abteil zwei Gefangene von je drei bewaffneten Soldaten bewacht. Sie merkten bald, daß die Fahrt nicht nach Pretoria, sondern nach der Küste von Natal ging. In Durban angelangt, wurden sie ungeachtet ihrer Proteste mit der Spitze des Bajonetts in ein bereitliegendes Schiff gezwungen. Verbindung mit einem Rechtsbeistand wurde ihnen verweigert. Im Schiff wurden sie in Kabinen gesperrt und als Gefangene behandelt, bis die Dreimeilengrenze erreicht war. Darauf stellte sich ihnen Major Trew als Regierungsvertreter vor, der ihnen erklärte, daß sie auf Befehl der Regierung nach England deportiert werden sollten, und sie warnte, daß sie bei etwaiger Wiederkehr nach Südafrika verhaftet werden würden. Sie würden bei der Landung in England jeder drei Pfund Sterling vom Kapitän erhalten, und ihre Familien würden kostenfrei nach England gehen dürfen. Auf Grund welchen Befehles die Deportation erfolgte, konnte Trew nicht sagen, er vollstreckte bloß die Befehle der Regierung. Die Gefangenen legten darauf einzeln Protest gegen die ungesetzliche Handlung ein, die der Major der Regierung zu berichten versprach. Den Arbeitern wurden dann einige Minuten gestattet, an ihre Familien zu schreiben, ehe das Schiff in hohe See ging und die Regierungsvertreter zurückkehrten.

Von den neun Deportierten haben sieben Familien in Südafrika; alle haben 12 bis 25 Jahre im Lande gelebt, wo alle ihre Interessen konzentriert sind. Trotzdem werden sie „nicht als britische Bürger, sondern

schlimmer als Ausgestoßene behandelt". Das Manifest schließt:

Wir fordern das Recht, daß jeder britische Bürger und Arbeiter in Südafrika, der irgendeines Vergehens gegen die Gesetze des Landes beschuldigt ist, vor ein gesetzlich anerkanntes Gericht jenes Landes gebracht und von diesem entweder für schuldig oder nichtschuldig erklärt werde.

Weil uns das Recht vorenthalten worden ist, uns an die anerkannten Gerichtshöfe des Landes zu wenden, deshalb appellieren wir an das Volk von Großbritannien und an die Arbeiter der Welt, uns beizustehen in dem Versuch, die gegenwärtige Regierung daran zu hindern, die Macht der Gerichte zu usurpieren und an ihrer offensbaren Unfähigkeit, aus Südafrika eine Burenkolonie an Stelle einer britischen Niederlassung zu machen, die unter einer aufgeklärten und gerechten Regierung noch die Heimat vieler Tausende britischer Männer und Frauen werden wird. In dieser Hoffnung übergeben wir diese Erklärung der Presse und in dieser Hoffnung erwarten wir zuversichtlich den Ausgang des Konflikts zwischen der unwissenden Reaktion der Regierung der Union und dem Gerechtigkeitsinn des britischen Volkes.

Einer der Deportierten, der Sekretär des südafrikanischen Eisenbahnerverbandes, Poutsma, ein Holländer von Geburt, der schon vor vielen Jahren eine bedeutende Rolle in der holländischen Arbeiterbewegung gespielt hatte, schildert im „Daily Citizen“ sehr ausführlich die Ereignisse seit dem Johannesburger Blutbad im letzten Juli und insbesondere den Kampf der Eisenbahner, an dem er selbst sehr hervorragend beteiligt war. Punkt für Punkt beweist er, wie die Eisenbahner von der Regierung hintergangen worden sind, wo sie die ihnen feierlich gegebenen Versprechungen gebrochen hat und wie sie statt der versprochenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Eisenbahner systematische Massenmaßregelungen aller Eisenbahner vorgenommen hat, die an den gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt waren, bis den Eisenbahnern nichts übrig blieb, als den Streik zu erklären.

Die Ankunft der Deportierten hat in England bereits ungeheure Sensation verursacht und alle damit zusammenhängenden Ereignisse halten die Öffentlichkeit in Atem. Die Deportierten halten häufigen Kriegsrat mit den englischen Arbeitervertretern, und welche Schritte auch gegen die Gewalttat der südafrikanischen Regierung unternommen werden mögen, so wird alles im engen Einvernehmen zwischen den südafrikanischen und den englischen Führern geheißen. Der große Eindruck, den die Ankunft schon jetzt gemacht hat, und die geplanten großen Arbeiterdemonstrationen versehen die bürgerliche Presse in wachsende Nervosität.

Sonntag nachmittags fand im Hydepark zu London eine gewaltige Demonstration gegen die Gewalttaten der südafrikanischen Regierung statt. Es war die größte Demonstration, die die gegenwärtige Generation der Londoner Bevölkerung gesehen hat. Das Ende des Demonstrationzugs, der sich vom Embankment nach dem Hydepark bewegte, war noch nicht angekommen, als die Versammlungen im Park schon längst vorbei waren. An der Spitze des Zuges ritt ein Häuflein Hussaren. Die Banner der Gewerkschaften zählten nach Hunderten, und 30 Musikkapellen marschierten im Zuge. Recht jähmüde nahm sich ein Fähnlein Reiter an. Es waren Automobilfahrer, die den Burenkrieg mitgemacht haben und nun in der Uniform ihrer Regimenter demonstrierten. Im Park selbst war es unmöglich, an eine der neun Rednertribünen in Hörweite heranzukommen. Die Zahl der Teilnehmer zu schätzen ist schwer. Ein Polizeioffizier erklärte, daß im Zug 70.000 bis 80.000 Personen marschierten und im Park sicherlich mehrere hunderttausend Demonstranten

anwesend seien. Die von den Versammelten einstimmig angenommene Resolution verurteilt das Vorgehen der südafrikanischen Regierung und heißt die Deportierten in England willkommen. Sie verlangte deren Zurückführung und fordert die englische Regierung auf, der südafrikanischen Indemnitätsbill ihre Zustimmung zu verweigern. Da sie diese Vorgänge als Attentat auf die Freiheit der Arbeiterklasse und auf die bürgerlichen und verfassungsmäßigen Freiheiten betrachtet, verpflichtet sich diese Versammlung, den deportierten Führern und der Arbeiterbewegung in Südafrika mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln beizustehen, damit die Verbannten frei zurückkehren können, um weiterhin für die organisierte Arbeiterbewegung zu wirken, und damit eine ähnliche Tyrannei in Zukunft unmöglich gemacht werde.

Aus der Gudellücke des „Reichsbundes“.

Der Nachfeldzug des Herrn Ferdinand Ertl.

Seit dem verhängnisvollen Tag, wo es dem Herrn Ferdinand Ertl einfiel, seine, wie er behauptete, durch uns verletzte Ehre sich im Gerichtssaal reparieren zu lassen, ist es mit diesem Herrn schon rein nicht mehr zum Anhalten. Daß der Ausgang des Prozesses, den der Mann gegen uns geführt hat, ihn nicht sonderlich befriedigte, ist ja schließlich zu begreifen. Und wenn Herr Ertl den Prozeß, den ja nicht wir, sondern er gegen uns angestrengt hatte, selbst einen „dummen Prozeß“ nennt, so ist das eine Sache, die sicherlich seiner besseren Erkenntnis entspringt. Allein, daß der Prozeß „dumm“ ausgefallen ist, dafür können doch wir wirklich nicht verantwortlich gemacht werden. Herr Ertl hätte sich eben die Sache früher überlegen sollen, ehe er solche „dumme Prozesse“ anstrengt, deren Ergebnis einen Zustand mimosenhafter Vereiztheit bei ihm hervorgerufen hat, daß der Herr auch seiner Mitwelt schon wirklich auf die Nerven gehen kann. In diesem belagerten Zustand des moralischen Jagenjammers raunzt er also abermals in der Folge 2 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 10. dieses Monats und der ganze Niederschlag einer jammervollen Seelenpein offenbart sich in einem „Offenen Brief“, den er an den Reichsratsabgeordneten Genossen Lomschil in der erwähnten Nummer seines Blattes veröffentlicht. Woll greinender, eines deutschen Mannes durchaus nicht geziemender Wehmut klagt er bitterlich darüber, daß wir es für gut befunden hätten, seiner Ehre „in einer Weise nahezutreten, für die unsere Rechtspflege keine ausreichende Sühne vorgesehen hat“. Und trotzdem das „Gericht unzweideutig gesprochen hat“, versuchen wir es immer wieder, ihn „noch weiter herabzusehen“. Herr Ertl muß aber schon verzeihen, wenn wir seine ehrenwerte Person für nicht sakrosankt halten, denn schließlich müssen sich selbst Minister und Könige eine Kritik gefallen lassen. Und wenn, wie Herr Ertl meint, sein „bei der Berufungsverhandlung vorgelegtes Beweismaterial zu wenig Würdigung gefunden hat“, so wird es wohl schon darnach gewesen sein. Nachdem aber der Herr mit der mimosenhaften Ehrenhaftigkeit ganz genau weiß, was sich ziemt und was eines deutschen untadelichen Ehrenmannes würdig ist, so legt es diesmal dafür, daß das Gericht sein „Beweismaterial nicht gewürdigt hat“, und dafür, daß ihm der „Eisenbahner“ fortwährend noch weiterhin angreift, gegen den Ge-

nossen Lomschil los, indem er gegen diesen den Vorwurf erhebt, er habe in dem Prozeß gegen unseren Redakteur als Zeuge un wahr ausgesagt. Und mit Emphase erklärt der Herr am Schlusse seines hinterhältigen Anwurfes: „Herr Abgeordneter können sich nicht über die Schwere meines Vorwurfes hinwegsetzen. Ich erwarte daher bestimmt, daß Sie gegen mich die Klage einbringen.“

Ei, da schau einer her! Herr Ertl möchte also, daß wir ihm eine Gefälligkeit erweisen. Weil ihm nämlich die Rolle als Ankläger, wie sein gegen uns geführter Prozeß bewiesen hat, sehr schlecht bekommen hat, möchte er es jetzt einmal zur Abwechslung mit der Rolle des Angeklagten versuchen. Und dazu sollen wir ihm behilflich sein. Aber Herr Ertl wird uns hoffentlich nicht noch mehr böse sein, wenn wir nicht so dumm sind, als er uns gern haben möchte.

Zur Aufklärung sei daher dem Herrn gesagt, daß, falls er ernstlich will, daß der Abgeordnete Lomschil seinen Ratsschlag befolgt, er seine Anschuldigung schon in einer etwas geänderten Form versuchen muß. Es ist nämlich sehr leicht, jemand vorzuwerfen, er habe eine un wahre Aussage gemacht, was unter dem Gesichtspunkt der juristischen Prüfung noch lange nicht den Vorwurf einer kriminellen Handlung beinhaltet. Denn es kann nämlich eine Aussage objektiv un wahr sein, die aber im guten Glauben vorgebracht, also subjektiv für wahr gehalten wurde. Daß also das, was Herr Ertl dem Abgeordneten Lomschil zum Vorwurf macht, allerdings in der Absicht, ihn in der öffentlichen Meinung herabzusehen, juristisch nicht faßbar oder doch in dieser Richtung stark in Zweifel gezogen werden müsse, das wird dem Herrn, falls er es nicht selbst wissen sollte, sein Bundesanwalt wohl aufklären können. Und so können wir schon aus diesem Grunde den Herrn den Gefallen nicht erweisen, ihn, wie er verlangt, zu der in diesem Fall leichten Rolle eines Angeklagten zu verhelfen. Er müßte also, wenn ihn schon durchaus danach gelüftet, geklagt zu werden, seine Anschuldigungen in einer modifizierten, juristisch faßbaren Form vorbringen. Vielleicht erweist ihm dann der Abgeordnete Lomschil die Ehre, einmal die Rolle als Angeklagter versuchen zu dürfen, was wir allerdings keineswegs genau verbürgen können, denn es dürfte schließlich kaum eines ernstlichen Mannes Sache sein, sich mit einem Menschen herumzuschlagen, dem, wie das Wiener Landesgericht sagt, „die Fähigkeit mangelt, eine Sachlage richtig beurteilen zu können“.

In derselben Nummer des „Deutschen Eisenbahner“ wird den Reichsbundmitgliedern, denen durch zehn Wochen ihre „geistige Kost“ entzogen war, noch ein zweiter, allerdings etwas gar zu eingetrockneter Bissen vorgesetzt. Wir können es uns vorstellen, wie schwer es den guten Reichsbundmachern geworden ist, daß sie nicht schon früher die aus dem Lager der Scharfmacher gespeiste Mißspüte, das unter dem Namen „Montagejournal“ in Wien bekannt ist, ausschöpfen konnten. Der Herr, der dieses ausgepöckelte Scharfmacherblatt redigiert, ist nämlich kürzlich erst durch die Enthüllungen, die im ungarischen Parlament über die Bestechungen, die durch eine Budapestter Spielbankgesellschaft an Wiener Blättern verübt worden sind, in eine besondere Beleuchtung ge-

Feuilleton.

Arbeitermarsch.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Nacht,
Dormt aus vielen Seelen ein,
Seht den Mut der bangen Kleinen,
Läßt das Schwerste leicht erscheinen,
Reißt die Felle uns, die reinen,
Näher, schärfer ohne Schatten,
Als wir auf dem Korn sie hatten.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Nacht,
Nahn im Takt wir einige hundert,
Ist da keiner, der sich wundert:
Nahn im Takt wir einige tausend,
Wird sein Ohr schon mancher reden;
Nahn im Takt wir hunderttausend
Ja, dies Dröhnen wird sie weden!

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr als halbe Nacht,
Wenn in solchem Takt wir schreiten
Reißt von Norges Uferweiten
Bis zum höchsten Katarakte
Kommen alle wir im Takte
Schwinden Herren, schwinden Knechte,
Helfen jedem wir zum Rechte!

Hjörnsön.

Zweierlei Fleiß.

Eine pädagogische Betrachtung.

Was Fleiß ist, lieber Beser, das glaubst du wohl zu wissen! Das — meinst du — mühten die am besten wissen, die unter Anspannung aller physischen und psychischen, aller körperlichen und geistigen Kräfte, ringen, um das höchste Notdurft, das wir dann „Leben“, nennen sollen. Doch davon will ich dir nicht reden. Nicht in die Fabrik mit den dunnernen Maschinen will ich dich führen, wo jeder Nerv und jede Sehne sich spannt

und alles sich eint zum Schönheitsbild rastlosen Menschenfleißes. Rein, eine Fabrik will ich dir zeigen, in der der Fleiß gemacht wird. Das gib's nicht, meinst du. Ich sage dir, es gibt manche Dinge zwischen Himmel und Erde, die so klug sind, daß du sie dir nicht träumen läßt, aber auch andere, die so dumm sind, daß ein Botsolude über sie lachen müßte.

Fleiß! In meinem pädagogischen Lehrbuch — das ist solch Ding, woraus man lernen kann, Kinder zu „Menschen“ zu prägen — steht: „Der Fleiß ist die freiwillige Tätigkeit des Menschen, die ihn alle seine Gaben und Kräfte in den Dienst des zu erreichenden Zieles stellen läßt.“ — Hübsch, nicht? Zwar schüttelst du leise den Kopf und meinst, Fleiß sei doch eher eine Eigenschaft als eine Tätigkeit. Ja, steht du, das muß der Professor besser wissen. Und wir wollen heute nicht mit ihm rechten. Aber in die Fleißfabrik, Schule nennt man's sonst, sollst du mal mitkommen.

Da treffen wir schon den Rektor auf der Treppe. Zieh nur tief den Hut und mach den Budel krumm. Das ist ein sehr gestrenger Herr. Und Sozialdemokraten mag er nicht leiden. Er ist Vorsitzender in einer Behrvereinsgruppe. Na, aber wir haben ja auch kein Schilb um: Achtung! Sozialdemokrat! Und wenn wir recht krumme Budel machen, merkt er's am Ende nicht. Ich will ihn nun mal fragen. Ich weiß schon, wie man mit solchen Herren umgehen muß, hab' sie ja lange genug als „Vorgesetzte“ gehabt. „Hochverehrter Herr Direktor.“ Er sieht mich ärgerlich an. „Verzeihen Euer Gnaden untertänigst, wenn wir es wagen, Sie mit unserer Gegenwart zu belästigen, Sie in der Arbeit zu stören, Ihnen einige Minuten Ihrer kostbaren Zeit zu rauben.“

Er blinzelt erhaben über die Brillengläser. „Wir bedauern in unserer Unwissenheit nicht einmal sagen zu können, was Fleiß ist und hielten Euer Gnaden für die zur Zukunft einzig kompetente Stelle. Würden Euer Gnaden geruhen, aus dem Schape Ihres Wissens uns mit ein paar Worten aufzuklären?“

Er räuspert sich und beginnt: „Fleiß ist etwas (1), was keinem Menschen angeboren ist, und was doch eins der höchsten Erdengüter ist.“ — Meine Augen fallen auf einen Schulspruch an der Wand: „Gott sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut.“ Er folgt meinem Blick, kraust die Stirn und fährt mit erhobener Stimme fort: „Fleiß ist etwas, was

einem erst in der Schule anezogen werden muß. Mancher lernt leicht fleißig sein. Manchem verhilft nur der Knüppel zu der freiwilligen Tätigkeit. Mancher aber“, und dabei blickt er mich scharf an, „lernt es nie. Fleiß ist gar nicht etwa zu verwechseln mit der Freude an der Arbeit. Weileibe nicht! Freude an der Arbeit — das kann jeder haben, das ist kein Verdienst, ist sogar eine menschliche Schwäche. Deshalb fällt der Schule die Aufgabe zu, zunächst einmal den unerzogenen Kinde die Freude an der Arbeit zu verleiden und auszutreiben. — Dann erst kann man von Fleiß reden. — Fleiß ist die Ueberwindung des Widerwillens des durch die Schule künstlich erzeugten Widerwillens gegen die langweiligen und stumpfsinnigen Arbeiten, die vor allen Dingen möglichst zwecklos sein müssen. Je langweiliger und stumpfsinniger die Arbeit, desto höher ist der „Grad“ des Fleißes zu bemessen. Wer seine Arbeit mit Lust und Liebe tut, ist doch nicht etwa fleißig. — Das ist keine Kunst!“

Nicht wahr, das klang ungeheuerlich. Und jeder Rektor und Lehrer wird sich schön hüten, so etwas zu sagen. Aber er handelt nach diesen Grundsätzen — nicht um ein Haar anders. Und schließlich spricht doch die Tat. Und wie ich so sinne, da fällt mein Blick wieder in das „pädagogische Lehrbuch“: „das gesamte Tun und Treiben in der Schule muß in dem Kinde den Eindruck erwecken, daß hier fleißig gearbeitet und Trägheit nicht geduldet wird.“ Na also, ich höre schon den Knüppel laufen, auf daß er zu „freiwilliger“ Tätigkeit erziehe. „Trägheit wird hier nicht geduldet“, das wäre noch eine Devise, die an der Stirn jedes Schulhauses in goldenen Buchstaben prangen müßte.

Jammervoller Lehrer, der den Knüppel braucht, um eines Kindes schmiegsamen Willen zur Arbeit zu lenken. Vor meinem Auge ersehen die Schulen, die ich sah, da man die Worte Trägheit und Fleiß nur dem Namen nach kennt. „Vertikale Reformen“ sagte überlegen lächelnd neulich ein Direktor. Er tat mir in der Seele leid, der arme Mann, der eines Kindes Seele für einen Holzloß hält, den er mit seinen klöbigen Händen behauen muß. Habt Mitleid mit jenen Unteroffizierspädagogogen, die heute unsere Schulen regieren! Und seid doch hart und herzlos, sie sind es, die die Seelen eurer Kinder vernichten. Und ich sehe wieder die Schulen jener „ver-

rückt worden. Es ist nämlich festgestellt worden, daß es der ehrenwerte Herr Sigi Bergmann, der Herausgeber des erwähnten Montagblättchens ist, der eine ganz erkleckliche Summe von den Bestechungsgeldern der ungarischen Kasardcore erhalten hat. Dieser Herr Sigi Bergmann, der also wohl die besondere Eignung zu einem Korruptionsbekämpfer besitzt, ist also der Entdecker des „schaudernden Verbrechens“, daß zur Erbauung unserer Parteidruckerei „Vorwärts“ Gelder aufgenommen werden mußten. Das tut zwar heutzutage jedermann, der irgendein größeres Unternehmen errichtet, und das hat eben die Druckerei der „Arbeiter-Zeitung“ auch getan. Der hirnverbrannte Blödsinn, der also dahinter steckt, wenn man diese Tatsache der sozialdemokratischen Partei als einen Korruptionsfall angekreidet, haben wir bereits in der Nummer 4 unseres Blattes vom 1. Februar d. J. aufgezeigt. Aber das hindert den „Deutschen Eisenbahner“ nicht, den verleumderischen Blödsinn noch einmal aufzugreifen und mit grunzendem Behagen wiederzukäuen. Wir können uns das Vergnügen lebhaft denken, das es der ehrenwerten Gesellschaft in der Matrosengasse gemacht hat, als sie die „schaudernde Nachricht“ wiedergeben konnte, daß unter den Darlehensgebern an die sozialdemokratische Parteidruckerei „Vorwärts“ auch der Abgeordnete Tomjschik mit einer Summe von 50.000 Kr. fungiert. Triumphierend stellt also das Reichsbundblättchen fest:

„Also Herr Tomjschik hat für den Palast der „Arbeiter-Zeitung“ 50.000 Kr. hergeborgt. Ist das sein Geld, ist er wirklich nicht arm. Ist es nicht sein Geld, kann es wohl nur der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation gehören. Warum es aber dann gerade auf den Namen Tomjschik eingetragen ist, ist unbegreiflich.“

Wir können also wirklich nichts dafür, wenn dem Trottel vom Reichsbund wieder einmal etwas „unbegreiflich“ ist. Aber wir wollen es versuchen, seinem darniederliegenden Begriffsvermögen ein wenig auf die Stelzen zu helfen, wenn wir erklären, daß es allerdings schon stimmen kann, daß es sich „um Gelder der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation handelt“. Daß diese Tatsache übrigens den guten Reichsbundleuten bei ihren finanziellen und moralischen Schwulitäten sehr auf die Nerven geht, begreifen wir ebenfalls, denn es wäre ihnen wohl freilich lieber gewesen, wenn die sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation ihr Geld, das sie wie jeder Mann, der irgendein Geld zu placieren hat, gewinnbringend anlegt, etwa der „Ostdeutschen Rundschau“ gegeben hätte oder es vielleicht gar zu dem verkrachten reichsbündlerischen Hausbauunternehmen in Straßhof zur Verfügung gestellt hätte. Oder hätten wir davon etwa bei der Frau Müller in Neunkirchen die Wahlschulden für Herrn Ertl zahlen sollen? Aber die guten Leuten müssen uns schon verzeihen, wenn wir ein so entgegenkommendes Verhalten ihnen gegenüber nicht an den Tag legen konnten, um so weniger, als uns die Placierung von Geldern bei einer deutschnationalen Unternehmung nicht gerade sehr sicher erscheinen würde, und zwar nicht allein mit Rücksicht auf die vielen verkrachten Unternehmungen, die sie aufzuweisen haben, als auch mit Rücksicht auf die verschiedentlichen dunklen Ehrenmänner, die bei Nacht und Nebel zu verschwinden pflegten. Ganz abgesehen davon, daß wir den Herren wahrlich keine Rechenschaft darüber schuldig sind, wo und wie die

rückten Reformer“, die da im Kinde den Menschen achten. Da man niemand zur Arbeit zwingt, und da doch jeder, jeder seine Arbeit tut mit Freude aus freiem Willen, die er gezwungen mit Widerwillen oder gar nicht getan hätte. Ich sehe jene Kindesamplisse, von denen die Freude des Forschens, des Erkennens, des freien Schaffens leuchtet. Und ein Schauer faßt mich vor den Fleißfabriken, da man Stumpfsinn züchtet.

Und woher der Geist jener wunderbaren Schulen? Zwei Wahrheiten nur, die man dort lehrt, und die alt sind wie die Welt, die vor Hunderten von Jahren die Pädagogen schon wußten. Zwei Wahrheiten, die man nicht nur lehrt, nach denen man handelt. „Nichts wollen wir hier treiben, was nicht im engsten Zusammenhang mit dem Leben steht, nur was das Leben täglich von uns fordert.“ Wir haben nichts zu tun mit Formel- und Regelkram, mit trockenem Stoff von Fluß- und Wändernamen und Einwohnerzahlen, mit Hunderten von Bibelstücken. Wir sehen offenen Auges in die Natur, in die Werkstätten, auf die Straße, wir erkennen die Schönheit der Natur, die Wunder der Technik, die Macht und Ohnmacht des Menschen. Wir erkennen die Heimat, lernen sie achten und gewinnen sie lieb. Wir prüfen und wägen, loben und tadeln, heißen gut und verurteilen, wir erfinden und entdecken. Nicht trodenes Wissen wollen wir. Wir denken!

Und zum anderen: „Fleiß ist Freude an der Arbeit, lebendiges Interesse, und das hat ein jeder.“ Jeder! Ich bin so lehrerisch zu sagen, daß es angeborene Trägheit nicht gibt, daß jedes Kind lebendiges Interesse hat, das niemand zu wecken braucht, das man nur nicht totschlagen darf. Nicht wahr, das ist gebankenlos, wenn man sagt: „Fleiß ist die freiwillige Tätigkeit des Menschen“, und man will ihn mit Strafen zu der „freiwilligen Tätigkeit“ zwingen. — Ehe es sich die Schule nicht abgewöhnt hat, bei Fleiß an heulend hüffelnde Jungen zu denken, hinter denen der Vater mit dem Knüttel steht, eher wird es nicht vorwärts gehen. Wir müssen lernen, wieder lernen, beim Fleiß ein Bild des Sonnenscheines zu sehen, der auf den Bügen eines forschenden Kindes ruht, das eine neue Wahrheit fand, das eine Arbeit vollbrachte. Fleiß ist Freude an der Arbeit, mit jenem feinempfundnen, sinnigen Wort: Schaffensfreude.

Gelder der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation angelegt werden, können wir ihnen schon sagen, daß die Placierung derselben bei einem industriellen Unternehmen, das wohl zu einem der besten und größten in Wien gehört, nicht nur absolute Sicherheit verbürgt, sondern daß es jedenfalls auch den Parteigrundsätzen entspricht, wenn eine sozialdemokratische Organisation ihre Gelder eben wieder nur einem sozialdemokratischen Unternehmen als verzinsliches Darlehen überläßt. Und auch darüber, daß als Darlehensgeber der Name des Abgeordneten Tomjschik genannt ist, wird sich kein Vernünftiger den Kopf zerbrechen, da es sich eben um jene Person handelt, die als der Leiter der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation gilt. Wir möchten erst einmal sehen, wenn der „Reichsbund“ Gelder zum Herleihen beifügt, wovon er vorläufig allerdings durch die „Opferwilligkeit“ gewisser „uneigennütziger“ Herren verschont ist — ob er diese nicht ebenso den anderen deutschnationalen Organisationen zur Verfügung stellen würde, woran ja auch kein vernünftig denkender Mensch etwas auszusetzen haben würde. Vorderhand freilich geht es den deutschnationalen Organisationen noch nicht so gut. Sie müssen sich schon noch in der Rolle begnügen, von den deutschen Unternehmern und Scharfmachern aufgepäppelt und unterstützt zu werden, und die Herren deutschnationalen „Arbeiterkandidaten“ werden sich noch ziemlich lange ihre Wahlkosten von den Fabrikanten zahlen lassen müssen. Das ist eben der ganze Unterschied. Und damit sind wir mit unserer Antwort an die Herren mit dem lädierten Begriffsvermögen fertig, denn eine weitere Auseinandersetzung wäre wohl zwecklos. Wollen sie aber eine weitere Antwort, dann mögen sie diese bei Goethe in „Götz von Berlichingen“, dritter Akt, nachlesen.

Meuterei in der christlichsozialen Eisenbahnerorganisation.

Kunjschak und die „Reichspost“ gegen die Leitung des „Verkehrsbundes“.

In der christlichsozialen Eisenbahnerorganisation ist es in der jüngsten Zeit zu einer kleinen regelrechten Meuterei gekommen. Die Ursache zu der Palastrevolution, die in der Leitung des „Verkehrsbundes“ ausgebrochen ist, ist in dem bekannten 17-Millionen-Antrag für die Eisenbahner zu suchen, den der Abgeordnete Tomjschik im Sommer 1912 im Parlament eingebracht hatte. Wie man sich erinnert, wurde dieser Antrag damals unter der Mitwirkung der christlichsozialen Vereinigung niedergestimmt, was natürlich auch unter den christlichsozialen Eisenbahnern begreiflicherweise eine arge Mißstimmung hervorrief, um so mehr, als die Christlichsozialen bekanntermaßen zu wiederholtenmalen die für die Eisenbahner gestellten Anträge niederkommen gelassen haben. Unter dem Eindruck dieser allgemeinen Erbitterung sah sich damals auch die Leitung des „Verkehrsbundes“ veranlaßt, in der „Oesterreichisch-ungarischen Eisenbahnerzeitung“ ganz offen gegen die christlichsoziale Vereinigung Stellung zu nehmen, was allerdings als eine Art Notausfluß gelten konnte, um für die Enttötung unter den eigenen Mitgliedern gleichsam ein Sicherheitsventil zu schaffen. Die weitere Wirkung, die der 17-Millionen-Antrag hatte, war auch die, daß der Abgeordnete Kemetter, um sich freie Hand bei der Abstimmung zu verschaffen, aus der christlichsozialen Vereinigung austrat. Zu dem gleichen Schritt bekannten sich die Abgeordneten Neunteufel und Ritter v. Pank, die heute zusammen die neue Partei des sogenannten „Deutschen Zentrums“ bilden, und die als die eigentlichen Führer der christlichsozialen Eisenbahner gelten. Diese Tatsache hat nun unter den Oberbunzen der christlichen Leichenschänderpartei arge Mißstimmung hervorgerufen, um so mehr, als der „Verkehrsbund“ sich weigert, weiterhin Beiträge an die sogenannte christliche Gewerkschaftskommission des Herrn Kunjschak abzuführen, und weil weiters auch der „Verkehrsbund“ die Herstellung seines Blattes der „Reichspost“ Druckerei entzogen hat. Nachdem aber das Geschäft auch eine der empfindlichsten Stellen bei den Christlichsozialen ist, so ist der Schmerz wohl hinreichend begreiflich, denn die Herren über diese neueste Phase in der Entwicklung der christlichen Eisenbahnerbewegung empfinden. Die „Reichspost“ hat ihren tiefen Seelenschmerz auch bereits in einem geharnischten Artikel unter dem Titel „Die Umtriebe der Pank-Partei im Verkehrsbund“ Ausdruck verliehen, in welchem sie den Verkehrsbündlern in folgender Weise den Text liest:

Die Abgeordneten Reichsritter v. Pank und Kemetter sind seit ihrem Austritt aus der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses eifrig bemüht, die Gewerkschaft der christlich organisierten Eisenbahner, den „Verkehrsbund“, auf ihre Seite zu ziehen, und wollen ihn gegenwärtig ihrer neuesten Partei, dem „Deutschen Zentrum“, angliedern. Leider brachte die Zentralleitung des „Verkehrsbundes“ in Wien zu wenig Widerstandskraft auf, um einen Mißbrauch der Gewerkschaft zu politischen Zwecken hintanzuhalten; der Präsident Teifer scheint sich sogar ganz der Pank-Partei verschrieben zu haben und sucht auch im Sinne des „Deutschen Zentrums“ auf die Organisation Einfluß zu nehmen. Pank und Genossen hoffen, durch Vermittlung der Zentralleitung nicht un schwer den Weg zu den 9000 Mitgliedern des „Verkehrsbundes“ zu finden, stehen aber dabei vornehmlich auf den Widerstand des Direktionsverbandes Linz, der sich weigerte, die Reise der Zentralleitung in das Lager des „Deutschen Zentrums“ mitzumachen. Teifer und die Mehrheit der Zentralleitung streben nunmehr eine

Auflösung des Direktionsverbandes an, um auf diese Weise freie Hand zu bekommen. Das Verdienst, diese gefährlichen Absichten der Zentralleitung am ersten durchschaut zu haben, gebührt dem Obmann des Direktionsverbandes, Landtagsabgeordneter Pischik, der bereits im Vorjahr eine zahlreich besuchte Obmannerkonferenz nach Linz berief, um allen Angriffen auf den Direktionsverband vorzuzubauen. Als Pischik jetzt an die Ortsgruppen des Direktionsverbandes eine Einladung zu einer Konferenz ausgeschiedt hatte, um Informationen über die Vorgänge in der Zentralleitung zu geben, rief Teifer den geladenen Ortsgruppen brieflich von der Besichtigung der Konferenz ab, mit der Begründung, daß Pischik seine Kompetenz überschreite. Doch alle Mühe blieb erfolglos.

Die „Reichspost“ berichtet dann weiter von einer Konferenz der oberösterreichischen und Salzburger Ortsgruppen des „Verkehrsbundes“, die in Linz stattgefunden hat und wo nach der Darstellung der „Reichspost“ sich unter der Mehrheit der Delegierten ein recht lauter Widerspruch gegen den Anschluß der Organisationsleitung an das „Deutsche Zentrum“ geltend gemacht haben soll, und wo am Schluß in einer zum Antrag erhobenen Resolution die Abkehr der Verkehrsbund-Leitung von dem „Deutschen Zentrum“ gefordert wird.

Am Schluß dieser Darstellung hängt natürlich die „Reichspost“ der Verkehrsbundleitung auch ein ganz artiges Denunziationschreiben an, indem sie in ihrem Bericht erzählt, es seien aus der Kasse des Verkehrsbundes Gelder zu Agitationszwecken für die Partei der Herren Pank und Kemetter verwendet worden, woraus der Mißbrauch der Gewerkschaftskasse zu politischen Zwecken hervorgehe. So köstlich es ist, zuzusehen, wie gerade die „Reichspost“ Profodilsstränen über den Mißbrauch von Geldern zu politischen Zwecken vergießt, so interessant ist es immerhin, daß einmal die Anhänger aus der eigenen Partei die anrüchige Denunziationsmoral der Leichenschänder selbst auszukosten bekommen. Man wird natürlich nicht fehlgehen, wenn man bei der bekannten Wahrheitsliebe des Zunderischen Leichenschänderblattes annimmt, daß der ganze Bericht über die Linzer Konferenz sehr stark gefärbt ist, und daß es sich in Wahrheit schon um eine regelrechte Revolte handelt, die auch unter den wenigen Anhängern vorhanden ist, die die Christlichsozialen unter den Eisenbahnern in den Provinzorten besitzen. Denn wenn man von den verschiedenen Pfarrern und Kooperatoren, die die einzelnen Verkehrsbundzahlstellen als Mitglieder besitzen, abieht, so wird es unter den wenigen wirklichen Eisenbahnern, die noch einfüllig genug sind, sich von der klerikalen Gesellschaft mißbrauchen zu lassen, wohl wenige geben, die mit dem fortgesetzten schändlichen Verrat einverstanden sind, den die Christlichsozialen im Parlament wiederholt verübt haben. Daß unter den christlichsozialen Obermännern eine sehr arge Bestürzung über die verkehrsbündlerische Palastrevolution herrscht, geht auch aus einer Rede hervor, die der Herr Kunjschak unlängst in einer Versammlung des christlichsozialen Arbeitervereines in Sacking gehalten hat. Auf die Vorgänge im „Verkehrsbund“ bezugnehmend, sagte dort Herr Kunjschak:

„Wenn im Verkehrsbund vom Standpunkt der Dankbarkeit gewisse Verpflichtungen gegenüber Pank und Kemetter abgeleitet werden, möchte ich den Herren dieses Bundes ins Gedächtnis rufen, daß unter diesem Titel auch die christlichsoziale Partei Ansprüche an den Verkehrsbund stellen kann. Der Verkehrsbund ist zweimal am Eingehen gewesen. Nur die christlichsoziale Partei hat ihm wieder Lebenskraft eingehaucht. Wenn heute Tschulik und andere auf die Macht und Stärke des Verkehrsbundes hinweisen können, so verdankt derselbe seine Stellung und Einflußnahme nur der christlichsozialen Partei. Seine Kassenbestände sollten heute von Rechts wegen an die Partei abgeführt werden. Wenn man von jemand Abschied nimmt, hat man als anständiger Mensch vorher seine Verbindlichkeiten einzulösen.“

Nachdem Herr Kunjschak die Leitung des Verkehrsbundes in so unabweisbarer Weise im Korporalston zusammengeschnauzt hat, drohte er schließlich noch, man werde, damit der „Verkehrsbund“ seinen Weg wieder zur christlichsozialen Partei zurückfinde, „einfach ein paar Leute zur Seite schieben“. Jedenfalls ist es zunächst für das aufgeblödete Getue, daß man fortwährend mit der christlichen Eisenbahnerorganisation macht, sehr bezeichnend, aus berufenem Mund zu hören, daß der Verkehrsbund schon zweimal am Eingehen gewesen ist, und daß er seine Existenz nur dem Umstand verdankt, daß ihm durch die Leichenschänderpartei wieder Lebenskraft eingehaucht werden mußte. Es ist also unter solchen Umständen auch kein Wunder, daß der Herr Kunjschak mit der Verkehrsbundleitung so redet wie mit einem Schuldner, der seine Verpflichtungen nicht einlöst und ihr vorwirft, daß sie eigentlich „das ganze Geld, das sie besitzt, an die Parteikasse abzuführen hätte“. Noch interessanter ist es jedenfalls, daß der Herr Kunjschak wie ein unumschränkter Autokrat einfach droht, man werde, um die Verkehrsbündler wieder unter die christlichsoziale Parteifuchtel zu zwingen, einfach „einige Leute beiseite schieben“. Das ist ja eine recht nette Aussicht, die sich da für die Herren Tschulik und Teifer eröffnet! Man kann also weniger fein sein, wenn die Herren barfuß und im härenen Gewand ihren Canossagesang in das Wiener Rathaus antreten werden. Die etlichen Duzende geleithammelten Schwadköpfe aber, die sich noch von der Leichenschänderpartei am Nasenting führen lassen, können aus dem ganzen Hergang der Angelegenheit einen Schluß ziehen, wie herrlich schön es um die aufrechte Gesinnung und die Selbstständigkeit einer „Arbeiterorganisation“ in der christlichsozialen Partei bestellt ist. Es gibt nur zwei Dinge: entweder nimmt man den fortgesetzten schimpflichen Verrat an den Arbeiterinteressen ruhig wie ein verprügelter Hund hin oder man wird mit einem rabiaten Subtritt in die rückwärtige Reversseite hinausgeschmissen.

Geplante Verschlechterungen bei der Südbahn.

Von Vertrauensmännern des Südbahnpersonals wird uns geschrieben:

Nun soll auch bei der Südbahn der Verschlechterungsstanz beginnen. Lange hat sie gezögert, die Südbahnverwaltung, es den Staatsbahnen gleichzutun. Der Verwaltung ist es zu gut bekannt, daß sich ihr Personal nicht ohne weiteres alles bieten läßt. Aber nun scheint sich die starke Hand des Herrn v. Forster, der Einfluß des Eisenbahnministeriums, auch auf der Südbahn fühlbar zu machen. Mit dem berühmten Schläger „Wahrung der Defonomie“, mit dem von der Staatsbahnverwaltung seit Jahren die öffentliche Meinung irreführt wird, geht jetzt die Südbahn ebenfalls daran, tief eingreifende Verschlechterungen durchzuführen. Das Machtwort des Eisenbahnministeriums leuchtet da allzu deutlich als der treibende Faktor für diese Maßnahmen hervor. Die Südbahnverwaltung kann doch keinem Eingeweihten ernstlich begreiflich machen wollen, daß ihr die Sparidee momentan in den Sinn gekommen sei. Im Gegenteil, es weiß alle Welt, daß sie seit Jahr und Tag befreit war, ökonomisch zu wirtschaften, einfach deshalb, weil ihre finanziellen Verhältnisse dies gebieterisch forderten. Aber sie wagte es als Privatbahn nicht, diese Sparpolitik auf Kosten der Sicherheit des Verkehrs und auf Kosten der Sicherheit des Personals durchzuführen; sie traute sich nicht, alle die brutalen Gewaltmaßnahmen, die bei den Staatsbahnen in der letzten Zeit in Anwendung waren, auf ihr Personal zu übertragen, weil sie mit Recht die schärfste Abwehr des Personals zu fürchten hatte. Diese zutreffenden Bedenken soll die Südbahn, wie uns bekannt wurde, auch wiederholt dem Eisenbahnministerium gegenüber geltend gemacht haben. Jetzt scheint es aber, daß aus den Wünschen der Scharfmacher im Eisenbahnministerium Befehle geworden sind, Befehle, deren Tragweite man allerdings zu unterschätzen scheint. Die rücksichtslosen Scharfmacher im Eisenbahnministerium fühlen sich jedenfalls deshalb in Sicherheit, weil die Verschlechterungspolitik bei den Staatsbahnen bisher keinen allgemeinen, auffallenden Widerstand seitens des Personals gezeitigt hat. Sie mögen sich aber nur weiter in Ruhe wiegen. Das ganze Geheimnis der scheinbaren Ruhe unter der Allgemeinheit des Staatsbahnpersonals ist jene furchtbar unheimliche Ruhe, der noch immer schwere Stürme gefolgt sind. Das Staatsbahnpersonal hat bereits die schlaue Methode, die bei den Verschlechterungen angewendet wird, durchschaut. Es hat schon erkannt, daß diese Taktik, heute in Krakau und morgen in Triest zu verschlechtern, nichts anderes als die Vorbereitungen zum allgemeinen Angriff sind. Die Bediensteten wissen bereits, daß es die Probe auf die Solidarisität aller war. Sie werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Das haben die Scharfmacher übersehen, und sie haben daher wieder einmal, wie schon so oft, die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Und da glauben sie nun, auch bei der Südbahn daselbe Rezept anzuwenden. Aber da werden sie sich täuschen. Die erste unverbürgte Nachricht, die Anfangs März d. J. bezüglich geplanter Turnusverschlechterungen beim Zugbegleitungspersonal hinauslatterte, hat bereits unter dem gesamten Personal der Südbahn eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Jene berechnete Geschlossenheit und Einigkeit der Südbahner, die sich noch bei jedem Kampf zeigte, war sofort in den ersten Tagen bemerkbar. Alles Trennende wurde mit einem Schlag beseitigt; alle, alle erklären sie einmütig und trotzig, möge kommen, was da wolle, eine Verschlechterung irgendwelcher Art werden wir nicht hinnehmen. Aus der ursprünglich geplanten Protestaktion der Zugbegleiter, über die wir weiter unten berichten, ist spontan eine Aktion des Gesamtpersonals geworden. Inzwischen wurde auch bekannt, daß nicht nur für die Zugbegleiter, sondern auch den übrigen Bediensteten Verschlechterungen geplant sind. Folgende Maßnahmen sollen durchgeführt werden, beziehungsweise es befindet sich ein Teil derselben in Beratung bei der Direktion:

In den Mittelstationen soll eine weitere Ersparnis der Verschubkosten dadurch erzielt werden, daß die Beteiligung der Lokomotivführer mit Verschubstundenpässen, die heute nach Ansicht der Südbahn vielfach ungebührlich damit beehrt werden, eingestellt wird.

Das heißt so viel, daß die Lokomotivführer und Geizer in Zukunft für den Verschub in Mittelstationen überhaupt keine Gebühr für das Verschleichen mehr bekommen sollen. Also eine brutale Verkürzung des bisherigen Fahrgehlührendienstes für das Lokomotivpersonal. Und dazu eine bedeutende Mehrbelastung der Zugbegleiter an unbezahlter Arbeitsleistung, eine erhöhte Gefahr für ihre Gesundheit und für ihre persönliche Sicherheit. Wie allgemein verlautet, wird schon jetzt in den Mittelstationen bei Ausladung von schweren Stückgütern der Fahrt ins Magazin von einer großen Zahl der Beamten verboten, mit dem direkten Hinweis, daß das Lokomotivpersonal keinen Verschub bekommen darf. Die Zugbegleiter werden gezwungen, schwere Koffi von 100 bis 400 Kilogramm Gewicht über mehrere Geleise zu schleppen. Das ist eine unerhörte Schanderei des Personals, es ist eine Gefährdung der persönlichen Sicherheit der Bediensteten. Diese Arbeit brauchen die Zugbegleiter nicht zu leisten, weil sie einfach niemand verpflichten kann, ihre geraden Glieder solchen Gefahren aussetzen.

Eintägige Urlaube und dienstfreie Tage sollen nicht mehr gewährt werden. Außerdem sollen die einer Dienstzeit folgenden Ruhezeiten in die Dauer des darauffolgenden dienstfreien oder Urlaubstages eingerechnet werden.

Die Vorsehung von Substituten für Urlaube und dienstfreie Tage soll aufgehoben, es soll das diensttunende Personal den Absentierten durch Mehrleistung ersetzen.

Man muß sagen, daß da gründlich ins Zeug gegangen werden will. Vor allem wird hier das Zugständnis vom Jahre 1910, Birkular 482, aufgehoben, also eine Be-

günstigung, um die das Personal jahrelang gerungen hat. Es ist die Bestimmung, daß die Ruhezeit in die dienstfreien und Urlaubstage nicht eingerechnet werden darf. Wenn also ein Bediensteter nach 16 stündigem Dienst eine 16stündige Ruhezeit und dann einen 24stündigen dienstfreien oder Urlaubstag hat, so wird er künftig nicht mehr wie bisher Urlauben 40 Stunden, sondern bloß 24 Stunden frei sein. So ist es auch mit den Substitutionen. Auch diese Maßnahme schädigt das Personal schwer und geht auf Kosten der persönlichen Sicherheit der Bediensteten.

Die Ruhezeit der Zugbegleiter auswärts soll bedeutend verringert und in den Umkehrstationen gänzlich beseitigt werden.

Außerdem soll die Gebühr für die Ruhezeit auswärts, die sogenannte Wartegebühr, gänzlich aufgelassen werden.

Das wird damit begründet, daß die Zugbegleiter dann nicht mehr in den Kasernen liegen oder Ausflüge machen würden. Die Kasernen würden weniger in Anspruch genommen und die Uebernachtungsgebühren könnten ganz entfallen. Da scheint die Südbahn vergessen zu haben, daß die Fahrgebühren keine Entlohnung, sondern ein teilweiser Ersatz für die beim Fahrdienst ermächtigenden Auslagen sind. Wir können den Machern verraten, daß sie in der Frage auf Granit heißen werden. Dienst machen kann man bekanntlich nur so lange, als die körperlichen Kräfte dazu ausreichen. Wenn der abgearbeitete Körper nicht die ihm gebührende Ruhe bekommt, versagt er einfach, ob der Mensch will oder nicht. Aber raten möchten wir bei dem Anlaß der Südbahn ernstlich, auf dem Gebiet dort zu sparen, wo es wirklich zu sparen gibt, und zwar bei den oberen Hundert der Südbahn, die nach Champagnergelagen und ähnlichen anstrengenden Arbeiten, die sie in der Provinz verrichten, wenn sie auf Erhebungen und Inspektionen kommen, stets ein bis zwei Tage zur Ruhe und Erholung benötigen. Da sind nicht einige Heller, sondern Kronen an Wartegebühren zu ersparen.

Dann sollen die Turnusse der Zugbegleiter im allgemeinen verschlechtert werden, und zwar deshalb, weil dieselben den Dienst- und Ruhezeitenvorschriften bei weitem nicht entsprechen. Dies soll insbesondere erzielt werden durch Wegnahme der dienstfreien Tage und durch Nichtberücksichtigung der Schulzeit im Turnus. Die Aufnahme und Beistellung von Aushilfskräften bei erhöhtem Zugverkehr soll gänzlich unterbleiben, weil schon jetzt konstatiert werden kann, daß die Reservezugbegleiter bereit sind, insbesondere die provisorischen, weit über das in den Vorschriften festgelegte Ausmaß Dienst zu leisten.

Dann sollen die Packmeister reduziert werden, insbesondere bei Zug 35 am Ende des Monats, weil bei diesem Zug vier Packmeister ab Wien sind, die nur wertloses Papier, die Gehaltslisten mitführen. Um eine allgemeine Reduzierung der Packmeister zu ermöglichen, sollen die Uebergebungsverzeichnisse aufgelassen werden. Als ob die Packmeister nicht auch was anderes zu tun hätten.

Mit der Beleuchtung soll ebenfalls ganz gewaltig gespart werden. Zur Erzielung dieser Ersparnisse sollen Prämien eingeführt werden.

Mit Instruktionen sollen nur jene Bediensteten beteiligt werden, die vor der Ablegung einer Prüfung stehen. Damit will man jedenfalls erzielen, daß die Bediensteten von den Instruktionen keine Kenntnis haben.

Die heutige Form des Magazinsakkordes soll aufgelassen werden, weil damit bedeutende Ersparnisse erzielt würden. Das heutige Akkordsystem sei ohnehin kein Akkord mehr, weil die Verwaltung ohnehin jedem Bediensteten die etwaigen Minderverdienste alljährlich ersetzt. Dafür soll das schwindelhafte Prämienystem, das derzeit bei den Staatsbahnen erprobt wird, eingeführt werden.

Das ist in groben Umrissen ein Teil der uns bekannt gewordenen Grundlagen für die beschriebenen Verschlechterungen bei der Südbahn.

Dem Zugbegleitungspersonal in Graz, bezw. den Turnusvertrauensmännern wurde bereits am 10 d. M. offiziell vom Stationsvorstand der Auftrag zuteil, einen Turnus auszuarbeiten, und zwar ohne die dienstfreien Tage, beziehungsweise mit bedeutend reduzierten Ruhezeiten. Die Zugbegleiter in Graz würden dadurch beim Lastzug eine Ruhezeit von 39 Stunden und beim Personenzug eine solche von 38 Stunden verlieren.

Die Protestaktion der Zugbegleiter.

Bei der am 6. März d. J. im Eisenbahnerheim in Wien stattgefundenen Plenarversammlung der Vertrauensmänner der Zugbegleiter von Niederösterreich berichteten die Genossen von der Südbahn, daß sie soeben in Erfahrung gebracht, daß Turnusverschlechterungen für die Südbahner geplant seien. Die ganze Plenarversammlung erklärte sich sofort mit den Südbahnern solidarisch. Es wurde die sofortige Einleitung von Protestversammlungen in allen Domizilstationen der Südbahn beschlossen, die auch bereits alle abgehalten wurden. Sie waren alle massenhaft besucht. Kein dienstfreier Zugbegleiter fehlte. Aber nicht allein die Zugbegleiter waren gekommen. Auch die anderen Bediensteten erschienen spontan in den Versammlungen. Es wurde die Solidarität aller betont. Nebereinstimmend, mit erbittertem Trotz erklärten die Versammelten überall, daß sie sich keine wie immer geartete Verschlechterung gefallen lassen werden. In Graz beauftragte die Versammlung die Vertrauensmänner, einen Turnus, der Verschlechterungen enthält, nicht vorzulegen. Es wurde weiter beschlossen, einen Turnus, der schlechter ist als der gegenwärtige, nicht zu befahren. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Wie verlautet, beschäftigt die Südbahnverwaltung dem Zugbegleitungspersonal die in den Turnussen gewährten freien, dienstfreien Tage wegzunehmen und die Parteien zu reduzieren. Die Verwirklichung dieser Absicht würde für die Zugbegleiter eine schwere Schädigung zur Folge haben. Sie bedeutet eine Reduzierung der ohnehin fargen Ruhezeit, also eine Maßnahme, die naturnotwendig zur Ueberbürdung der Zugbegleiter führen muß und demzufolge schwere Gefahren für die persönliche Sicherheit der Zugbegleiter und für die Sicherheit des Verkehrs zur Folge haben wird.

Die Südbahnverwaltung hat wiederholt darüber Erklärungen gegeben, daß es ihr vollständig fernliegt, Verschlechterungen irgendwelcher Art einzuführen.

Die geplante Maßnahme zeigt aber, daß auf Versprechungen nichts zu geben ist.

Die Zugbegleiter protestieren energisch gegen die Verwirklichung dieser Absicht, und erklären, daß sie die Durchführung dieser Maßnahme mit Rücksicht auf die ihnen obliegende Verantwortung nicht zur Kenntnis nehmen könnten. Sie werden diese Maßnahme mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Sie beauftragen die Zentrale der Organisation und die Wiener Vertrauensmänner, diesen Standpunkt der Zugbegleiter der Generaldirektion zur Kenntnis zu bringen.

Nun hat die Südbahn das Wort. Sie kann jetzt wählen, was ihr lieber ist: die freundlichen, herablassenden Verbürgungen der Scharfmacher im Eisenbahnministerium oder der Friede im Personal. Die Vertrauensmänner sind außerstande, unter diesen Verhältnissen die Erregung zu bemeistern. Die Südbahnverwaltung soll sich die Suppe, die sie sich da einbröckeln will, selber auslöffen. Wir haben dazu weder die Macht noch die Lust, wir werden den Dingen ihren Lauf lassen.

Eine Protestaktion des Zugbegleitungspersonals aller in Wien einmündenden Bahnen.

Im großen Saal des Eisenbahnerheims versammelten sich vorgestern abends die Zugbegleiter aller in Wien einmündenden Bahnen, um gegen die bereits durchgeführten und noch in Aussicht genommenen Verschlechterungen zu protestieren. Das Referat erstattete Genosse Adolf Müller, der in anderthalbstündiger, oft von heftigen Zwischenrufen stürmisch unterbrochener Ausführung die Reihenfolge der bereits durchgeführten, die Zugbegleiter tief berührenden, in materieller Hinsicht ganz gewaltig schädigenden Verschlechterungen besprach. Insbesondere sei es die Weinstfrage und die damit im Zusammenhang stehende Normierung, die durch die Aufhebung aller bestehenden Vorschriften, die gewissermaßen als Vereinbarungen mit dem Personal zustande kamen, weil sie verschiedene Zugstände beinhalten, in die Verhältnisse der Zugbegleiter sowohl in finanzieller als auch in dienstlicher Hinsicht tief schädigend eingreift und selbst zu mißlichen Konsequenzen der Vernachlässigung führen wird. Ein unerhörter Vertragsbruch liege in dem Vorgehen, die Bestimmungen der Dienstregulativen gerade in Bezug auf die bestmöglichen Rechte aufzuheben und an deren Stelle Zwangsmassregeln zu setzen, die Bediensteten durch Unterschreiben von Reversen zur Verzichtleistung ihrer Rechte zu drangsalieren. Dieser „Entweder-Oder-Standpunkt“ des Eisenbahnministeriums befinde sich außerhalb des Rahmens der Gesetze und müsse von der Gesamteisenbahnerchaft unbedingt bekämpft werden. Aber die in Aussicht genommenen Verschlechterungen in den Turnussen und die beabsichtigte Streichung des freien Tages werde erweisen, daß das Eisenbahnministerium endlich auf Granit beißel. Die Gebuld der Eisenbahner sei nun erlahmt. Es kann nicht die Aufgabe der Organisation sein, die Eisenbahner, die sich ihrer Mission, der Allgemeinheit zu dienen, vollständig bewußt sind, unter der Last des Regimes Forster aber bereits zusammenbrechen, noch immer zu neuerlicher Gebuld zu mahnen, um sich vielleicht dadurch die Schuld aufzuladen, sie in völliger Verzweiflung untergehen zu lassen. (Stürmischer, minutenlanges Weisfall.)

Genosse Weigl erörterte sodann die bei der Südbahn in Betracht kommenden geplanten Verschlechterungen, die analog der Staatsbahnverhältnissen jedenfalls über Auftrag des Eisenbahnministeriums durchgeführt werden sollen, und erklärte, daß die Südbahner solidarisch mit den Staatsbahnern vorgehen werden.

Nach dieser Erklärung wurde die Versammlung, der auch ein Regierungsvertreter anwohnte, geschlossen.

Protestkundgebungen in der Provinz.

Am Montag den 9. März um 8 Uhr nachmittags fand im Arbeiterheim in Innsbruck eine Massenversammlung der Zugbegleiter statt, um zu der geplanten Turnusverschlechterung durch Wegnahme des 36stündigen freien Tages im Monat Stellung zu nehmen. Genosse Scheibelin als Berichterstatter von der Konferenz der Zugbegleiter in Wien gab die trockenen Tatsachen bekannt, worauf sich ein Sturm der Entrüstung bei sämtlichen Zugbegleitern entsetzte, wie er in Innsbruck noch bei keiner Gelegenheit unter dieser Bedienstetengruppe jemals zu bemerken war.

In Graz versammelten sich am 11. d. die Grazer Zugbegleiter in den Zulusälen, um gegen die geplante Verschlechterung ihrer Dienstverhältnisse Stellung zu nehmen. Es wäre nur zu wünschen gewesen, wenn sich die Verkehrsverwaltung durch eines ihrer Organe über den Verlauf dieser Kundgebung hätte informieren lassen, vielleicht wäre in ihr der Gedanke wachgerufen worden, daß es mit dem Personal doch nicht gut stehen kann. Schon um 8 Uhr war die geräumige Glasveranda voll besetzt, so daß um 10 Uhr der große Saal geöffnet werden mußte. Außer dem Zugpersonal waren auch korporativ die dienstfreien Weichensteller und Verschleiber erschienen, um ihre Solidarität zu bekunden. Als Genosse Adolf Müller das Wort ergriff und auf die bei den 1. österr. Reichsbahn Staatsbahnen bereits bestehenden Verschlechterungen hinwies, die sich nunmehr, dem Druck des 1. I. Eisenbahnministeriums und der 1. I. Generalinspektion folgend, auch die privaten Bahnverwaltungen zurecht legen wollen, brach ein Sturm der Entrüstung los. (Rufe: Was kümmern uns die Schulden der Südbahn! Wir haben sie nicht gemacht! Wir verwahren uns gegen die Wegnahme der Ruhezeiten!) Ueber einen Antrag wurde auch der einstimmige Beschluß gefaßt, keinen Dienstturnus zur Kenntnis zu nehmen, der auch nur die geringste Verschlechterung gegenüber dem jetzigen aufweist. In großer Erregung wurde in beiden Versammlungen die schon oben mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen.

Die Erhöhung des Existenzminimums.

Bekanntlich hat das österreichische Parlament unter Führung der sozialdemokratischen Fraktion und unter heftigem Widerstand der bürgerlichen Parteien, die ja nie wissen und nie wissen wollen, was die Armen brauchen, beschlossen, daß das Existenzminimum, das ist jene Summe, die der Mensch zum mindesten zum Leben notwendig braucht, und das daher steuerfrei sein muß, von 1200 auf 1600 Kr. hinaufgesetzt wird. Damit ist für einen großen Teil der Vermissten des österreichischen Proletariats die Steuerfreiheit erwirkt, und alle diejenigen, die 1200 bis 1600 Kr. verdienen und voriges Jahr und die Jahre vorher einen Teil ihres sauren verdienten Lohnes dem Steuermoloch in den Machen werfen mußten, sind nun davon befreit. Auch einem Teil der Eisenbahnbediensteten kommt die Befreiung zustatten. Ungefähr 80.000 Bedienstete werden durch das neue Gesetz vom Steuerzahn befreit, und in dieser Zahl drückt sich die Bedeutung dieses Gesetzes erst recht deutlich aus. Es

Ist für einen solchen Bediensteten mit kleinem Lohn durchaus nicht gleichgültig, ob er, wenn der Steuertermin herangerückt ist, die paar Kronen, die er für den Haushalt notwendig braucht, der Steuerbehörde überliefern muß oder ob er sie für den Haushalt verwenden kann. Das haben unsere Bürgerlichen, allen voran die Christlichsozialen, nicht begreifen wollen. Sie wollten nicht einsehen, daß die paar Kronen für den armen Teufel, wenn sie ihm verbleiben, gewiß nicht viel bedeuten, retten kann er sich damit auf keinen Fall; das ist alles wahr, aber wehe, wenn ein armer Mensch, der nicht einmal soviel verdient, daß er sich fassen kann, wehe, wenn so ein Mensch gezwungen wird, von diesem Zuwenig urplötzlich eines Tages einige Kronen wegzunehmen. Im Nu bekommen diese wenigen Kronen, die bedeutungslos scheinen, für den Armen eine ungeahnte Bedeutung. Erst in solchen Momenten weiß man, was Steuerdruck heißt. Alle übrigen Steuerzahler empfinden den Steuerkommisär nur als unbequemen Mahner, als ein Organ, das nun einmal dazu da ist, den Staatsbürgern Kronen abzunehmen. Und das schließlich der Wagen nicht zusammengeknüpft wird, so zahlt man, macht dazu noch Witze und tröstet sich damit, daß der andere, der Konkurrent im Ausgeben und im Verdienen, ja schließlich auch zahlen muß, und die Sache ist erledigt. Ganz anders wirkt die Steuer auf diejenigen, bei denen das Steuerzahlen direkt eine magenverengende Wirkung hat. Dem hilft kein Witze mehr, dem ist das Witzenmachen vergangen. Und ist es so, wie es in Oesterreich gewesen ist, daß die Lebensmittelpreise ungemein gestiegen sind, daß man also fürs Geld weniger bekommt als früher, die Steuer aber fort gezahlt werden muß von jener Höhe des Einkommens, die festgesetzt worden ist, als die Lebensmittel noch billiger waren, ist es so, dann bekommen diejenigen, die jetzt eine geringere Menge Lebensmittel sich zuführen können als früher und von dieser geringeren Menge noch Steuern müssen, auch ein gemeinsames Gefühl. Aber dieses gemeinsame Gefühl ist ganz anders als das derjenigen, denen die Steuer nicht die Hunger Spuren in die Wangen einträgt.

Denn während die anderen, die die Steuer nicht als drückend empfinden, einen Trost darin finden, daß ja auch die anderen zahlen müssen, empfinden die unter dem Steuerdruck seufzenden Armen den gemeinsamen Druck! Verzweiflung, Wut, Haß spricht nun aus ihnen. Heute ganz verschiedener politischer Meinungen finden sich urplötzlich zusammen, remontrieren gegen die Last der Steuer und haben das Empfinden, mag Steuer notwendig oder nicht notwendig sein, sie leiden darunter, sind zu hart getroffen und brauchen Abhilfe! Und dieses gemeinsame Empfinden aller Armen, unbefürchtet darum, wie sie sonst denken, ist es ja auch gewesen, was die bürgerlichen Parteien im Parlament davongetrieben hat. Sie hätten die Macht gehabt, die bürgerlichen Parteien, den Antrag der Sozialdemokraten auf Sinaufhebung des Existenzminimums abzulehnen und hätten auch den Willen dazu. Aber als es zur Abstimmung kam, knisterte es in den Reihen dieser Mächtigen. Die Angst vor dem Volkszorn war ihnen in die Glieder gefahren, mit einer Stimme Mehrheit wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung auf 1600 Kr. im Abgeordnetenhaus angenommen, und dann, als das Herrenhaus der sich vor dem Volk fürchtenden Volksvertretermajorität beibringt und gegen die Sozialdemokraten entscheidet, wird der Antrag der Sozialdemokraten mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Man sieht, viel Schneid hatte die bürgerliche Mehrheit bei Beratung der Gesetze nicht. Und schließlich lief die Mehrheit, obwohl die Christlichsozialen mit aller Macht sich gegen diese Entlastung des Volkes vom Steuerdruck wendeten, davon, ließ die alten geldsackverwandten Christlichsozialen Freunde im Stich und entschied, der Antrag der Sozialdemokraten soll Gesetz werden und ein Teil des Volkes soll von ungerechtem Steuerdruck befreit sein! Und dieses Gesetz ist John wirklich einzig und allein ein schöner Erfolg der Sozialdemokratie.

Das E. E. Eisenbahnministerium hat dem neuen Gesetz schon Rechnung getragen und hat verfügt, daß alle jene Bediensteten, deren gesamtes Einkommen 1600 Kr. nicht übersteigt, von der Einkommensteuer befreit sind. Diejenigen Beträge, die dem einzelnen Bediensteten im Jänner und Februar für Steuer abgezogen worden sind, werden ihnen mit der Märzabzahlung zurückerstattet. Und Steuerbezüge werden ihnen und keinem Eisenbahner nun mehr vorgegeschrieben, bis sie nicht über 1600 Kronen verdienen, vorausgesetzt, daß nicht neuerdings ein anderes Gesetz kommt.

Es wird so mancher unter den Eisenbahnern sein, der sich um die ganze Frage keinen blauen Teufel geschert hat. Mögen ihm die paar Kronen, für die er nun eine bessere Verwendung finden kann, ein Beweis sein, daß so manches für das Proletariat geschehen kann, wenn dieses Proletariat nur versteht, daß es sich mit Hilfe einer kraftvollen Organisation eben selber helfen muß und helfen kann.

Teuerung.

Der Siegeszug des Kapitalismus beginnt damit, daß die Handwerker niederkonkurriert werden durch billige Preise. Die Maschine ermöglichte die fabrikmäßige Herstellung von Waren, bei der die Herstellungskosten geringer waren als bei der Handarbeit, und die Eisenbahnen und Dampfschiffe ermöglichten den billigen Transport. Dabei zwang die Konkurrenz, die Verkaufspreise den immer geringer werdenden Selbstkosten anzupassen. Die Allgemeinheit hatte davon Vorteil; denn viele Gebrauchsgegenstände, die früher nur den Reichen erschwinglich waren, wurden nun so wohlfeil, daß sie auch den Minderbemittelten zugänglich wurden. Freilich war dieser Vorteil erkauft mit dem Lebensglück der in die Fabriken gepferchten, maßlos ausgebeuteten Arbeiterscharen und dem Ruin der Handwerker. Doch zuckten, wenn darauf hingewiesen wurde, die Rationalisatoren die Achseln, indem sie klipp und klar bewiesen, daß es nun einmal der „wirtschaftliche Fortschritt“ erfordere, der freien Konkurrenz ihren Lauf zu lassen; die Opfer müßten getragen werden.

Aber diese gepriesene freie Konkurrenz wurde schließlich auch den Kapitalisten un bequem. Der Preis-

kampf führte dazu, daß schließlich die Profite eingeschränkt wurden und daß die großen Fabrikanten die kleineren abwürgten. Die „öffentliche Meinung“, die gegen die Klagen der kleinen Krantener so gleichgültig war, nahm sich der Klagen der kapitalistischen Vertreter liebevoll an. Es ist ja stets diese öffentliche Meinung eine feile Meße der Mächtigen und Einflußreichen. Als dann in den Ländern des europäischen Kontinents gar noch die Sippe der privilegierten Großgrundbesitzer in Mitleidenschaft gezogen wurde, war es um so mehr aus mit dem Loblied auf die allein seligmachende freie Konkurrenz. Dribben in Amerika hatte man begonnen, den jungfräulichen Boden unter den Pflug zu nehmen; die Maschine ermöglichte eine billige Produktion, und Eisenbahn und Dampfschiff ermöglichten, daß dieses billige Korn zu Spottpreisen auf die europäischen Märkte kam. Die Junker standen vor dem Ruin.

So setzte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in den meisten kapitalistischen Ländern eine Wirtschaftspolitik ein, deren Ziel darauf gerichtet ist, das Sinken der Preise zu verhindern. Vor allem galt es, die Konkurrenz des Auslandes zu erschweren durch Zölle auf die ausländischen Waren. Aber dieser Zollschutz wurde alsbald von den inländischen Produzenten ausgenutzt: sie verständigten sich, schlossen Kartelle und Konventionen, um die Preise der einheimischen Waren in die Höhe zu treiben. Die Zölle bereicherten aber auch den Staat, und die Schutzzollära wurde gleichzeitig zur Vera unablässiger Steigerung der indirekten Steuern, die viele Gegenstände des Massenverbrauchs ganz ungeheuerlich verteuern. Diese Wirtschaftspolitik ist ganz zweifellos der wichtigste Grund des Steigens der Warenpreise in den letzten Jahrzehnten. Die Technik schreitet beständig fort und bewirkt, daß die Selbstkosten bei der Produktion, besonders bei der Produktion der Industriewaren, sinken; aber das kommt nicht mehr den Konsumenten zugute, sondern die Großkapitalisten halten die Marktpreise künstlich hoch und steigern so ihren Profit.

Wenn aber die kleinen Gewerbetreibenden hoffen, das Steigen der Warenpreise würde ihren Ruin aufhalten, so sind sie bitter getäuscht worden. Sie sind längst in Abhängigkeit von der Großindustrie geraten, denn sie sind gezwungen, ihre Produktionsmittel von den Fabriken zu kaufen. Die Preise dieser Produktionsmittel — sowohl der Geräte und Maschinen als der zur Verarbeitung kommenden Stoffe, wie Eisen und andere Metalle, Leder, Gewebe, Bretter u. s. w. — werden von den kartellierten Fabrikanten bestimmt. Dagegen können die Handwerker die Preise ihrer Erzeugnisse nicht entsprechend hinaufsetzen, sonst verlieren sie die Kundenschaft. Dazu kommt, daß die Teuerung der sogenannten Halbfabrikate um so mehr dazu zwingt, die Waren vom Rohstoff bis zum Gebrauchsgegenstand in einem Betriebe herzustellen; die Konzentration schreitet also fort. Ebenso laufen die Käufer um so mehr den großen Warenhäusern zu, die immer etwas billiger verkaufen können als die kleinen Kaufleute. Die teuren Preise ruinieren heute die kleinen Gewerbetreibenden ebenso, wie vor hundert Jahren die billigen Preise sie zugrunde richteten.

Aber es kam noch eine andere Erscheinung hinzu: ungefahr seit Ende der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts steigen auch die Preise der Ackerbauprodukte. Die „amerikanische Konkurrenz“, die angeblich die europäische Landwirtschaft ruinierte, hat längst ihre Schrecken verloren. Die Preise für Getreide und Fleisch steigen auf dem Weltmarkt fast ununterbrochen; denn selbst außergewöhnlich reiche Ernten drücken nur vorübergehend auf den Markt. Es ist ebenso weit gekommen, daß der Bedarf der Menschheit an Nahrungsmitteln nicht genügend gedeckt wird. Doch ist es nicht etwa so, daß die Menschheit nicht die Möglichkeit hätte, genügend Nahrungsmittel zu produzieren. Noch gibt es unermessliche Strecken fruchtbarer Bodens, die des Pfluges harren, noch kann der Ertrag des Aders in Kulturländern gewaltig gesteigert werden. Aber weil die Kapitalisten überreiche Profite ergattern, liegt kein Zwang vor, jene Gebiete zu erschließen oder die Produktion in den Kulturländern zu steigern. Denn bei der kapitalistischen Produktion ist nicht das Interesse der großen Massen ausschlaggebend, sondern einzig die Profitinteressen. Der verhältnismäßige Mangel, der die Preise der Ackerbauprodukte so scharf in die Höhe treibt, ist nicht die Folge der natürlichen Verhältnisse, sondern die Folge der kapitalistischen Anarchie.

Welcher Wahnsinn liegt aber darin, daß die Preise der Lebensmittel auf dem Weltmarkt steigen und trotzdem in vielen Ländern, Deutschland an der Spitze, diese Preise noch künstlich durch Zölle in die Höhe geschraubt werden!

Wenn der Kapitalismus in seiner Jugendkraft die Produktivkräfte der Welt zur Entwicklung brachte und gleichzeitig durch die billigen Preise, die seine Erobererwaffe waren, Nutzen schaffte, so ist für den alternden Kapitalismus die Tendenz, die Preise in die Höhe zu treiben und so die Welt zu bewuchern, ein Zeichen des Verfalls. Die Arbeiter können sich gegen die Teuerung nur wehren, indem sie auch ihre Arbeitskraft teurer verkaufen, höheren Lohn fordern. Aber gerade hiegegen kämpfen die Kapitalisten. Sie sind vorzüglich organisiert, nicht nur zu dem Zweck, die Preise in die Höhe zu treiben, sondern auch zu dem Zweck, die Löhne herabzubrüden. Da gilt es denn für die Arbeiter, ihre Kräfte zu konzentrieren, um auf politischem Gebiet eine Aenderung der Wirtschaftspolitik zu erzwingen, auf gewerkschaftlichem Gebiet die Löhne in Einklang mit den Preisen zu bringen. Das Endziel dieses Kampfes muß sein, die kapitalistische Ausbeutung und Anarchie zu beseitigen.

„Was an der Organisation von Arbeitern geschehen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften in allen ihren Schattierungen, und was alles von einer reinen Arbeitervertretung in ihren Wirkungskreis zum Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisations-talent, auch nicht mit dem rückwärtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können.“

(Bethmann Hollweg im Reichstag am 15. Jänner 1909.)

Vom Provisionsfonds für Diener und Hilfsbedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses am 17. Dezember 1913.

Anwesend: Herr k. k. Hofrat Dr. Rudolf Schmitz als Vorsitzender; Herr E. L. Ministerialsekretär Dr. Anton Stumpf als Vertreter des Eisenbahnministeriums; Herr E. L. Ministerialkonsipist Dr. Alfred Hlifik als Schriftführer.

Ferner die Herren Ausschussmitglieder: Josef Gollerjeppe, Werkmann, Hauptzollamt; Josef Schnobrich, Blocksignaldiener, Penzing; Rudolf Lamproch, Lokomotivführer, Heizhaus Hütteldorf; Alois Bed, Tischler, Jedlesee; Theodor Neu, Werkmann, Werkstätte Wien I; Eberhard; Seider, Schlosser, Lokomotivwerkstätte Floridsdorf; Konstantin Kneidinger, Plafmeister, Wien II; Josef Köhler, Kondukteur, Stadlau; Leopold Houzar, Hilfswagenführer, Wien-Norrbahn; Johann Herzog, Kondukteur, Wien II.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 1/10 Uhr vormittags und konstatiert deren Beschlußfähigkeit.

Der Vorsitzende geht Johann zum ersten Gegenstand der Beratung über.

Punkt I.

Mitteilungen über abgewiesene Ansuchen der Mitglieder des Provisionsinstituts um gnadenweise Fondsleistungen.

Die Mitteilungen und die Beschlüsse des Ausschusses sind aus der Beilage zum Protokoll ersichtlich.

Punkt II.

Mitteilungen des Eisenbahnministeriums.

Ministerialsekretär Dr. Anton Stumpf teilt mit, daß über den in der letzten Sitzung gestellten Antrag des Ausschusses auf Aenderung der Fondsbeiträge in mehreren Fällen freiwilligen Dienstaustrittes (Punkt 1—6, 8 und 10—14 der Beilage zum Protokoll Nr. 23) das bezügliche Material der Direktionen einer Überprüfung unterzogen wurde, auf Grund welcher dem Schlosser Karl Kraus, dem Handlanger Rudolf Ziemer, den Oberbauarbeitern Johann Schurp, Johann Kusnik und Benzel Malej und dem Stationsarbeiter Johann Krebuszewski (Punkt 5, 6, 8, 10, 13 und 14 der obzitierten Protokollbeilage) die Fondsbeiträge rück erstattet wurden.

Dagegen mußten in den Fällen Punkt 1, 2, 3, 4, 11 und 12 (Worhlikiewicz, Lipp, Ruß, Snel, Jallin und Malec) die abweislichen Entscheidungen der Direktionen im Hinblick auf die nicht zufriedenstellende, beziehungsweise nicht anspruchsfähige Dienstleistung dieser Bediensteten aufrecht erhalten werden. (Zur Kenntnis genommen.)

Ministerialsekretär Dr. Stumpf teilt weiters mit, daß das Eisenbahnministerium dem in der Sitzung des Provisionsfondsausschusses vom 23. September 1913 gestellten Antrag, daß die Fondsbeiträge von den in das Provisionsinstitut aufgenommenen nicht ständigen und Aushilfsarbeitern auch für die Zeit des Aussehens einzubezahlen seien, Folge gegeben und an sämtliche Direktionen einen diesbezüglichen Erlaß gerichtet habe. Die für die Zeit der Arbeitsunterbrechung entfallenden Fondsbeiträge werden, falls sie nicht schon während der Arbeitsunterbrechung entrichtet worden sind, nach der Wiederaufnahme des Dienstes von den nächstfälligen Bezügen auf einmal oder über Ansuchen in einer entsprechenden Anzahl von Raten in Abzug gebracht.

Unter einem wurde jedoch den Direktionen bedeutet, daß durch diese Verfügungen die geltenden Vorschriften über die nachträgliche Anrechnung früherer Dienstzeit (§ 4 des Provisionsstatuts) keine Aenderung erfahren. Insbesondere bleibt die Bestimmung des Normalerlasses vom 17. November 1896, Z. 14268, auch weiterhin in Kraft, wonach bei nachträglicher Anrechnung früherer Tagelohnsdienstzeit Arbeitsunterbrechungen — wenn auch nur von wenigen Tagen — von der angerechneten Zeit abzuziehen sind. (Zur Kenntnis genommen.)

Ausschussmitglied Seider urgiert die Erledigung seines in den Sitzungen vom 5. Juli 1912 und vom 23. September 1913 gestellten Antrages betreffend die Regelung der Provisionsfondsbeiträge der Akkordarbeiter der Norrbahn.

Der Vertreter des Eisenbahnministeriums, Ministerialsekretär Dr. Stumpf, verweist auf seine diesbezüglich in der Sitzung vom 23. September 1913 abgegebenen Erklärungen und teilt mit, daß seine Bemühungen, die abgeforderte Hinausgabe des Erlasses betreffend die Provisionsbemessungsgrundlage für die bei der Norrbahndirektion verwendeten Akkordarbeiter zu erwirken, leider erfolglos geblieben seien.

Die Regelung der Provisionsbeiträge werde schon gleichzeitig mit der in Aussicht genommenen Reform des in den Norrbahnwerkstätten bestehenden Akkordlohnsystems erfolgen. Ausschussmitglied Seider verweist neuerdings auf die Dringlichkeit einer Regelung der Fondsbeiträge der Akkordarbeiter der Norrbahn und bedauert, daß das Eisenbahnministerium eine für die erwähnte Arbeiterkategorie so wichtige Angelegenheit derart verzögere.

Ministerialsekretär Dr. Stumpf teilt hierauf, dem in der Sitzung des Ausschusses vom 23. September 1913 geäußerten Wunsch des Ausschussmitgliedes Straher entsprechend, nachstehende Daten über die Mitgliederbewegung innerhalb des Provisionsinstituts im Jahre 1912 mit:

Am Schluß des Jahres 1912 zählte das Provisionsinstitut 194.520 Teilnehmer (gegen 126.053 am Schluß des Jahres 1911, somit Mitgliederzuwachs 8467.)

Im Jahre 1912 sind 8962 Teilnehmer, und zwar 1442 infolge Provisionsierung, 750 infolge Ablebens und die übrigen aus verschiedenen Ursachen (freiwilliger Austritt aus dem Bahndienst, Entlassung, Einrückung zur Militärdienstleistung und dergleichen) ausgeschieden. Am Ende des Jahres 1912 standen im Genuß von Mitgliederprovisionen 9429 Bedienstete, im Genuß von Witwenprovisionen 6619 Witwen, im Genuß von Erziehungsbeiträgen 9376 nach dem Vater verwaisste und im Genuß von Waisenprovisionen 1076 nach Vater und Mutter verwaisste Kinder.

Im Anschluß daran teilt der Vertreter des Eisenbahnministeriums mit, daß der Gehaltsüberschuß des Provisionsinstituts, der schon in den letzten vier Jahren eine stetig sinkende Tendenz aufgewiesen habe, sich im Jahre 1913, insoweit die Ergebnisse desselben bereits vorliegen, sich in ganz auffälliger Weise verringert habe.

So betragen ohne Berücksichtigung des Mehr- oder Minderwertes der Wertpapiere:

im Jahre 1901 die Einnahmen 9.627.005 Kr., die Ausgaben 6.576.202 Kr., der Gehaltsüberschuß 3.050.803 Kr.; im Jahre 1910 die Einnahmen 10.500.690 Kr., die Ausgaben 7.476.185 Kr., der Gehaltsüberschuß 3.024.505 Kr.; im Jahre 1911 die Einnahmen 11.779.944 Kr., die Ausgaben 9.045.797 Kr., der Gehaltsüberschuß 2.734.147 Kr.; im Jahre 1912 die Einnahmen 12.790.762 Kr., die Ausgaben 10.881.488 Kr., der Gehaltsüberschuß 2.409.274 Kr.

im Jahre 1913 (bis Ende Juli) die Einnahmen 7.754.046 Kr., die Ausgaben 7.086.803 Kr., der Gebahrungsüberschuss 733.245 Kr.

Der bis zum Ende des Jahres 1913 zu gewärtigende Gebahrungsüberschuss kann somit mit circa 1.200.000 Kr. veranschlagt werden. Er wird also ungefähr die Hälfte des im Jahre 1912 erzielten Gebahrungsüberschusses per 2.400.824 Kr. betragen.

Die Hauptursache des Sinkens des Gebahrungsüberschusses ist in dem starken Anwachsen der Ausgaben für Provisionen und Erziehungsbeiträge zu suchen.

So betragen die für Provisionen und Erziehungsbeiträge verausgabten Beträge im Jahre 1912 (bis inklusive Juli) 5.706.395 Kr., im Jahre 1913 (bis inklusive Juli) 6.512.256 Kr. Sie haben somit eine Steigerung um 1.105.561 Kr. erfahren.

In der sich hieran anschließenden Debatte verweist Ausschussmitglied Lamprecht darauf, daß an diesem rapiden Steigen der Ausgaben für Provisionen wohl auch die Bahnverwaltung zum großen Teil mit Schuld trage. So wurden seitens der Direktionen in der letzten Zeit zahlreiche verhältnismäßig junge und tüchtige Bedienstete nur aus dem Grund provisioniert, weil man keine entsprechenden leichteren Posten für sie zur Verfügung hatte. Die Folge davon sei, daß sich diese Leute anderwärts einen Verdienst suchen und nebenbei ihre Provision beziehen. Der Mangel an leichteren Posten sei zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß allzu viele Posten für die Zertifikatisten reserviert werden.

Ausschussmitglied Beck schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und verweist darauf, daß die Direktionen Bedienstete, die eine Unfallrente beziehen, außer Stand bringen, obwohl diese Bediensteten auf entsprechend leichteren Posten, wie zum Beispiel Portiers- und Rangledienern, noch ganz gut zu verwenden wären.

Ausschussmitglied Neu erklärt, daß sich der Mangel an leichteren Posten insbesondere bei den Werkstättenarbeitern fühlbar mache. Wenn ein solcher Bediensteter der schweren Werkstättenarbeit nicht mehr gewachsen sei, so bleibe ihm bei dem Mangel einer anderweitigen Verwendungsmöglichkeit nichts anderes übrig, als sich provisionieren zu lassen.

Diese ungesunden Verhältnisse müßten natürlicherweise in kurzer Zeit die Passivität des Provisionsinstituts zur Folge haben. Die Mitteilungen des Vertreters des Eisenbahnministeriums werden hierauf zur Kenntnis genommen.

Ministerialsekretär Dr. Stumpf beantwortet sodann die in der Sitzung des Ausschusses vom 23. September 1913 gestellte Anfrage des Ausschussmitgliedes Kneidinger betreffend die Angelegenheit des Oberbauarbeiters Jakob Ebner.

Nach dem von der Staatsbahndirektion Billaß im Gegenstand erstatteten Bericht konnte das erste, am 21. Oktober 1912 überreichte Gesuch Ebners um Aufnahme in das Provisionsinstitut nicht berücksichtigt werden, da der Genannte damals noch nicht ständiger Arbeiter war und die Aufnahme nichtständiger Arbeiter in das Provisionsinstitut nach den damals geltenden Normen unzulässig erschien. Das erwähnte Gesuch wurde deshalb der vorgesetzten Dienststelle Ebners mit dem Auftrag zurückgestellt, dasselbe nach erfolgter Einreichung Ebners in die Zahl der ständigen Arbeiter wieder der Direktion vorzulegen.

Ein neuerliches Gesuch Ebners ist aber erst am 27. Oktober 1913 wieder eingelangt, obwohl es dem Genannten nach seiner am 28. Juni 1913 erfolgten Einreichung unter die ständigen Arbeiter schon zu diesem Zeitpunkt freigestanden wäre, und die Aufnahme in das Provisionsinstitut neuerlich anzufuchen.

Ebner wird nunmehr mit Rückwirkung vom 1. Juli 1913 in das Provisionsinstitut aufgenommen werden, so daß er an seiner Teilnahmezeit an dem erwähnten Institut keine Einbuße erleiden wird.

Ausschussmitglied Kneidinger bemerkt hierzu, daß die vorgesehene Dienststelle Ebners insofern ein Verschulden treffe, als sie im Hinblick auf den ihr seitens der Direktion erteilten Auftrag nicht erst ein neuerliches Gesuch Ebners hätte abwarten, sondern das ursprüngliche Gesuch des Genannten wieder hätte vorlegen sollen. (Zur Kenntnis genommen.)

Ministerialsekretär Dr. Stumpf teilt weiters mit, daß in der Angelegenheit des Oberbauarbeiters Gustav Simon von der Staatseisenbahngesellschaft-Direktion abverlangte Bericht bisher noch nicht eingelangt sei, und beantwortet sodann die in der Sitzung des Ausschusses vom 23. September 1913 gestellte Anfrage des Ausschussmitgliedes Kneidinger betreffend den Rangledieners Franz Berner.

Nach dem von der Staatsbahndirektion Jansbrunn im Gegenstand erstatteten Bericht mußte die Bitte Berners um Anerkennung seiner früheren Provisionsfondsteilnahmezeit vom 1. Februar 1876 bis zum 30. April 1885 ohne weitere Nachzahlung seitens der Direktion aus dem Grunde abgewiesen werden, weil sowohl aus dem Provisionsfondsgrundbuch, als auch aus der Qualifikationslabelle Berners ungewissheit herborgehoben, daß der Genannte am 1. Mai 1885 freiwillig aus dem Dienst getreten ist. Für die Nichtigkeit dieser Eintragungen spricht auch der Umstand, daß dem Berner, wie er übrigens in seiner Eingabe selbst angibt, ab 1. Mai 1885 bis zu seiner neuerlichen Aufnahme in den Fonds, das ist bis zum 1. Juli 1887, keine Provisionsfondsbeträge abgezogen worden sind.

Aus diesen Gründen konnte auch das Eisenbahnministerium der gegen die abweisliche Entscheidung der Staatsbahndirektion Jansbrunn gerichteten Beschwerde Berners nicht Folge geben.

Ausschussmitglied Kneidinger meint, wenn auch Berner der Vorwurf einer großen Sorglosigkeit in Betreff seiner Provisionsfondsteilnahmezeit gemacht werden müsse, da ihm doch die Einstellung seiner Provisionsfondsbeträge mit 1. Mai 1885 auffallen mußte, so könne doch auch der Bahnverwaltung der Vorwurf der Nachlässigkeit nicht erspart werden, da es doch Pflicht der vorgesetzten Dienststelle gewesen wäre, sich um die von Berner behauptete frühere Provisionsfondsteilnahmezeit von Amts wegen rechtzeitig zu kümmern.

Ministerialsekretär Dr. Stumpf bemerkt demgegenüber, daß in die Nichtigkeit der amtlichen Aufzeichnungen, auf die sich die Direktion Jansbrunn bei ihrer Entscheidung stützte, so lange kein Zweifel gesetzt werden könne, als die Behauptung Berners, er sei mit 1. Mai 1885 nicht freiwillig ausgetreten, sondern nur krank gewesen, nicht erwiesen sei. Dieser Beweis sei aber nicht erbracht worden.

Ausschussmitglied Kneidinger erwidert, daß wohl auch ein Irrtum in den amtlichen Aufzeichnungen nicht ausgeschlossen sei, und bittet das Eisenbahnministerium, die Angelegenheit Berners einer neuerlichen, wohlwollenden Überprüfung zu unterziehen, welches Ersuchen durch Ausschussmitglied Lamprecht unterstützt wird.

Ausschussmitglied Kneidinger ersucht weiters um Unterzuchung der nachstehenden Angelegenheiten und überreicht diesbezügliche schriftliche Informationen:

Geizhausarbeiterswitwe Mikszane: Querkennung der Witwenprovision und der Erziehungsbeiträge.

Oberbauarbeiter Alois Hysela: Nichterledigung seines Ansuchens um Aufnahme in das Provisionsinstitut.

Oberkondukteur Heinrich Mark: Zurechnung von fünf Teilnahmejahren zur Provisionsberechnung.

Kondukteur Peter Diehl: Querkennung der Provision auf Grund des § 14 des Provisionsstatuts.

Ausschussmitglied Kneidinger bringt sodann Klagen der Bewohner der Provisionsfondshäuser in der Lehtstraße im XX. Bezirk über die Unbrauchbarkeit der Herde vor und führt über das Vorgehen des von der Staatsbahndirektion Wien bestellten Administrators gegenüber den Wohnparteien Beschwerde.

Hofrat Dr. Schmitz verspricht, in dieser Angelegenheit Erhebungen pflegen zu lassen.

Ausschussmitglied Seider urgiert die Erledigung seiner in der Sitzung vom 23. September 1913 gestellten Anfrage betreffend die verspätete Ausfolgung der Provisionsfondsteilnahmezeitzeugnisse durch die Nordbahndirektion.

Ministerialsekretär Dr. Stumpf teilt mit, daß der in dieser Angelegenheit von der genannten Direktion abverlangte Bericht noch nicht vorliege. Er werde jedoch voraussichtlich in der nächsten Sitzung in der Lage sein, diese Anfrage zu beantworten.

Der Vorsitzende schließt hierauf die Sitzung um 1/2 12 Uhr vormittags.

Der Vorsitzende: R. Schmitz m. p.

Der Berichtsführer: Dr. Alfred Hlitz m. p.

Der Verifikator: Theodor Neu m. p., Wertmann.

Inland.

Oppositioneller Abgeordneter, I. I. Bezirksrichter und Polizeispittel.

Die allerneueste Korruptionschweineerei, die in den letzten Tagen wieder einmal von dem ganzen Unernst unserer nationalen Demagogie Zeugnis gibt, ist die Affäre des tschechischnationalsozialen Abgeordneten Dr. Sviba, I. I. Bezirksrichter und Obmann des tschechischnationalsozialen Klubs der Abgeordneten im Parlament. Durch das tschechische Organ „Národní Listy“ ist nämlich festgestellt worden, daß Sviba durch mehrere Jahre als Spittel im Dienste der Prager Polizei stand und dafür, daß er alles, was in seiner Partei vorging, der Polizei berichten mußte, eine monatliche Subvention von 800 Kr. bezogen hat. Sviba ist nach einigen matten Versuchen zu leugnen von Prag verschwunden und hat sein Mandat niedergelegt. Auch seine Partei ließ ihn endgültig fallen. Das Interessanteste an der Sache ist, daß die Regierung, die im Parlament über die Angelegenheit von mehrfachen Seiten interpelliert wurde, jede Auskunft verweigert und sich auf die Diskretionspflicht beruft, die die Polizei den Spitteln gegenüber hat. Wie weiters verlautet, soll auch das Prager Oberlandesgericht die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Bezirksrichter Sviba abgelehnt haben, weil er durch seine Spionage nur für den Staat Dienste geleistet hat. Die Nichtererkennung, der der ehrenwerte Lump angehört hat, hat allerdings den Ausschluß Svibas aus dem Verein ausgeschlossen und damit erklärt, daß sie jede Gemeinschaft mit dem Polizeispittel ablehnt. Daß die Regierung es mit dem Ansehen des Staates vereinbarlich findet, nicht nur Volkvertreter als Polizeispittel anzuwerben und sich auch noch auf die Diskretionspflicht beruft, wenn sie darüber Auskunft geben soll, ist ja recht nett. Aber noch bezeichnender ist der Fall Sviba für unsere nationalen Parteien. Sviba war nämlich ursprünglich ein ebenso guter „Deutscher“, als er später — als sich ihm Aussicht auf ein Reichsratsmandat bot — „guter Tscheche“ geworden ist. In seiner Person und durch seine Karriere, die er als tschechischnationaler Parteiführer machte, offenbart sich der ganze sittliche Unernst und die Unsachlichkeit der nationalen Politik, die von der hohlen Phrase und vom Raban lebt.

Die Regierung hebt die Freizügigkeit auf.

Das Ministerium des Innern hat einen Erlaß herausgegeben, der nicht weniger bedeutet, als die Aufhebung der Freizügigkeit für Hunderttausende von Arbeitern. Durch diesen Erlaß werden die Behörden angewiesen, nur solchen Personen die Reise ins Ausland zu gestatten, die nachweisen können, daß sie ihre Wehrpflicht entweder bereits zur Gänze erfüllt haben oder dem Heeresverband nicht angehören. In dem Erlaß wird weiter gesagt, daß keine Schikanierung der Reisenden oder Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs beabsichtigt ist. Das bedeutet aber auf gut deutsch, daß mit dieser Maßregel nur die Arbeiter getroffen werden sollen, die im Inland nicht leben können und sich im Ausland Arbeit und Brot suchen wollen.

Aber die österreichischen Arbeiter, die ihre drei Jahre gedient haben, in der Heimat keine Arbeit finden und darum für ein paar Jahre in das Deutsche Reich oder in die Schweiz gehen, um sich dort ihr Brot zu verdienen; die galizischen Bauern, die nach Beendigung der dreijährigen Präsenzdienstpflicht für ein paar Jahre nach Amerika auswandern, um später in die Heimat zurückzukehren und sich um den in Amerika erworbenen und ersparten Lohn ein Stückchen Land zu kaufen — sie alle werden den Erlaß zu spüren bekommen.

Der Staat kümmert sich nicht darum, ob seine Bürger in der Heimat Brot und Arbeit finden. Der Staat hat keinen Heller übrig für die Arbeitslosen im Lande. Und trotzdem will dieser Staat seine Bürger hindern, in anderen glücklicheren Ländern einen redlichen Erwerb zu suchen. Trotzdem will er, damit ja dem Militarismus kein Mann und der Agrarier kein billiges Ausbeutungsmaterial verloren gehe, die Bürger zwingen, zu bleiben, wo sie verhungern müssen! Eine solche Politik wäre herausfordernd und gemeingefährlich auch dann, wenn das Gesetz der Regierung das Recht zu ihr gäbe. Sie ist unerträglich, da sie geübt wird ohne jedes Recht, gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes.

Das Wehrgesetz besagt nämlich, nur, daß jene Angehörigen der Wehrmacht, die sich der Stellungspflicht oder Dienstleistung durch Flucht ins Ausland entziehen, zu bestrafen sind und daß solche Oesterreicher, die aus dem Heeresverband noch nicht entlassen sind, wenn sie das Staatsbürgerrecht in einem anderen Lande erwerben wollen, erst beim Kriegsminister oder Landesverteidi-

gungsminister um die Entlassung ansuchen müssen. Von einem Verbot der Auswanderung sagt das Wehrgesetz aber überhaupt nichts. Und trotzdem erdreistet sich die Regierung, durch einen einfachen Erlaß der Mehrheit der ganzen männlichen Bevölkerung des Reiches die Auswanderung mit einem Federstrich unmöglich zu machen! Wenn die Regierung das darf, dann ist das Staatsgrundgesetz das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt ist. Die Regierung, die das wagt, gehört vor den Staatsgerichtshof!

Neue Schulden.

Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf „über die Vornahme von Kreditoperationen“ vorgelegt. Sie will sich zunächst Geld ausborgen, um die Schatzscheine einzulösen, die sie im vorigen Jahre, in der Zeit der Kriegsgefahr in Amerika begeben hat. Dazu allein werden ungefähr 125 Millionen Kronen gebraucht. Diese neue Schuld sollen wir aufnehmen, um die alte Schuld bezahlen zu können. Außerdem aber wollen wir auch ganz neue Schulden machen. Wir müssen die Rüstungsausgaben in der Zeit der Balkankriege bezahlen, für die neuen Kriegsschiffe und die vielen anderen Säckelchen, die die Delegationen dem Kriegsminister bewilligt haben, das Geld herbeischaffen. Dazu will sich die Regierung 344 Millionen Kronen ausborgen. Insgesamt belasten uns also die Kriegsrüstungen des letzten Jahres mit rund 470 Millionen Kronen neuen Staatsschulden! Das macht auf den Kopf der Bevölkerung fast 17 Kr. Auf jeder fünfköpfigen Arbeiterfamilie lastet eine neue Schuld von 85 Kr., die natürlich den Gläubigern verzinst werden muß, zu welchem Zweck eben der Arbeiter von jedem Pfund Zuder und jedem Glas Bier seine Steuer zu entrichten hat. Man muß wohl gestehen, daß die Gründung des herrlichen albanischen Staates, der einzige Erfolg dieser prächtigen Politik, uns ein bißchen teurer zu stehen kommt. Dafür waren wir an anderen Dingen. Für die Vornahme öffentlicher Bauten, für den Kauf von Eisenbahnwagen und Lokomotiven will die Regierung nur 30 Millionen Kronen aufwenden. Das ist natürlich verdammt wenig. Die Regierung wird notwendige Bauten verschieben, notwendige Investitionen unterlassen, auf den so dringend geforderten Ausbau des Telephonnetzes verzichten müssen, um mit den 30 Millionen das Auskommen zu finden. Und dieser gemeinschädlichen Sparjamkeit wird sich unsere Schuldenlast in diesem Jahre um eine halbe Milliarde erhöhen. Das ist der Segen unserer herrlichen Balkan- und Dreadnoughtpolitik!

Eine Kundgebung der Eisenbahnunterbeamten.

Unter großer Beteiligung fand am Sonntag vormittags im Saale des Hotel Franz-Josefs-Bahn eine Versammlung der österreichischen Eisenbahnunterbeamten statt. Als Einberufer fungierten: der Oesterreichische Bahnmeisterverein, der Reichsverein der Rangledienenden und der Verein österreichischer Zugsepedienten. Auf der Tagesordnung war nur ein Punkt: „Der Gütenausgleich mit die Beamtenernennungen.“ Zur Versammlung erschienen die Abgeordneten Brobel, Dr. Pollauf und Remetter. Abgeordneter Genosse Tomjich ließ sich entschuldigen, da er in seinem Wahlbezirk in Mannersdorf eine Versammlung hatte, die schon seit längerer Zeit bestimmt war. Die Referate, insbesondere jene der Herren Reichl und Schömid, die statistische Grundlagen hatten, wurden vom Regierungsvertreter oftmals unterbrochen.

Nachdem noch mehrere Redner und die genannten Abgeordneten gesprochen hatten, wald letztere den Unterbeamten sehr viel versprochen, wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, Vorsorge zu treffen, daß das Eisenbahnministerium eine durchgreifende Aenderung in der Beamtenernennung und im Gütenausgleich durchführe.

Daß diese Versammlung ohne besondere Mitwirkung unserer Organisation zustande kam und sehr gut beachtet war, möge der Regierung und der Oesterreichischen Eisenbahnerverein, wie sehr das Regime Forster in der Eisenbahnerchaft wirkt. Die Annahme, daß wir und unsere Organisation die Eisenbahner verheben, ist also gründlich widerlegt. Um dem Eisenbahnministerium diesen Beweis zu erbringen, haben wir uns auch aktiv nicht hervorragend beteiligt. Wenn jedoch schon die Unterbeamten sich zu einem so energischen Protest aufrufen lassen, was haben wir, um wie viel mehr müssen diese aber die Diener und insbesondere die Arbeiterchaft haben?

Eisenbahnausgaben in Oesterreich und Deutschland.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ wird dem preussischen Abgeordnetenhause in der nächsten Zeit ein neues Eisenbahnleihegesetz zugehen, mit welchem 350 Millionen angefordert werden. Davon entfallen 173 Millionen auf die Beschaffung des neuen Fahrparkes. — Diese Mitteilung ist mit Rücksicht auf die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich von besonderer Aktualität. In Preußen sollen 173 Millionen für Jahrbetriebsmittel ausgegeben werden. In Oesterreich enthält das Budget für das erste Semester für diesen Zweck eine Summe von 30 Millionen Kronen und die Staatsverwaltung hat sich zunächst außerstande gesehen, die zur Ablieferung bereiten Jahrbetriebsmittel zu übernehmen. Erst nach längeren Verhandlungen ist diesbezüglich eine Vereinbarung getroffen worden. Es ist jedoch nicht möglich, der Industrie neue Aufträge infolge des Mangels der Bewilligung der hierfür erforderlichen Kredite zuzuwenden.

Alpenländische Volkskreditbank. Die Kreditgenossenschaft unserer heimischen Genossen konnte ihrer Hauptversammlung einen erfreulichen Geschäftsbericht vorlegen. Das Wachstum des Unternehmens zeigen folgende Zahlen:

| Jahr | Mitglieder | Anteile | Spareinlagen | Geldverkehr |
|------|------------|---------|--------------|-------------|
| | | | Kronen | |
| 1910 | 250 | 631 | 54.343 | 241.078 |
| 1911 | 327 | 821 | 128.018 | 495.656 |
| 1912 | 463 | 1288 | 221.155 | 1.117.470 |
| 1913 | 504 | 1647 | 332.336 | 1.869.429 |

Dem Reservefonds wurden 3181 Kr. zugeführt, an einige Arbeiterinstitute wurden Subventionen im Gesamtbetrag von

380 Kr. verteilt, der Rest des Reingewinnes, 1735 Kr., fällt den Genossenschaftlern zu. Die bisherige Genossenschaftsleitung, an deren Spitze Abgeordneter M u c h i j i c h steht, wurde wieder-gewählt.

Ausland.

Deutsches Reich.

Die genossenschaftliche Lebensversicherung. Am 1. Juli 1913 hat die von den Gewerkschaften und den Konsumvereinen Deutschlands gegründete genossenschaftliche Volksversicherungs-anstalt „Volkssfürsorge“ ihren Geschäftsbetrieb begonnen. Ueber die Ergebnisse des ersten Halbjahres berichtet die von der Anstalt herausgegebene Monatschrift, die gleichfalls den Namen „Volkssfürsorge“ trägt, daß der Anstalt bis zum 31. Dezember 1913 74.746 Versicherungsanträge zugegangen sind; die Versicherungs-summe betrage im ganzen 1 1/4 Millionen Mark. Welche Bedeutung diese Zahlen haben, läßt sich nach der soeben vom Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung ausgegebenen Denkschrift über die Entwicklung des Versicherungs-wesens in den Jahren 1907 bis 1911 ungefähr feststellen. Dem-nach haben im Durchschnitt der letzten vier Jahre die reichs-deutschen Versicherungsunternehmen jährlich 400.000 Volks-versicherungs-polizzen auf eine Versicherungssumme von zu-sammen 92 Millionen Mark ausgegeben. Daraus ergibt sich, daß die der „Volkssfürsorge“ zugegangenen Versicherungsanträge ungefähr ein Drittel des normalen Zuwachses im letzten Halbjahr darstellen. Dieser Erfolg ist um so höher zu werten, da die liberalen und nationalen Arbeiter- und Angestellten-organisationen eine besondere Konkurrenzgesellschaft, die „Deutsche Volksversicherungsaktiengesellschaft“, ins Leben ge-rufen, die kapitalistischen Versicherungs-gesellschaften, die bisher die Volksversicherung monopolisiert hatten, „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“, den Konkurrenzkampf verschärft und über-dies die Regierungen alle Mittel in Bewegung gesetzt haben, um die Entwicklung der „Volkssfürsorge“ zu erschweren.

Südafrika.

Der Kampf in Südafrika wird von den dortigen Regie-rungs-männern, besonders vom Minister S m u t s, als das Werk von Anarchosyndikalisten bezeichnet, die damit die Er-richtung einer Republik bezwecken wollten. Sie gegen verwahren sich der greise B a i n, Sekretär des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes, und P o u t s m a, der Sekretär der Eisenbahner, in öffentlichen Erklärungen auf das entschiedenste. Bain er-klärt, daß er kein Anarchosyndikalist sei; in ganz Südafrika gebe es keine 50 Anarchosyndikalisten. Der Sozialismus ge-nüge ihm vollaus. Auch Poutsma protestierte heftig. Gerade er sei es gewesen, der feinerzeit, als Domela Nieuwenhuis in Holland aus dem Parlament austrat und Anarchosyndikalist wurde, eine Zeitung zu dem Zweck herausgab, die Ansichten des Genannten zu bekämpfen. Er sei Sozialdemokrat und aus der deutschen Schule hervorgegangen. Doch lassen wir Poutsma selber sprechen: Ich bin ein naturalisierter britischer Untertan. Vor 25 Jahren wurde ich Sozialdemokrat und bin seitdem nie etwas anderes gewesen. Vor 13 Jahren ging ich als Kriegs-korrespondent nach Südafrika. Dann pflegte ich in Pretoria die verwundeten Soldaten der Buren und Briten. Nachdem ich mit dem früheren Präsidenten Steyn Europa besucht hatte, kehrte ich nach Südafrika zurück und errichtete dort ein Waisenheim, eine Gewerkschule und eine Musterfarm. Zwei Jahre lang machte ich über achtzig der ärmsten Kinder. Als mein Geld alle war, verkaufte ich mein Eigentum an die Regierung und verdiente dann mein Leben als Redakteur einer Zeitung, die ich verließ, als sie ihre Richtung änderte. Daraus gab mir der südafrikanische Unterrichts-minister eine Anstellung als Sprachlehrer, und als später die Eisenbahner einen Beamten suchten, bewarb ich mich um den Posten, den ich aus Dankbarkeit für die Dienste, die ich den Arbeitern bei den Wahlen in Bloemfontein geleistet, erhielt. Als Sekretär der Eisenbahner gelang es mir, die Mitgliedschaft der Organisation in neun Monaten von 8000 auf 16.000 zu bringen. Ich gründete auch ein Fachblatt der Eisenbahner, das bald florierete. Anfangs lobte mich die Regierung. Es hieß, es sei doch gut, daß sich die Eisenbahner einen so vernünftigen und gebildeten Sekretär zug-leist hätten. Die Lobsprieche wurden immer larger, und das überzeugte mich, daß ich auf dem rechten Weg war. Die Reibung mit der Betriebsführung der Eisenbahnen erreichte im Juni 1913 ihren Höhepunkt. Als in dem Streik der Bergarbeiter 400 Personen niedergeschossen worden waren und nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Publikum aufgeregt war, rief ich den Eisenbahnern in einer Versammlung auf, sie sich gegen die unverantwortliche Erziehung frieblicher Buren einen Tag von der Arbeit fern-zubehalten. Am Begräbnis der Opfer wurde nicht eine Lokomotive angerührt. Händler und kamen die Behörden zu mir, um mich zu bitten, doch wenigstens die Hauptzüge fahren zu lassen. Ich sagte zuerst, wie man uns so oft gesagt hatte: Die Sache wird in Erwägung gezogen werden. Schließlich willigte ich ein, daß der europäische Postzug abfahre, damit die Bürger ihren Verwandten in Europa von den schrecklichen Ereignissen berichten könnten. Aber damit der Zug sicher durch das Streik-gebiet komme, bestimmte ich, daß von der Lokomotive die rote Fahne wehen müsse. So fuhr denn der Zug ab. Und das war mein erstes Verbrechen. Deshalb hätte mich die südafrikanische Regierung. Ich bin stolz darauf. Nach dem Streik schickte die Regierung die Betriebseinschränkung trotz der Einsetzung einer Kommission, die sich mit den Beschwerden der Eisenbahner be-fassen sollte, fort. Unter den Eisenbahnern herrschte die größte Bestürzung. Zu Weisnachten nahm man links und rechts Ar-beiterentlassungen vor. Leute, die jahrelang auf den Eisenbahnen tätig waren, Familienväter mit sechs und sieben Kin-dern, wurden erbarmslos nach 24stündiger Kündigung auf den überfüllten Arbeitsmarkt geworfen. Unser Exekutivaus-schluß beschloß, alle legalen Mittel anzuwenden, um diese unerträg-lichen Zustände abzuschaffen. Wir wandten uns in der Ab-wesenheit der Minister an den Generalgouverneur Gladstone, der uns an den Minister Smuts verwies, von dem wir feinerlei Genußnahme erhalten konnten. Schließlich wurden wir von dem Eisenbahnminister als Privatpersonen empfangen und in einer beleidigenden Weise behandelt. Unsere Leute fielen buchstäblich auf die Knie vor ihm und baten ihn, die Entlassungen einzus-tellen; alle Eisenbahner würden gern eine Stunde Arbeitszeit täglich opfern, wenn sie ihre Kameraden nur davor schützen könnten, daß sie brotlos gemacht würden. Alles war umsonst. Beim Hinweggehen ließ einer der Unserigen die Bemerkung fallen: „Das bedeutet ein Unglück“, worauf der Minister lachend erwiderte: „Meinen Sie einen Streik? O, wir sind auf

einen Streik vorbereitet.“ Am 8. Jänner 1914 brach der Streik aus, am 9. März wurde ich ergriffen und ins Gefängnis ge-worfen. Meine Frau und meine Kinder wußten nicht, was aus mir geworden war. Im Gefängnis mußten wir auf dem nackten Boden schlafen und man gab uns morgens eine ekel-erregende Suppe zu essen. In einer Nacht wurden wir im Ge-fängnis ergriffen und mit Bajonetten gezwungen, den Eisen-bahnzug und das Schiff zu besteigen.

In unserer nächsten Nummer werden wir einen ausführ-lichen Bericht über die Verhältnisse der Eisenbahner in Süd-afrika von P o u t s m a bringen.

England.

Die englischen Eisenbahner und die Arbeiterpartei. Mit dem Nationalverband der Eisenbahnangestellten hat eine der letzten großen Gewerkschaften die im neuen Gewerkschafts-gesetz (Osborne-gesetz) vorgesehene Urabstimmung ihrer Mitglieder über die Beteiligung an der politischen Aktion und den An-schluß an die Arbeiterpartei beendet. Die Abstimmung hatte das folgende Ergebnis: Von insgesamt 250.000 Mitgliedern nahmen rund 140.000 oder 57 Prozent an der Abstimmung teil. Davon stimmten für die politische Aktion rund 102.000, dagegen rund 38.000; 3000 Stimmen waren un-gültig.

Der Eisenbahnerverband verspricht eine der fe-stesten Stützen der Arbeiterpartei zu werden. Seitdem er vor einem Jahr durch die Verschmelzung dreier Eisenbahnerorganisationen entstanden ist, hat er seine Mit-gliederzahl verdoppelt, und sie ist noch immer im raschen Zu-nehmen begriffen. Er stellt heute die mächtigste, völlig zentrali-sierte britische Gewerkschaft dar.

In einigen Gewerkschaften sind politische Hintertreppen-einflüsse am Werk, um einen Teil der Mitglieder zu heran-laffen, die Befreiung von der politischen Beitragsleistung zu beanspruchen. Das ist insbesondere in einigen Textilarbeiter-organisationen in Lancashire der Fall, die überwiegend aus weiblichen Mitgliedern bestehen, keine politischen Rechte haben und reaktionären und religiösen Einflüssen leichter zugänglich sind. Es genügt aber wohl, diese Intrigen ans Tageslicht zu bringen, um sie zu vereiteln.

Kleine Nachrichten aus der Eisenbahner-internationale.

Der 25. Kongreß des französischen Eisenbahnerverbandes wird am 16. April in Paris beginnen. Der Kongreß wird sich besonders damit beschäftigen, was geschehen soll, um die Wieder-einstellung zahlreicher schon seit dem Streik 1910 gemahregelter Kollegen zu erzielen, sodann mit der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Verschmelzung der verschiedenen Eisen-bahnerorganisationen u. s. w.

Den Eisenbahnbürogehilfen in Neu-Südwales ist es nach langer Agitation gelungen, die Errichtung eines Lohnnamens durchzusetzen, welches die Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle in den Eisenbahnbüros Beschäftigten festsetzen soll. Die Arbeitszeit dieser Angestellten beträgt zurzeit 3 1/2 Stunden per Woche, doch wurde bislang für Ueberstunden nichts bezahlt. Dafür verlangen die Bürogehilfen in Zukunft einen Aufschlag von 50 Prozent, ferner M. 250 für jede Mahlzeit, die ihnen dadurch verloren geht. Für Sonntagsarbeit wird doppelte Be-zahlung verlangt. Ferner fordern sie drei Wochen Urlaub im Jahr, Bezahlung im Krankheitsfall für eine sechstägige Frist sowie eine Lohnskala, die sich für die jungen Gehilfen von 18 bis 21 Jahren zwischen 1200 bis 3000 M. statt der bis-herigen 900 bis 2600 M. bewegt. Für die in acht Klassen ein-geleiteten übrigen Angestellten werden Gehälter von 3000 bis 10.200 M. statt der bisherigen 2600 bis 8200 M. verlangt. Interessant ist besonders, daß an der Bewegung auch die höheren Angestellten den lebhaftesten Anteil nehmen. Uebrigens unter-liegt es keinem Zweifel, daß diese Lohnbewegung, die sich in der Hauptsache in staatlichen Betrieben abspielt, von gutem Erfolg sein wird.

Nach einer Meldung englischer Blätter wollen die dor-tigen Eisenbahngesellschaften den Verband der Eisenbahner an-erkennen und in Zukunft mit dessen Vertretern direkt ver-handeln, so daß das jetzige System der freien Einigungsämter wegfallen würde. Dieses System, das den Organisationen nur indirekten Einfluß gestattet, das aber besonders die Organi-sationsvertreter selbst von der Teilnahme an den Verhand-lungen ausschließt, hat speziell in den letzten Jahren unter den Eisenbahnern viel Widerstand erfahren. Sie haben deshalb auch die Vereinbarungen in Bezug auf dieses System zum Herbst gekündigt. Angesichts des riesigen Wachstums der Eisen-bahnerorganisationen in der letzten Zeit, scheinen die englischen Eisenbahnmagnaten den offenen Kampf vermeiden zu wollen und rechtzeitig einzulenkten, denn auch sie müssen einsehen, daß das bisherige System unhaltbar geworden war.

Die Organisation der portugiesischen Eisenbahner be-schloß, den Streik vorläufig zu beenden, die Arbeit nach kurzer Zeit jedoch wieder niederzulegen, wenn ihre Forderungen auf Wiedereinstellung der Gemahregelten und Reform ihrer Alterspension nicht bald erfüllt werden. — Der Vorstand wandte sich in seinen Proklamationen entschieden gegen alle Versuche, die Organisation mit den Attentaten auf die Eisenbahn in Ver-bindung zu bringen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Zustände in der Südbahnwerkstätte Wien.

Am 5. Februar d. J. wurde der Arbeiter Ar b i n g e r z der Südbahnwerkstätte nächst dem Südbahnhof bei einer Ver-schiebung erheblich verletzt. Er war mit einer Reparaturarbeit unter einem Personenzug, der in der Werkstätte in einer großen Wagengarnitur stand, beschäftigt, als an diese Wagen-garnitur durch den Verschieber Matthias Z u s t a l eine aus drei Wagen bestehende Gruppe angeschoben wurde. Hierbei schloß sich die Wagengruppe in Bewegung und Arbinger erlitt Ver-letzungen in der Hüften- und Kreuzgegend. Die von Arbinger vorgenommene Arbeit wurde damals vom dem Werkmeister Franz K r a t o s c h k a beaufsichtigt. Dieser beschuldigte den Ver-schieber Z u s t a l, daß er die Verschiebung nicht mit der nötigen Umsicht vorgenommen habe. Auch behauptete er, daß er Z u s t a l vorher durch Jurore verständigt habe, daß unter dem Waggon gearbeitet werde und daher dort nicht verschoben werden dürfe. Z u s t a l jedoch bestritt, daß er eine solche Verständigung erhalten habe, und führte den Unfall hauptsächlich darauf zurück, daß der Werkmeister Kratoschka es in vorschriftswidriger Weise

unterlassen habe, die Waggongruppe, unter welcher Arbinger arbeitete, durch eine rote Scheibe zu decken. Bei der am 7. d. M. vor dem Bezirksgericht Favoriten stattgehabten Hauptverhand-lung verantwortete sich der von Dr. L o e w verteidigte Werk-meister Kratoschka dahin, daß er zwar die Signalscheibe auf-zustellen unterlassen habe, daß dies jedoch ebenso gut Pflicht des Verschiebers Z u s t a l gewesen sei. Dieser, verteidigt von Dr. Leopold K a h, stellte eine derartige Verpflichtung in Ab-rede. Bei der sohin durchgeführten Vernehmung mehrerer Zeugen konstatierte Dr. K a h, daß für die Sicherheit des Arbeitspersonals in der Südbahnwerk-stätte bei Verschiebungen in der Regel gar nicht gesorgt wurde, indem die Aufstellung von Halt-signalscheiben unterlassen wurde, wenn Arbeiten unter oder zwischen den Waggonen vorgenommen wur-den. Dies wurde von den Zeugen Ingenieur W i n k e l m a n n und Verschieber Josef S t a n g l bestritten. Der als Sachver-ständige geladene Inspektor Karl M u s i l gab an, daß es aus-schließlich Pflicht des Werkmeisters Kratoschka war, für die Aufstellung der Warnungsscheiben zu sorgen, und daß eine mündliche Verständigung des Verschiebers nach den Vorschriften keineswegs genüge. Den Verschieber Z u s t a l treffe kein Verschulden, da er mangels der Signalscheibe nicht wissen konnte, daß unter der Waggongruppe gearbeitet werde.

Da aus der Aussage des verletzten Arbeiters Arbinger hervorging, daß er noch immer berufsuntfähig sei, demnach eine nach dem Gesetz als schwer zu qualifizierende Verletzung er-litten habe, beschloß der Bezirksrichter, den Akt an die Staatsanwaltschaft wegen Verachtens des Bergehens gegen die Sicherheit des Lebens abzuurteilen.

Man darf auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit gespannt sein. Insbesondere bedarf einer Klärung die Frage, ob das untergeordnete Verschaub- und Arbeitspersonal insolge der Nachlässigkeiten der Herren Werkmeister, welche die primi-tivsten Vorrichtungen übersehen, Verletzungen und Abstrafungen er-leiden müssen.

Rentenerhöhung. Johann W i l i m e t, Kesselschmied der 1. 1. Staatsbahnen, hat im Dienst der 1. 1. Staatsbahnen zwei Unfälle erlitten. Am 8. Juli 1904 erlitt er bei der Arbeit durch Sturz eines Kessels eine Kopfverletzung und am 10. Oktober 1912 erlitt er bei der Arbeit eine Verletzung an der linken Hand.

Die Berufs-genossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt hat nur letzteren Unfall entschädigt und Herrn W i l i m e t hierfür eine zwölfprozentige Rente monatlicher Kr. 295 zuerkannt, während sie den ersten Unfall als folgenlos erklärt hat. Gegen diese Entscheidung brachte W i l i m e t durch Dr. Anton B r a h Klage beim Schiedsgericht ein.

Bei der vor dem Schiedsgericht durchgeführten Ver-handlung erklärte der Sachverständige Professor Dr. Pollak, daß das Gehör des Klägers außerordentlich geschwächt sei, daß es sich aber heute nicht mehr feststellen lasse, ob dies Unfallsfolge sei oder aber auf die Verschärfung des Klägers als Kesselschmied zurückzuführen werden müsse. Professor Dr. Stenkal gab über Befragen des klägerischen Vertreters an, daß auch Folgen des ersten Unfalles vorhanden sind, die aber höchstens mit 16 2/3 Prozent eingeschätzt werden können. Der klägerische Vertreter führte nun aus, daß es heute nicht mehr fraglich sein könne, ob die Schwerhörigkeit Folge des Unfalles sei oder nicht, da dieser Umstand von der Anstalt anerkannt sei und dem Richterpruch zugrunde gelegt werden müsse. Es sei aber auch dem Kläger nach dem Gutachten des Herrn Professor Dr. Stenkal eine Rente für den zweiten Unfall zuzusprechen.

Das Schiedsgericht verurteilte in Gemäßheit dieses Antrages die beklagte Anstalt, dem Kläger eine Nachzahlung von Kr. 31377 sowie eine weitere zwölfprozentige Rente für den zweiten Unfall und die Prozeskosten zu bezahlen.

Weipert. (Ein gerichtlich verurteilter Reichsbändler.) Von dort wird uns geschrieben: Aber-mals ist man den ehemaligen Magazin-aufseher Anton S n a t e l auf eine Gaunerei gekommen und wurde derselbe am 27. Februar d. J. vom 1. 1. Kreisgericht in Brüx neuer-lich zu einer Kerkerstrafe von sechs Wochen verurteilt. Der Sachverhalt war folgender: Der ehemalige Magazin-aufseher der Buchstiebrader Eisenbahn in der Station Weipert, Anton S n a t e l, war vorigen Jahres wegen betrügerischen Hinter-ziehungen von Zollgebühren vom 1. 1. Kreisgericht in Brüx mit Urteil vom 25. Dezember zu sieben Monaten schweren Kerker verurteilt. Während seiner Kerkerstrafe hat er nur herabgesetzt, daß er neben anderen Gaunereien auch die Firma Stollwerck u. Komp. durch betrügerische Manipulationen geschädigt hat. Diese Firma hat bekanntlich auf den Bahnhöfen Automaten aufgestellt. So war auch ein Automat in der Station Weipert aufgestellt, dessen Betreuung und Ver-rechnung der Reichsbändler S n a t e l zu besorgen hatte. S n a t e l hatte die gelieferten Zuckermehre in den Automaten zu füllen und den Erlös nach Abzug eines fünfprozentigen Entgeltes an die Firma Stollwerck abzuliefern. Wie bei allen Manipulationen des S n a t e l s, so happerte es auch auf diesem Gebiet, so daß sich endlich die Firma bemächtigt sah, gegen den unredlichen Vertreter die Vertragsangelegenheit zu er-statten. Bei der Verhandlung, die am 27. Februar d. J. statt-fand, wurde dem S n a t e l nachgewiesen, daß er zum Schaden der Firma Stollwerck u. Komp. den Betrag von Kr. 31570 veruntreut habe. Für diese neuerliche Gaunerei erhielt er zu seiner sieben monatigen Kerkerstrafe noch eine solche, in der Dauer von sechs Wochen. Wenn man die finanzielle Schädi-gung, welche die Praxistenkasse der Buchstiebrader Eisenbahn, der 1. 1. Zollverwalter und der 1. 1. Zollkontrollor durch diese Sumpfblume des Reichsbundes deutscher Eisenbahner erlitt, in Betracht zieht, so kann man annähernd den Schaden ermessen, den dieser Mensch im Verein mit seinen gleichgefinten treu-deutschen Stammesbrüdern verursacht hat. Durch die Ver-urteilung dieses S n a t e l s ist dem Reichsbund deutscher Eisenbahner eine „tätige Kraft“ auf längere Zeit entzogen.

Du bist noch kein vollwertiges Mit-glied der Organisation, wenn du nur deine Beiträge bezahlst, dich aber sonst nicht um deinen Verband kümmerst.

Du mußt deine Kraft in den Dienst deines Verbandes stellen; du mußt mitraten und mitarbeiten, soviel in deinen Kräften steht.

Du darfst nicht glauben, die an-deren werden es schon machen. Wenn alle sich auf die andern ver-lassen, wird nichts getan; wenn alle mit-arbeiten, wird jede Arbeit leicht.

Du kannst immer und überall mitarbeiten, wenn du den redlichen Willen hast. Nur Drückeberger finden nie Gelegenheit zur Mitarbeit.

Streiflichter.

Die Gau des „Reichsbundes“.

Mitwirkende und Wurstsuppe im Dienste nationaler Werbe- arbeit.

Aus Oberleutendorf wird uns geschrieben: Zu der Geschichte der Arbeiterbewegung, vornehmlich in den Kämpfen des Eisenbahnproletariats um bessere Existenzbedingungen nimmt unstreitig der „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ eine traurige Verühmtheit ein. Warum er überhaupt besteht und wieso es möglich ist, daß er bestehen kann, wurde schon des öfteren in den verschiedenen Blättern zur Genüge erklärt. Daß er aber noch nicht in die Vergangenheit verschwunden ist, kann nicht allein auf die Unterstützung der Regierung sowie auf das Bestreben der verschiedenen Eisenbahngewaltigen, eine möglichst willenslose Sorte von Bediensteten zu züchten, zurückgeführt werden; dazu gehört schlechterdings vor allem ein denkfaules, jeder Ueberlegung bares Personal, dem man, ohne berechtigte Kritik fürchten zu müssen, alles mögliche vortäuschen kann.

Ein sprechendes Beispiel, wie hoch der Reichsbund von diesem Gesichtspunkt aus seine Mitglieder einschätzt, lieferte in letzter Zeit die Ortsgruppe Oberleutendorf. Nun soll gleich von vornherein betont werden, daß die Leiter der Ortsgruppe den anderen Mitgliedern gegenüber nicht etwa so große Geistesfinden sind, die über jede Dummheit erhaben sind. Es kann jedoch konstatiert werden, daß schon manchen Anhänger die gesunde Vernunft eingab, daß Lehren und Taten des Reichsbundes sehr getrennte Begriffe sind, daß der Reichsbund ganz andere Interessen als die des Eisenbahnproletariats verfolgt. Dazu sind an der Spitze der Ortsgruppe Hauptlinge (wie in der ganzen Reichsbundleitung), welche alles andere, nur keine Idee von dem Zweck einer Organisation haben, ausgenommen den in Fleisch und Blut übergegangenen Reichsbundpflanz. Damit in Verbindung die dem eigenen Kopf entsprungenen Heldentaten geben ein Konglomerat von Gehirn-tätigkeit zum besten, welche die Mittwelt mit Staunen und offenstehenden Mäulern zurückbleiben läßt. Nichts ist natürlicher, als daß der Menschheit solche Geistesheroen nicht verschwiegen bleiben dürfen.

Da haben wir: 1. Herr Benzel Swoboda, seines Zeichens Lokomotivführer, Obmann der Ortsgruppe, Hauptvertrauensmann der Reichsbundmitglieder beim Prager Direktionsbezirk, nebenbei stets „im Dalles“. 2. Herr Hermann Förster, Oberkondukteur, rühmlichst bekannt unter „Land'n Herrmann“. 3. Herr Josef Grund, Lokomotivführer, Kassier und Vereinskomitee unter dem Künstlernamen „Grundini“, in früheren Jahren Sokol, dann Sozialdemokrat, der so manchen Deutschnationalen mit Haut und Haaren verleißen wollte. 4. Herr Suchy, „A. I. Mädchen für alles“ — im Reichsbund ebenso. 5. Herr Franz Deutler, Lokomotivführer, „Bundesaufsichtsrat“, ein besonders starrer Nationalist, mußte deshalb auch seinen Refers gegen seine Qualifikation von einem tschechischen Portier schreiben lassen. 6. Herr Ferdinand Elmerich, Maschinenmeister und „geistiger Inspizitor“ der Vorgenannten, weshalb auch alle von diesem Orgelteil geschaffenen Böde eine vorinsinulische Größe erreichen.

Im einen vollständigen Bericht über die im Interesse des Eisenbahnpersonals liegende Reichsbundtätigkeit dieser Wacker zu bringen, müssen wir schon etwas zurückgreifen. Im Sommer vorigen Jahres feierte diese Ortsgruppe das zehnjährige Gründungsfest. Herr Elmerich, als Verfechter römischer Antikenmoral, drang nun damit durch, daß die Ortsgruppe, anstatt bei dieser Gelegenheit die verstorbenen Mitglieder durch einen Kranz zu ehren, wie es geplant war, der Geldkosten halber die Feier mit korporativem Besuch der heiligen Messe einleitete. Er verfolgte dabei den hinterhältigen Zweck, sich dadurch die Protektion der „Pater Rusch-Partei“ zur Wahl in den Gemeindevorstand zu sichern. Ein in der „Freiheit“ veröffentlichter ausführlicher Bericht über dieses für Oberleutendorf denkwürdige Fest brachte es mit sich, daß große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern eintrifft und manchem nun ein Licht über den Wert dieser Organisation in Eisenbahnerfragen aufging. Wenn nun auch infolge des herrschenden Zwanges der sprunghaften Stationsgewaltigen und einiger Geizhalsbongons die meisten Mitglieder nicht den Mut aufbrachten, offen aus diesem Herikal-national-römischen Mischmaschverein auszutreten, so stellten sie doch zum Teil die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ein. In der nun später folgenden Generalversammlung gab es großen Krach und niemand wollte mehr eine Funktion übernehmen. Herr Swoboda als Kandidat für alle zu verlehenden Funktionen, welche Blamagen eintragen können, wurde „Notnagelobmann“. Es fanden sich dann auch leicht die dazu passenden Gehirnschmalzmanderln, und der Bestand der Ortsgruppe war wieder gesichert. Nun galt es vor allen Dingen, der drohenden Bundesflucht zu steuern. Da versiel, wie immer, der geistreiche „Mingelbeutel-Ferdl“ auf die würdige Idee, aus dem Geldmitteln der Ortsgruppe ein „Schweinefächlein“ mit Gratismüßeln und Wurstsuppenverteilung für die Mitglieder zu veranstalten. Wie Ferdl wollte, so ist es auch geschehen am 8. März im Jahre des Heils 1914.

Daut der umfangreichen, an alle in diesem Fall wieder einmal ehrenwerten, hochwohlgeborenen Mitgliedern verteilten Einladung gab es im Gasthaus „Kaiser von Oesterreich“ ab 10 Uhr vormittags Kesselfleisch für 40 S., ab 4 Uhr nachmittags Bratwürste, à 24 S., nur für Mitglieder. Weiters wurde bekanntgegeben, daß Aufsichtsrat Herr Deutler an alle Mitglieder drei Stück Marken verteilt, welche zum Bezug von zwei Portionen Gratismüßeln und einer Portion Gratismüßel berechneten. Bringt ein Mitglied seine Gattin mit, erhält auch diese Gratismüßel. Mitglieder, welche nicht teilnehmen können, werden samt Gattin am Ostermontag durch einen Gratisschinkenmaus schadlos gehalten. Weidemale gibt es zu alledem „Konzert mit komischen Vorträgen“ als bewährten Ersatz für ein nationalverbändlerisches Referat.

Bemerkenswert war ferner in der Einladung die besondere Würdigung der mit ihren Beiträgen im Rückstand befindlichen Mitglieder, denen durch starkes Unterstreichen zu Gemüte geführt werden sollte, daß auch sie trotz alledem der gebotenen Benefizien nicht verlustig gehen. Besonders wurde jedem ans Herz gelegt, daß diese Veranstaltung den Zweck verfolgt, neue Mitglieder anzulocken, und da alle übliche Geschäftsbüberei nicht mehr viel nützt, muß eine Gau ihr Leben lassen. Der Verlauf der „Schweineeinberleibungsfeier“ muß nun zum Ergötzen der läßlichen Straßenjugend, welche Fensterpublikum bildete, und bei Reichsbundfesten immer auf ihre Rechnung

kommt, ein großartiger gewesen sein. Wie Teilnehmer berichten, gab es mit der Zeit manche unter den Tisch gerutschte, dem todgemurkten Schwein ähnliche menschliche Wesen, welche durchaus nicht etwa auf das männliche Geschlecht allein beschränkt blieben, so daß im großen und ganzen der Reichsbund in den Annalen seiner Geschichte, eine, wenn auch bei ihm nicht neue, so doch wertvolle Bereicherung verzeichnen kann.

Mancher Teilnehmer wird sich nun allerdings seine eigenen Gedanken über solche Verwendung von Organisationsgeldern gemacht haben, um so mehr, wenn so mancher von den strammdeutschnationalen Vorgesetzten dazu gepreßtes notleidendes Mitglied mit seinem Ansuchen um Unterstützung mit ein paar lumpigen Sellen, oder gar nur schalen Ausreden abgepeist wurde. Das ist aber nur einmal „Reichsbundmoral“. Selten die von den bösen Sozialdemokraten ausgeborgten Erlöse nicht mehr, hilft alle gewissenlose Vernachlässigung und Verleumdung sozialdemokratischer Vertrauensmänner nur wenig, will die bewußt unehrliche, lügenhafte Schreibweise des „Deutschen Eisenbahner“ nicht mehr den gewünschten Erfolg zeitigen, kann muß eine Gau umgebracht werden, um den Reichsbundmitgliedern oder denen, die es noch werden sollen, mit den Erzeugnissen derselben in eklatanter Weise den Wert ihrer Organisation für die Eisenbahner vor Augen zu führen. Der Reichsbund hat nun nicht mehr nötig, verborgen sein heuchlerisches Dasein zu fristen. Er kann jetzt auch endlich einmal, ohne, wie gewohnt, auf geistigen Pump ausgehen zu müssen, seinen Mitgliedern Rechenschaft über seine ersprießliche Tätigkeit ablegen. Mit drei Marken als Anweisung zum Gratismüßel von zwei Portionen Wurst und einer Portion Wurstsuppe wird den Mitgliedern die geschichtliche Notwendigkeit des Bestehens ihres „Reichsbundes“ bewiesen. Ein Gutes für die Mitglieder der Ortsgruppe Oberleutendorf hatte nun dieses, wie alle Aktionen, mit großem Lantam und Geschrei in Szene gesetztes Reichsbundmeeting doch, nämlich, daß die Mitglieder doch einmal mit fatterm Magen davon kamen, was sonst nie behauptet werden konnte.

Wann gerade die Oberleutendorfer Reichsbundhauptidee auf das Schwein als letzten Rettungsanker für das Gedeihen des Reichsbundes kamen, kann bei seiner Entwicklung nicht wundernehmen. Ist doch noch in guter Erinnerung, daß der nationalverbändlerische „A. I. Sprungkünstler“ Abgeordneter Kroh, aus der Mitte des Reichsbundes heraus, mit Gratiskreuzen, Salzfangeln und Freibier im Oberleutendorfer Wahlkreis gewählt worden ist. Wurst als Wahl-agitator, ist das nicht ein beschämendes Zeichen für beide Teile? Es ist für das gebildete Volk gewiß bedauerlich, daß politische Charlatane immer noch auf ihre Rechnung kommen, um dann bei denen, welche in einem Saumagen ihren sicheren Hafen finden, das wohlverdiente Vertrauensvotum einheimen zu können.

Die Deputationsvorsprache der Arbeiter-Zentralaus- schußmitglieder beim Eisenbahnminister.

Am 7. d. M. sprach endlich die von der Versammlung der Vertrauensmänner aller in Wien einlaufenden Bahnen entsendeten Arbeiteraus-schußmitglieder, und zwar die Genossen Ziegler, Schneider und Pollak, beim Eisenbahnminister, bei dem sich auch der Ministerialrat Dr. Böß befand, vor, um die Wünsche und Beschwerden des Personals in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsordnung sowie die Reform, die infolge der von Parlament bewilligten 88 Millionen Kronen einsetzte, zu unterbreiten. Hatte doch der Eisenbahnminister sowohl als auch Ministerialrat Dr. Böß im Parlament seinerzeit in bestimmter Form Zusagen von Bedeutung gemacht, die aber in keiner Weise erfüllt wurden. Darum wurde von der Deputation hauptsächlich die Durchführung der unerwartet großen Verschlechterungen besprochen, die eine ungeheure Erregung und Enttäuschung des Personals auslösten. Ziemlich erregt gestaltete sich die Vorsprache bei Verhörung des Versprechens, das Ministerialrat Dr. Böß gegenüber derselben Deputation am 20. November 1913 dahin lautend gemacht hatte, daß eine 20-Gelder-Vorrückung durchwegs Platz greife, und zwar bei den Professionisten von zwei zu drei Jahren, bei allen übrigen Arbeitern von drei zu drei Jahren, welches Versprechen nicht voll erfüllt wurde, indem die Bahnerhaltungsarbeiter der Provinz nur eine 10-Gelder-Vorrückung erhalten werden. Die Deputation wies auf die großen materiellen Verluste hin, die das Personal erleidet, obwohl durch eine so große Zubehaltung von 88 Millionen Kronen doch eine Besserung der tristen Lage der Eisenbahner bewirkt hätte werden sollen, und ließ bei diesem Punkt den Zweifel durchschimmern, ob das bewilligte Geld auch vollständig angewendet wurde. Der Minister erwiderte, daß die Bahnerhaltungsarbeiter außerhalb Wiens mit der übrigen Arbeiterschaft nicht zu vergleichen sei, sie müssen vielmehr als landwirtschaftliche Arbeiter betrachtet werden, welchen die Eisenbahn einen Nebenverdienst zu kommen läßt. Das Eisenbahnministerium könne diesen Arbeitern eine gleiche Behandlung nicht zugestehen. Was die Verwendung der Gelder anbelangt, soll das Personal vollständig beruhigt sein, es wird alles bis auf den letzten Heller vorausgibt werden.

Hinsichtlich der Festsetzung von Minimalanfangslöhnen für Professionisten und qualifizierte Hilfsarbeiter sind die Direktionen kompetent; die Deputation meinte jedoch, dies wäre Sache des Eisenbahnministeriums, gerade so, wie die Zulassung des Maximallohnes oder die Festsetzung der Vorrückungstermine, der Arbeitszeiten der Bahnerhaltungsarbeiter, der Ueberstundenbezahlung und endlich der Gewährung der Urlaube für die nichtständigen Arbeiter, Dinge, die eine gründliche Reform der Arbeits- und Lohnordnung erheischen würden, während die Arbeiterschaft lediglich mit Wohlwollen oder Zurechtwägungen hingehalten wird!

Nach dieser Auseinandersetzung entfernte sich der Minister, worauf mit Ministerialrat Dr. Böß über die Stabilisierungsfrage, über die Erhöhung der Normierungen u. gesprochen wurde, bei welchen Fragen sich die Deputation beklagte, daß eine so große Zahl der Hilfsarbeiter von der Stabilisierung überhaupt ausgeschlossen sei. Ferner wurde die Frage der Vermehrung der Werkführerposten erörtert, während eine Wesperschaft über Stabilisierungsschäden mit einer heftigen Geste abgewehrt wurde!

Auch die Anwendung der Vorrückungen bei den Afforarbeitern wurde mit einer entschiedenen Wendung abgetan, indem Ministerialrat Dr. Böß behauptete, daß die Afforarbeiter ohnedies genug verdienen und daher ganz zufrieden sein können.

Die Deputation, die noch verschiedene Punkte besprach, so die Bezahlung der monatlichen freien Tage, die Vorrückungsfristen der qualifizierten Hilfsarbeiter, die Gleichstellung der Bahnerhaltungsprofessionisten mit den Werk-

stättenarbeitern u. s. w. u. s. w., drückte ihr Befremden aus über das Vorgehen der Bahnverwaltung, daß jede Reform von so vielen Nachteilen für das Personal begleitet sei und hat, daß doch insbesondere die Arbeiterschaft, die heute oft nicht einmal das Notdürftigste habe, Berücksichtigung finden möge.

St. Bürokratismus bei der Staatsbahn.

Unter diesem Titel lesen wir in der „Vorarlberger Wacht“: Wiederholt konnte man im Gewerkschaftsblatt „Der Eisenbahner“ lesen, wie unökonomisch dort von höchster Stelle, aus förmlich wütend danach getrachtet wird, je tiefer unten beim Bahnpersonal desto mehr Ersparnisse zu erpressen. Leider sind diese Nachrichten nicht so sehr verbreitet worden, wie es im Interesse des Personals und der Allgemeinheit gelegen wäre. Wir wollen deshalb, weil uns gerade zufällig ein derartiges Zirkular auf den Tisch geteilt kam, dieses lächerliche Bürokratenstücklein einer näheren Betrachtung unterziehen. Es wird zwar behauptet, daß die Anordnungen von oben sich praktisch sehr schwer oder gar nicht verwirklichen lassen, doch über dies wollen wir hier nicht rechten. Was uns beschäftigt, ist der Sinn, der geistige Inhalt in seiner wirtschaftlichen und moralischen Konsequenz. Man lese daraus:

In den Endstationen (der Züge) sind die Beleuchtungs-mittel sogleich nach Ankunft in Gegenwart des Zugführers oder eines von ihm bestimmten Zugbegleiters (Stadmann) vom Lampisten nachzufüllen. Die Lampisten haben einen Ausweis zu führen, in dem vom Zugführer oder dem hiezu bestimmten Zugbegleiter (Stadmann) genau die hierfür verwendete Menge Öl zu bestätigen ist, und zwar deshalb, weil sie hierfür verantwortlich und ersatzpflichtig sind.

O Sanct Bürokratismus, wo bleibst du die Ökonomie, wenn neben den schon bestehenden Vorgesetzten noch Extra-aufpasser mit mehreren Dienstprüfungen dazu verwendet werden, zuzuschauen, wie der Lampist Öl von seiner Kanne in das alte Glump, pardon Beleuchtungskörper (Laternen, Dachlampen), gießt?

Nebenbei bemerkt, handelt es sich im einzelnen Falle nur um ein geringes Quantum Öl. Diese Bürokratenwirtschaft kennt man in Oesterreich zur Genüge und wir wollen uns deshalb über dieses Zirkular nicht sonderlich aufregen. Was aber bezeichnend ist, ist die aus dem ganzen Inhalt herauszudenkende Absicht, das Personal zu verächtigen. Es hat dies, wie paradox es klingt, seine gewisse — Berechtigung, denn, man höre, es ist gar nicht ausgeschlossen, daß irgendein Lampist, Bremser, Verschieber u. s. w. eines schönen Tages unter den heutigen Verhältnissen daraufkommen muß, das Öl (es ist dies Brennöl niedriger Qualität) zur Bereitung eines schmachtigen Salates oder zum Kartoffelkräften u. s. w. zu verwenden. Ja, selbst den Extraaufpassern ist nicht viel zu trauen, denn auch bei diesen hat der Magen das Bedürfnis, stets genug zu essen zu bekommen.

Aus diesem Grunde, und es ist nach unserer Ansicht gewiß ein der jetzigen Dienstorganisation angepaßter Vorschlag, raten wir, in allen Stationen, wo Lampisten beschäftigt sind, einen Inspektor zur Kontrolle zu erstellen. Vorteilhaft wäre auch die Anreicherung mehrerer Brennöl-Direktionsinspektoren. Daß eine eigene Abteilung im Direktionsgebäude für dieses Fach mit ein paar tüchtigen Doktoren geschaffen wird, erachten wir als selbstverständlich. Damit aber die Kontrolle einheitlich durchgeführt wird, ist es unbedingt erforderlich, daß in der Generalinspektion neben einer eigenen Abteilung, die von einem Regierungsrat geleitet wird, Brennölzentralinspektoren, die sehr oft in die Provinz zu fahren haben, geschaffen werden. Daß im Ministerium ein eigenes Departement mit einem Ministerialrat und in der Finanzprokuratur mit einem Hofrat an der Spitze gebildet wird, erachten wir nur als folgerichtig. Ohne Zweifel könnte und würde dieser sehr „einfache“ Apparat zum freiwilligen Verlußt zugunsten des Petroleumtarifells sehr beitragen helfen.

Ursachen anstatt Karlose.

Ein Fall, der auf die Um-gangsformen gewisser Spitalärzte ein eigenartiges Licht wirft, wird uns von einem Eisenbahner berichtet. Derselbe begab sich mit seinem neunjährigen Sohn in das Kaiser-Franz-Josef-Ambulatorium in der Sandwirtgasse, woselbst in der zweiten Augenabteilung an einem Auge des Knaben ein kleiner operativer Eingriff vorgenommen wurde. Da der Knabe schrie, versetzte ihm der Arzt eine Ohrfeige mit den Worten: „Das ist besser als eine Karlose.“ Das sind jedenfalls Umgangsformen, die zur Hebung des Renommee unserer Spitaler sehr beitragen werden, in denen man mitunter ohnehin mehr Hochmut als die für den Patienten so wohlthuende Humanität findet.

Von der Buschtiehrader Eisenbahn.

Man schreibt uns: Die deutschböhmisches Landesbahnen hat das gesamte Eisenbahnpersonal der in Komotau einmündenden Bahnen veranlaßt, an ihre Direktionen die Bitte wegen Gewährung einer Teuerungszulage zu stellen. Die k. l. Staatsbahn hat, beeinflusst durch das scharfe Verhalten der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn, in dieser Frage an einzelne Bedienstete eine Remuneration für geleistete „Mehrarbeit“ bewilligt. Die Buschtiehrader Eisenbahn behielt sich noch längere Zeit passiv, so daß allgemein unter dem Personal eine angelegliche Aeußerung des Herrn Hofrates Böhm verbreitet war: „Entweder alle oder niemand.“ Nun hat man ebenfalls eine Remuneration bewilligt, welche in puncto Personalfreudigkeit nicht nur jene der k. l. Staatsbahn, sondern auch jene der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn übertrifft. Diese Remuneration stellt so ziemlich das Rückwärtsloste auf diesem Gebiet da. Wenn die k. l. Staatsbahn keine allgemeine Aus-stellungsfrage bewilligt, um kein Präjudiz für künftige Aus-stellungsfragen zu schaffen, so läßt sich darüber für und gegen diskutieren. Wenn jedoch die Buschtiehrader Eisenbahn, welche vor-aussichtlich, solange sie noch Privatbahn ist, keine Ausstellung mehr in jenen Städten, welche als Personalfstation in Betracht kommen, sehen wird, zu dieser Ausrede ihre Zuflucht nimmt und von einer ohne sonstige Auslagen vorhandenen Mehr-einnahme im Personenverkehr von circa 180.000 Kr. bloß 3000 Kr., darunter mehr als die Hälfte für einen Teil der Beamten bewilligt, gibt es keine Entschuldigung. Als die Landesaus-stellung in Prag tagte, wurde ein diesbezüglicher Antrag in der Personalkommission eingebracht, ordnungsgemäß verhandelt und schließlich durch den Verwaltungsrat bewilligt. Sogar die leitenden Beamten der Personalkommission sollen die Notwendigkeit anerkannt haben. Anders in Komotau. Trotzdem ein Antrag rechtzeitig der Personalkommission unterbreitet wurde, hat keine Wesperschaft stattgefunden, weil es die Verwaltung schon seit Jahren nicht für notwendig hält, eine Sitzung einzuberufen. Wäre es angesichts dieser direkten Verhöhnung des Personals nicht angezeigt, die Mandate niederzulegen, um zu beweisen, daß das Personal nicht länger gefonnen ist, diese unwürdige Verhöhnung entgegenzunehmen? Nur zur bewilligten Remuneration selbst. Die Vorstände erhielten für ihre geleistete Mehrarbeit 250 Kr., die Beamten des exekutiven Dienstes 100 Kr. Einzelne kleine Unterbeamtengruppen, als Maschinen-, Stations-, Maasans-, sowie Wagenmeister, erhielten 40 Kr.,

Dienergruppen, insofern sie keine Dienstgruppe bilden, erhielten 25 bis 35 Kr. So wurden zum Beispiel die Block...

Von den Aushilfsbremsern des L. L. Direktionsbezirkles Olmütz. Die sozialdemokratische Organisation hat schon so...

N. L. Staatsbahndirektion Olmütz. Herr N. N.

Sie werden verständigt, daß sie ab 1. Jänner 1914 als ständige Arbeiter im (Stations-)Fahrdienst aufgenommen sind.

N. L. Bahnbetriebsamt. Eine allgemeine Entrüstung über diese unerhörte...

Gleichzeitig wurde festgestellt, daß gegenwärtig 9 Mann mit 7- bis 34-jähriger und 43 Mann mit 5- bis 64-jähriger...

Rudweis. (Lebensmittelmagazin.) Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die diesjährige General-

Bernsdorf-Fabrik. (Ein Vorstand, wie er nicht sein soll.) So schwer es ein Klassenbewußter Arbeiter auszu-

Dahnitz. (Buschthierader Eisenbahn.) Welche schrecklichen Vorstellungen sich manche Dienstvorstände von dem...

Ein solcher Vorstand, der keine Sozi dulden will, ist auch Herr Besche in Dahnitz. Er fürchtet die Sozialdemo-

Falkenau a. d. Eger. Die Dienstleistungen des Falkenauer Zugbegleitpersonales führen beständig zur Kritik. Es wird...

Leoben. (Südbahn.) Da es wiederholt vorkommt, daß bei Lebensmittellieferungen zu und aus dem Lebensmittel-

selbstverständlich das Los des Personales endgültig besiegelt. Nun...

Graz. (Südbahn.) Am 8. März d. J. erhielten wir von der Ortsgruppe Graz des Reichsbundes deutscher Eisen-

Sütteldorf. (Unhaltbare Zustände im Heizhaus.) Die Heizhausleitung Sütteldorf, die ein liebreiches...

Während man vor lauter Sparen nicht weiß, wie man das Personal ungeachtet der Betriebssicherheit reduzieren soll...

Ein sehr angenehmer Herr ist „Ingenieur“ Altman bei Erhebungen von Mängeln. Was diesem Herrn an geistigen...

Allein man entfernt einen Arbeiter vom Wasserkan in der Station und gibt einen Anbrenner an dessen Stelle. Weil...

Dieser sträfliche Leichtsinns bekundet sich aber auch in Bezug auf das Auswaschen und die Reparaturen der Maschinen.

Alle diese Sachen sind nur deshalb möglich, weil die Heizhausleitung mit der Abteilung IV verschwendet ist (Auspuff-

Wir machen die Heizhausleitung aufmerksam, daß wir diese Zustände nicht länger ertragen und uns einer anderen...

Leoben. (Südbahn.) Da es wiederholt vorkommt, daß bei Lebensmittellieferungen zu und aus dem Lebensmittel-

Laibach. (Lokalbahn Oberlaibach.) Wir werden von dort um Aufnahme folgender Korrespondenz ersucht: Ein...

Mödling. (Ehrung dreier Jubilare.) Ein schönes Fest bereitet die Bahnhofsleitung ihren Mitgliedern, den...

Korrespondenzen.

Branowitz. Bei uns gibt es einen Herrn Tiz, der dem Dienerpersonal sehr schmeicheln kann, wenn der biedere Herr...

Jubiläum, das in Riedis Hotel in Mödling am 12. März l. J. um 8 Uhr abends gefeiert wurde. Die Zentrale entsandete Genossen S w o b o d a, namens der Südbahnverwaltung erschienen Herr Inspektor S c h e i b e l. Herr Inspektor S c h e i b e l sprach in anerkennenswerter Weise über die Verdienste der drei Jubilare und überbrachte nicht nur bloße Wünsche der Verwaltung sondern auch Spenden zu Kr. 100.— und 200.—. Genosse S w o b o d a hielt die Festrede, in der er die drei Jubilare, insbesondere vom Standpunkt der Organisation, als mutige Kämpfer feierte. Die Jubilare widmete den Jubilaren drei gleichgearbeitete, mit Flugrädern verzierte, prachtvolle Stockuhren. Alle drei Jubilare dankten gerührt, worauf die kleinen Entel in schwingvollen Versen die Jubilare beglückwünschten.

Bis in die späte Nacht wurde dauerte das schöne in herzliche Gemütlichkeit übergehende Fest.

Selthal. (Felssturz im Gefäse.) Von dort wird uns geschrieben: Alljährlich zur Zeit der Schneeschmelze im Hochgebirge und bei andauernden Regen und Schneefällen ist die Gefahr der Felsabstürze, die oft den Bahnlörper beschädigen und eine eminente Gefahr sowohl für den ganzen Verkehr als auch für das Leben der Reisenden und des dortigen Bahnpersonals bedeuten, eine sehr große. Mit Rücksicht auf die Jahreszeit und gewisser Anzeichen der Vernachlässigung, veranlaßten unser Bruderorgan, den „Arbeiterwillen“ in Graz, am 8. März d. J. folgende Notiz zu veröffentlichen:

Admont. Die Sparrut der L. F. Bahnverwaltung geht jetzt schon so weit, daß, obwohl es im Gefäse schon vier Tage regnet und schneit, nicht einmal nachts an den gefährlichsten Stellen, wo immer Felsabstürze auf den Bahnlörper zu befürchten sind, Besenwächter aufgestellt werden. In früheren Jahren waren über den ganzen Sommer sechs Mann mit Felsenabräumen beschäftigt, um unwahrscheinliche Abstürze zu verhindern, außerdem wurden bei schlechter Witterung und besonders im Frühjahr ganze Wochen lang Bahnwächter aufgestellt. Jetzt wurden die letzten Jahre kaum mehr als drei Mann im Sommer zum Felsenabräumen verwendet, und diese wurden noch oft zu anderer Arbeit herangezogen, sohin wird die Gefahr der Felsabstürze immer größer, die Verwahrung des Bahnlörper aber immer mehr eingeschränkt. Diese Sparerei muß sich aber einmal bitter rächen, einige Kronen werden erspart und Tausende von Kronen und vielleicht auch Menschenleben gehen bei einem Unglück verloren. Alljährlich wiederholen sich die Steinfälle im Gefäse und nur der Mitleidenschaft des gesamten Personals ist es zu danken, daß nie ein Unglück geschah, bei den Krümmungen der Strecke und dem Gefälle der Enns kann es leicht passieren, daß ein Hindernis nicht frühzeitig wahrgenommen wird und das Unglück ist fertig.

Wie berechtigt diese Warnung war, zeigt folgende Korrespondenz, die am 10. März d. J., also nicht ganz zwei Tage später, wiederum im „Arbeiterwillen“ erschien. Dieselbe berichtet:

Was vorauszusagen war, ist nur zu bald eingetroffen. In der gestrigen Sonntagsnummer machten wir auf die Gefahr von Felsabstürzen im Gefäse aufmerksam. Nun erfolgte, wie uns berichtet wird, auch tatsächlich schon gestern Sonntag, ungefähr um 1/2 Uhr früh bei Kilometer 117.7 der Strecke Gfatterboden-Admont ein Felsabsturz, wodurch die Strecke zweieinhalb Stunden unfahrbar war. Zum Glück wurde der Absturz vom Wächtersubstituten Franz Hilger sofort bemerkt, der auch sofort telephonisch die nächste Station vom Vorfalle verständigte und Arbeiter requirierte, die den Felsblock erst durch Sprengung von der Strecke wegschaffen konnten. Der Personenzug Nr. 911 mußte in Gfatterboden einbrechiertel Stunden bis zur Freimachung der Strecke zurückgehalten werden.

Vielleicht werden jetzt die Herren einsehen, daß das Abräumen der Felsen und die Verwahrung der Strecke in dieser Gegend höchst notwendig ist.

St. Valentin. (Vom Frachtenmagazin.) Wie ein Räummel gebärdet sich der Magazinsaufseher Königsteiner. Was diesem Menschen an dienlichen Fähigkeiten fehlt, sucht er mit Schimpfen und Schreien zu ersetzen. Dumane Behandlung der Arbeiter ist ihm ein fester Begriff. Die Arbeiter sind in dieser Beziehung schon bis zu einem gewissen Grade abgestumpft, weil sie in den seltensten Fällen Schutz bei höheren Vorgesetzten finden. Auch den Valentin Stationsarbeiter kann in diesem Falle nicht Jämlichkeit vorgeworfen werden, denn es vergeht fast kein Tag, wo sich der Königsteiner nicht mit jemand freit; entweder mit den Parteien, das heißt mit deren Bediensteten, oder mit seinen untergebenen Magazinsarbeitern. Die Privatarbeiter lassen sich selbstverständlich keine Grobheiten gefallen, doch die Stationsarbeiter haben das Maul zu halten, ansonsten werden sie beim Herrn Vorstand denunziert, und dieser erklärt schon im voraus den Arbeiter jederzeit als den Schuldigen.

Mit welcher Unlust die Leute unter solchen Verhältnissen ihre Arbeit verrichten, kann sich jeder Mensch, bei dem ein Arbeiter nicht ein Mensch zweiter Güte ist, leicht vorstellen. Nur so fort in dieser Dike; was wir durch Agitation nicht erreichen, das erreichen die verschiedenen „Königsteiner“ durch ihre Brutalitäten: die Aufstellung der Indifferenten.

Trief. (Südbahn.) Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich einzelne Personen, die sich einer genügenden Protektion erfreuen, sehr brutal gegen ihre Untergebene und Nebenmenschen benehmen. Diese Kerle wissen, daß eventuelle Beschwerden von ihren Gönnern und Protektoren unterdrückt oder vorsichtig beiseite geschafft werden und deshalb können derartige Individuen ihrem Rachgier freien Lauf lassen. In der Götzer Sektion der Südbahn ist zum Beispiel der Bahnmeister Jakob Zeran, der direkt mit Rücksicht auf seinen Untergebenen schalten und walten kann. Alle gegen das wilde Treiben dieses Unterbeamten eingebrachten Beschwerden, sowie die in den dortigen Lokalblättern erschienenen Angriffe bleiben awallenderweise stets wirkungslos. Alle bis jetzt gegen Bahnmeister Zeran eingebrachten Beschwerden sollen niemals über das Triefer Inspektorat hinauskommen sein. Die vielen Streitfälle, die Zeran direkt und indirekt provoziert, sind entweder schon vor der protokolllarischen Einvernahme durch höheren Einfluß zunichte gemacht oder werden überhaupt nicht beantwortet. Bedienstete der Südbahn, die mit dem „Südbahnred“ in Differenzen kommen, denen wird direkt von der Inspektion in Trief mit strafweiser Verweigerung gedroht. Und wie mit den Untergebenen und Nebenmenschen, so verfährt dieser Väterlich mit der ihm anvertrauten Bahnrede. So ließ er den ganzen Schotter des Oberbaues über die Böhmung hinunterwerfen und noch lange Jahre brauchbare Holz und Materialien herausreißen und durch neues Material ersetzen. Von den Koststellen für diverse Carreanagen wollen wir heute einweisen nur andeuten, daß sich auch Privatpersonen über die „billige Qualität“ dieser Materialie lobend äußern. Seine Fähigkeiten zeigte er vor kurzem durch einen Bau in der Station Rabbiasabagno, wo durch die herabfallenden Steine die Genitalweicheitung zerstört wurde, so daß die Signale und Weichen längere Zeit nicht gestellt werden konnten. Schade, daß zu jener Zeit nicht auch seine Protektoren diese Stelle besucht haben. Die hätten sich da die Ökonomie über den Scharfsinn des Bahnmeisters Zeran wundern können. Vielleicht genügen diese wenigen Angaben, daß sich auch die Generalinspektion für diesen Teil der Strecke etwas eingehender interessiert und den Bahnmeister mit samt seinen Protektor dorthin speidiert, wo diese Leute schon längst hingehören.

Vorderberg. (Todesfall.) Am 28. Februar starb unser treuer Genosse Johann Leisenberger, Lokomotivführer-Anwärter der L. F. Staatsbahn. An Leisenberger verliert die Ortsgruppe einen ihrer Besten, denn jeder, der Leisenberger kannte, mußte seine Herzer und seinen offenen Charakter schätzen. Der Verstorbene war in mehreren Vereinen als Ausschussmitglied tätig und oblag seinen Vertrauensstellen mit besonderer Hingabe.

Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer würdigen Trauerfeier. Unter Vorantritt der Mitglieder der Eisenbahnerorganisation, der Naturfreunde, des Konsumvereines und seiner Berufskollegen bewegte sich der imposante Leichenzug der letzten Ruhestätte zu. Am offenen Grab sang der Eisenbahner-Gesangklub einen ergreifenden Trauerchor und die Genossen nahmen Abschied von dem alljährlich bäringelshiedenen Kämpfer. Wir werden den Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. Allen jenen, die sich am Leichenbegängnis beteiligt haben, sprechen wir auf diesem Weg unseren herzlichsten Dank aus.

Wolfsberg. Die Zeit der Turnusstellung naht heran. Tatsächlich sind auch schon verschiedene Gerüchte über Turnusverflechtungen im Umlauf, welche scheinbar sämtlich von einem allen Zugbegleitern bekannten Bediensteten ausgehen, um dafür möglichst viele „Arenzen“ einzuheimen. Kommt der Betreffende mit einem Zuge in der Domizilstation an, so kann er sich noch lange nicht von der Station trennen, denn es gibt ja immer etwas zu besprechen mit dem Herrn Vorstand. Jetzt wird wahrscheinlich der zu erstellende Turnus das Tagesgespräch bilden. Es ist Pflicht der Zugbegleiter, zu zeigen, daß sie sich nicht von einem solchen Herrn bevormunden lassen und daß der Turnus von den gewählten Vertrauensmännern erstellt werden wird. Zu diesem Zweck finden am 21. und 25. März l. J. um 8 Uhr abends in Labis Gasthaus Turnusbesprechungen statt, zu welchen die Zugbegleiter pünktlich zu erscheinen haben.

Zaucht. (Machtstellung.) In Nummer 8 vom 10. März d. J. haben wir unsere Kollegen vor einen schlagfertigen Bahnhofsrestaurateur gewarnt. Um Irrtümer zu vermeiden, geben wir bekannt, daß sich der schimpfende und drohende Gastwirt in Seitendorf in der dortigen Bahnhofsrestauration befindet.

Mauthausen. Vor kurzer Zeit sprach eine Deputation der Oberbauarbeiter aus dem Bahnmeisterbezirk Mauthausen bei Herrn Staatsbahndirektor Dr. Scheidl in Linz um Erhöhung des Grundlohnes vor. War schon das ein großes Unrecht, daß man diesen drei Arbeitern, die doch dienstlich bei der L. F. Staatsbahndirektion waren, mit der Begründung ihren Taglohn entzog, weil dieselben nicht mehr in die Arbeit gingen, so ist die Erledigung dieser Vorfrage eine direkte Beleidigung, indem man es einfach wagt, die Angaben der Deputation als erfunden zu bezeichnen. Wir lassen hier, damit alle Oberbauarbeiter darüber urteilen können, die Erledigung wörtlich folgen:

An die L. F. Bahnerhaltungsektion in Freistadt.

Ueber die von den vorstehend genannten Arbeitern dem Herrn Staatsbahndirektor gegenüber gemachten Angaben über die in Mauthausen herrschende Wohnungsnot und Lebensmittelverknappung, hat die Staatsbahndirektion sich veranlaßt gesehen, neuerlich Erhebungen zu pflegen. Diese haben ergeben, daß von den Arbeitern des Bahnmeisterbezirkes Mauthausen lediglich ein Arbeiter in Mauthausen wohnt und daß die anderen es vorziehen, nicht allzuweit von ihrer Arbeitsstelle ihren Wohnsitz zu wählen. Wäre demnach eine Wohnungsnot in Mauthausen, so hätte diese auf die erwähnten Arbeiter keinen Bezug. Es soll aber im allgemeinen dort überhaupt keine Wohnungsnot herrschen.

Was die örtlichen Verhältnisse anbelangt, so ist aus dem Umstand, daß die Dampfsäge Löwy u. Winterberg und das Granitwerk Boschacher ihren Arbeitern einen Anfangslohn von Kr. 240 bis Kr. 250 zahlen, zu entnehmen, daß der von der Staatsbahnerverwaltung normierte rabonweise Grundlohn von Kr. 260 mehr als angemessen ist.

Die Staatsbahndirektion ist demnach nicht in der Lage, der von der Deputation vorgebrachten Bitte zu entsprechen und muß diese Angelegenheit als endgültig erledigt crachten.

Für den L. F. Staatsbahndirektor: C. G. m. p.

Anfangs heißt es in der obenangeführten Erledigung, daß nur ein Arbeiter in Mauthausen wohnt und daß die anderen es vorziehen, nicht allzuweit von ihrer Arbeitsstelle ihren Wohnsitz zu wählen. Natürlich wohnt nur ein Arbeiter im Markt Mauthausen — und warum? Weil die dortigen Wohnungen zu teuer sind! Die halbwegs ordentlichen Wohnungen kosten 140 bis 160 Kr. und solche sind auch von Zeit zu Zeit frei. Aber das kann sich ein Bahnarbeiter nicht leisten. So bleibt ihm nur der Ausweg, entweder hinaus aus Mauthausen oder in eine nasse, finstere, mit Schwämmen besetzte Wohnung zu ziehen. Wir möchten den Herren bei der L. F. Staatsbahndirektion raten, sich persönlich über die Wohnungsverhältnisse in Mauthausen zu überzeugen. Daß sich die Arbeiter ihren Wohnsitz wählen, ist eine direkte Lüge, denn ein „Wählen“ gibt es in Mauthausen nicht. Die Bahnarbeiter werden einfach durch die Not hinausgetrieben. Die am Lande wohnenden Arbeiter werden es bestätigen, daß man sich als Dank, bei einem Bauer wohnen zu können, im Sommer samt seiner ganzen Familie zu Verfügung stellen und sich von 4 Uhr früh bis 8 Uhr abends von demselben ausbeuten lassen muß. Das ist der Grund, weswegen jeder Arbeiter trachtet, in einem Markt oder Industriort wohnen zu können.

Was die Lebensmittelpreise betrifft, wollen wir nur kurz die Kleinfpreise anführen, um den Herren zu zeigen, daß ihre Behauptung unbedingt falsch ist. Es kostet zum Beispiel ein Kilogramm Minsfleisch 2 Kr., ein Kilogramm Schweinefleisch Kr. 210; zum Vergleichen fahren nicht so viele von Mauthausen nach Linz, um dort Lebensmittel einzukaufen. Und würden die Oberbauarbeiter auch mit Lebensmittelpreisen betieft werden, so wie die Angestellten, dann würden sie der Lebensmittelverknappung etwas ausweichen können. Da dies nicht der Fall ist, so bleibt ihnen kein anderer Ausweg, als die teuren Lebensmittel in Mauthausen zu kaufen.

Zum Schluß wollen wir noch der Wahrheit gemäß die uns in der Erledigung vor Augen geführten Tagelöhne unserer Firmen näher besprechen. Betrachten wir zum Beispiel die Arbeitslöhne in der Dampfsäge Löwy u. Winterberg, von der der Taglohn entnommen wurde. Das sind meist alte, pensionierte Eisenbahner. Warum sind denn die nicht mehr bei der Eisenbahn geblieben? Wird man fragen. Weil sie nicht mehr die nötige physische Kraft haben, um die schwere Arbeit auf der Bahn verrichten zu können. (Speziell in Mauthausen werden die Oberbauarbeiter ausgedrückt, indem dieselben vom Oberbau in die Schottergrube hin und her geschubert werden.)

Ist das nicht eine Schande von der L. F. Staatsbahndirektion Linz, daß sie zuerst ihre Arbeiter ausbeutet und zum Schluß müssen dieselben noch bei einem Unternehmer in ihren alten Tagen sich radern, um nicht verhungern zu müssen. Und von diesen alten, ausgedrückten Leuten wird der „ortsübliche Taglohn“ festgestellt. Auf dieses Meistertück können unsere Herren wirklich stolz sein. Natürlich gibt es auch hier eine größere Zahl Arbeiter, welche durchschnittlich 3 Kr. verdienen, freie Wohnung und Beheizung haben. Aber darüber zu sprechen, verbietet einfach der Industriellenbund. Nun wollen wir noch einige Worte über die Lohnverhältnisse bei der Firma Boschacher sprechen, indem in der Erledigung nur von einem Anfangslohn, aber von keinem Afford gesprochen wird. Daß natürlich auch hier, wie überall, der Industriellenbund im Spiele ist, um ja in der Öffentlichkeit möglichst niedere Löhne zirkulieren zu lassen, ist jedem denkenden Arbeiter klar. Nicht, daß wir vielleicht sagen, daß diese Löhne zu hoch sind, nein, wir wissen es ganz gut, daß auch diese Arbeiter hungern müssen. Wir wollen damit

nur beweisen, daß die Oberbauarbeiter in Bezug auf den ortsüblichen Taglohn noch weit zurück sind. Wenn man betrachtet, daß die Tagelöhner bei der Firma Boschacher meist lauter alte, im Afford ausgedrückte Männer sind, welche nur mehr das „Gnadenbrot“ genießen, so ist unsere Forderung gewiß berechtigt. Diese alten Arbeiter würden sich beim Afford nichts mehr verdienen und würden mit Rücksicht auf ihr Alter als Oberbauarbeiter überhaupt nicht mehr arbeiten können. Alle übrigen Arbeiter, welche 14 Tage im Afford und 14 Tage im Taglohn stehen, verdienen durchschnittlich 3 Kr. per Tag. Die Erdarbeiter sowie Puffer und Ausmacher 3 bis 4 Kr. per Tag. Ferner sind in der Gemeinde Gaid neun Steinarbeiter, welche Personaleinkommensteuer zahlen. Da möchten wir wirklich die Herren von der L. F. Staatsbahndirektion freundlich bitten, uns einen Oberbauarbeiter zu nennen, welcher auch Personaleinkommensteuer zahlt. Solange die Herren dies nicht können, behaupten wir, daß die Angaben der obgenannten Erledigung auf falschen Informationen beruhen. Die Oberbauarbeiter können daraus ersehen, daß sie nirgends Hilfe und Beistand finden, als in ihrer Organisation.

Verwaltungsberichte.

Plenarversammlung der Signalmeister in Böhmen.

Am 7. Februar 1914 wurde die regelmäßige Sitzung des Vertrauensmännerausschusses der organisierten Signalmeister gleichzeitig mit einer Plenarversammlung der Signalmeister abgehalten. Das Sekretariat für Böhmen wurde durch Genossen Sekretär Brodecký vertreten. Neben einer großen Anzahl von Signalmeistern aus Böhmen haben auch Delegierte der organisierten Signalmeister aus Währen an der Versammlung teilgenommen. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff Genosse Brodecký das Wort und besprach in einem längeren, erschöpfenden Vortrag die gegenwärtige Sachlage, welche durch Bekanntgabe der Grundzüge und Absichten des L. F. Eisenbahnministeriums geschaffen wurde in Bezug auf die notwendige Regelung der dienstlichen Verhältnisse der Eisenbahner. Er erwähnte ferner die Art und Weise, wie die individuelle Ernennung der Unterbeamten zu Beamten gehandhabt wird und betonte, daß diese Maßnahme als unbefriedigend und vollständig ungenügend bezeichnet werden muß. Weiter besprach er die Ziele, Bestrebungen und Pflichten der Eisenbahner im allgemeinen, und der Signalmeister im besonderen. Die Versammlung hatte den Vortrag des Genossen Brodecký mit Verständnis und lebhafter Zustimmung entgegengenommen, und wurde dann eingehend über die fernere organisatorische Tätigkeit der Signalmeister diskutiert. Nach gründlicher Erwägung gelangten die Anwesenden zu der Erkenntnis, daß die individuelle Ernennung von Unterbeamten und somit auch Signalmeistern zu Beamten in der Weise, wie sie gehandhabt wird, uns nicht befriedigen kann, nachdem den Ernannten überhaupt keine materiellen Vorteile erwachsen. Die bloße Erlangung des Beamtenstitels bildet nicht das Endziel der Bestrebungen der Signalmeister, sondern die Besserung der materiellen und dienstlichen Verhältnisse aller Signalmeister. Aus diesem Grunde wurde der Beschluß gefaßt, die Forderung — Ernennung von Signalmeistern zu Beamten — als sekundär zu betrachten, hingegen aber mit voller Kraft und unermüdblich die vollkommen begründete und gerechtfertigte Einreihung der Signalmeister in die Gruppe A (Werkmeister) des Gehührenschemas für Unterbeamte anzustreben. Ferner wurde die Einleitung einer Aktion zur Erhöhung der derzeit gültigen Einheitspreise für die Erhaltung und den Betrieb der elektrischen Signal-, Telegraphen- und Telephonrichtungen erörtert. Diese alten Preise entsprechen in keiner Hinsicht den heutigen Verhältnissen. Die Herstellungskosten und Materialpreise sind im Laufe der Jahre bedeutend gestiegen und sind meistens um 50 Prozent höher als zu jener Zeit, wo die noch heute gültigen Einheitspreise erstellt wurden. Infolge dieses Mißverhältnisses sind die den Signalmeistern auszu zahlenden Prämien für Ersparnisse von Jahr zu Jahr kleiner und kleiner. Bei der L. F. Direktion für die Linien der St.-C.-B. wurden sogar seit der Verstaatlichung dieser Bahn keine Ersparnisprämien an die Signalmeister ausbezahlt.

Nach Genehmigung des Jahresberichtes über die Tätigkeit des Vertrauensmännerausschusses wurde zur Neuwahl desselben geschritten und wurden die alten, bewährten Funktionäre wiedergewählt. Nach Durchberatung der ferneren Organisationsstätigkeit wurde beschlossen, so wie bisher die regelmäßigen Versammlungen monatlich, und zwar am ersten Samstag nach dem Ersten des betreffenden Monats um 7 Uhr abends im Restaurant „Vigalský“, Prag, Jerusalemgasse, abzuhalten. Es wurde beschlossen, den organisierten Signalmeistern zu empfehlen, im Interesse der Organisation und in ihrem eigenen Interesse nicht nur an der Tätigkeit der eigenen Kategorie, sondern an der Tätigkeit in den betreffenden Ortsgruppen des „M. H. S. H. V.“ teilzunehmen.

Durch Festsetzung der nächsten regelmäßigen Versammlung für Samstag den 7. März 1914 wurde die gelungene Versammlung, welche die Teilnehmer in jeder Hinsicht befriedigt hat, geschlossen.

Brud a. b. Mur. (Versammlungsbericht.) Am 13. März veranstalteten die Zugbegleiter eine Protestversammlung, um gegen die geplante Verschlechterung des Dienststunns Stellung zu nehmen. Zum Schluß wurde eine diesbezügliche Resolution einstimmig angenommen.

Budweis. (Versammlungsbericht.) Die Bahn-erhaltungsarbeiter der Ortsgruppe Budweis hielten am 1. März je eine Versammlung in Stein-Preßdorf und Salmou ab, wo Genosse Jost über: „Die Aufteilung der 15 Millionen“ referierte. In beiden Versammlungen wurde eine diesbezügliche Resolution einstimmig angenommen.

Graz. (Südbahn.) Am 11. März versammelten sich in den „Julien“-Sälen in Graz die Zugbegleiter, um gegen die geplante Verschlechterung ihrer Dienststunns Stellung zu nehmen. Auch die Weichensteller und Verschieber waren massenhaft erschienen, um ihre Solidarität zu bekunden. Genosse Müller referierte und empfahl zum Schluß folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Wie verlautet, beabsichtigt die Südbahnverwaltung dem Zugbegleitungspersonal die in den Tunnels gewährten dienstfreien Tage wegzunehmen und die Stärke der Partien zu reduzieren. Die Verwirklichung dieser Absicht würde für die Zugbegleiter eine schwere Schädigung zur Folge haben. Sie bedeutet eine Reduzierung der ohnehin fargen Ruhezeit, also eine Maßnahme, die naturgemäß zur Ueberbürdung der Zugbegleiter führen muß und demzufolge schwere Gefahren für die persönliche Sicherheit des Verkehrs zur Folge haben wird. Die Südbahnverwaltung hat wiederholt darüber Erklärungen gegeben, daß es ihr vollständig ferneliegt, Verschlechterungen irgendwelcher Art einzuführen. Die geplante Maßnahme zeigt aber, daß auf Versprechungen nichts zu geben ist. Die Zugbegleiter protestieren energisch gegen die Verwirklichung dieser Absicht und erklären, daß sie die Durchsührung dieser Maßnahme, mit Rücksicht auf die ihnen obliegende Verantwortung nicht zur Kenntnis nehmen könnten. Sie werden diese Maßnahme mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Sie beauftragen die Zentrale der Organisation, diesen Standpunkt des Zugbegleiters der Generaldirektion zur Kenntnis zu bringen.“

Groß-Weikersdorf. (Versammlungsbericht.) Am 1. März sprach hier in einer gut besuchten Versammlung der Bahnerhaltungsarbeiter Genosse Somitsch über: „Die Aufstellung der 15 Millionen“.

Krems a. d. Donau. Am 2. März sprach hier in einer gut besuchten öffentlichen Eisenbahnerversammlung Genosse Somitsch in einer zweistündigen Rede über: „Die Aufstellung der 15 Millionen und die zweijährige Vorrückungsfrist“.

Marburg II. (Protestversammlung der Zugbegleiter.) Am 12. d. M. fand in „Prosa“ Gasthaus, Mühlgasse 24, eine massenhaft besuchte Versammlung des Zugbegleitungspersonals der Station Marburg statt, um gegen die geplante Reduzierung von Turnuspartien sowie die Wegnahme des dienstfreien Tages Stellung zu nehmen. Genosse Adolf Müller aus Wien vermittelte in seiner Rede auf die Verschlechterungen, welche auf den l. l. Staatsbahnen bereits durchgeführt sind, und führte eine ganze Reihe noch beabsichtigter Verschlechterungen an, die auch die Südbahn ihrem Personal aufhalsen will, was einen Sturm der Entrüstung unter den Versammelten auslöste. Die Versammelten erklärten mit aller Entschiedenheit, keinen Dienstturnus anzunehmen, der auch nur die geringste Verschlechterung dem bestehenden Turnus gegenüber aufweist. Es wurde sodann nachstehende Resolution einstimmig und mit Begeisterung angenommen: „Wie verlautet, beabsichtigt die Südbahnverwaltung dem Zugbegleitungspersonal die in den Turnüssen gewährten dienstfreien Tage wegzunehmen und die Stärke der Partien zu reduzieren. Die Verwirklichung dieser Absicht würde für die Zugbegleiter eine schwere Schädigung zur Folge haben. Sie bedeutet eine Reduzierung der ohnehin fargen Ruhezeit, also eine Maßnahme, die naturgemäß zur Ueberbürdung der Zugbegleiter führen muß und demzufolge schwere Gefahren für die persönliche Sicherheit des Verkehrs zur Folge haben wird. Die Südbahnverwaltung hat wiederholt darüber Erklärungen gegeben, daß es ihr vollständig fern liegt, Verschlechterungen irgendwelcher Art einzuführen. Die geplante Maßnahme zeigt aber, daß auf Versprechungen nichts zu geben ist. Die Zugbegleiter protestieren energisch gegen die Verwirklichung dieser Absicht und erklären, daß sie die Durchführung dieser Maßnahme, mit Rücksicht auf die ihnen obliegende Verantwortung nicht zur Kenntnis nehmen könnten. Sie werden diese Maßnahme mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Sie beauftragen die Zentrale der Organisation und die Wiener Vertrauensmänner, diesen Standpunkt der Zugbegleiter der Generaldirektion zur Kenntnis zu bringen.“

Villach. (Versammlungsbericht.) Die Zugbegleiter der Südbahn und l. l. Staatsbahn versammelten sich am 16. März in einer massenhaft besuchten Protestversammlung, wo Genosse Sondl über: „Die geplanten Verschlechterungen der Dienstturnüsse“ referierte. Zum Schluß der Versammlung wurde die bekannte Protestresolution angenommen.

Aus den Organisationen.

Alt-Pala. (Versammlungsbericht.) Bei sehr großer Beteiligung fand am 1. März die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Die erfreulichen Berichte der Funktionäre über das Wachstum der Mitgliedschaft wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Großen Beifall erntete Genosse Brodsky für sein Referat über das zweijährige Abonnement und 20 S. Zulage für Arbeiter. Neugewählt wurde wieder Josef Stolin, Oberverwalter in Alt-Pala, an welchen sämtliche Aufschriften zu richten sind. Als dessen Stellvertreter wurde Gottfried Tomes, als Schriftführer Wenzel S. L. A. A., Stellvertreter Franz Moravec, als Kassier Wenzel Marwan, als Kontrollor Springer und Hoesel gewählt. Außerdem sind in den Ausschuss gewählt worden: Gottlieb Sie, Josef Betsch, Josef Kaffka, Josef Soldat, Wenzel Stuchlik und Karl Kozel. Mit der Einhebung der Beiträge für die Strecke sind Gottlieb Kocour in Semil und Franz Tarant in Welohrad betraut worden. Geldangelegenheiten sind an Wenzel Marwan, Galte Stelle Wela, Post Liehstadi, zu richten.

Alfergrund, IX. (Versammlungsbericht.) Am 17. Februar fand in Gabriel's Gasthaus, XX, Rögergasse 32, die Generalversammlung der Zugbegleitersektion in Wien II statt. Genosse Innerhuber erstattete den Bericht über die Arbeiten im verfloffenen Jahre, woraus zu ersehen ist, daß sieben Versammlungen, elf Sektionsauschusssitzungen und zehn Bahnlinsen-Vertrauensmännerversammlungen stattgefunden haben. Außerdem wurden noch mehrere Vorträge beim Bahnbetriebsamt sowie bei der Direktion und im Eisenbahnministerium durchgeführt. Weiters wurden 140 Kr. an sechs Mitglieder für Unterführung ausbezahlt, 25 Besuche für diverse Angelegenheiten verfaßt und Nachschuß in drei Fällen stattgegeben. Die Versammlungen weisen eine Besucherzahl von 1450 Personen auf. Bei der Lokalkommission und den Krankentassenwahlen wurden 1691, respektive 10,040 Stimmen für unsere Genossen abgegeben. Bei der Mitgliederbewegung ist zu entnehmen, daß 25 ausgetreten und 32 beigetreten sind, somit der Mitgliederstand 166 beträgt. Genosse Schöber gibt Aufklärungen über die Nominierung einer Erweiterung des Sektionsauschusses und beantragt, daß 26 Ausschussschlichter gewählt werden sollen. Es wurden folgende Genossen vorgeschlagen und einstimmig gewählt: A. Innerhuber Obmann, S. Ruhnner, A. Krause, Stellvertreter; F. Herzog, Schriftführer, S. Smolek, J. Sobel, Stellvertreter; A. Anders, E. Bed, A. Buschmeyer, J. Chytil, Jg. Heger, Jof. Heigl, J. Hofner, J. Jiskra, W. Knott, L. König, R. Pittl, Neuhäuser, D. Pfeifferer, A. Rohm, Redl, J. Schöber, J. Stangl, S. Suchy, R. Tarkar, F. Wattergruber, Ausschussschlichter. Für die Turnusvertrauensmänner weist Genosse Wattergruber auf die Tätigkeit der Vertrauensmänner hin und schlägt folgende Turnusvertrauensmänner zur Wiedervahl vor, welche angenommen wurden: Oberkonduktor Chytil, Kondukteur Krause für den Personenzug; Kondukteur Herzog für den Verfahrungsturnus; Kondukteur Hofner, Manipulant; Oberkondukteur Jg. Heger, Kondukteur Anders, Güterzug; Genosse Schöber bringt einen Bericht der Personal-Kommission, wo über die Anträge, welche eingebracht wurden, Aufklärungen gegeben und die Erfolge derselben bekanntgegeben wurden. Weiters werden noch die Vorbereitungsarbeiten der Zugbegleiter und die Brennstofffrage sowie mehrere andere interne Angelegenheiten besprochen mit der Aufforderung, bei der nächsten Personal-Kommissionssitzung die Anträge einzubringen und deren Durchführung zu beschleunigen.

Genosse Forde der Zugbegleitersektion in Wien I spricht über die Organisation und die Arbeiten der Sektionsvertrauensmänner und gibt bekannt, daß durch die Obstruktion der tschechischen Agartier im Parlament die Eisenbahner wieder auf weiteres verdrängt wurden, wo aber dem Abgeordneten Genossen Tomitsch die Aufgabe obliegt, diesen Antrag im Budget so lange einzubringen, bis die notwendige Forderung der Eisenbahner durchgeführt ist. Genosse Svoboda bringt den vom Eisenbahnministerium herausgegebenen neuen Sparplan zur Kenntnis und weist darauf hin, daß nur eine starke Organisation im Lande ist, eine so ungerechte Minderung der Stände sowie die schlechten Turnüsse hintanzuhalten. Genosse Innerhuber fordert alle Anwesenden auf, zum Ausbau der Organisation mitzuhelfen.

Alle Aufschriften in Zugbegleiterangelegenheiten sind an den Genossen Karl Innerhuber, XX, Klosterneuburgerstraße Nr. 115, III. Stiege, Tür 1, zu senden. Amstetten. (Versammlungsbericht.) In der am 6. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Zemanek, Obmann, Michael Steiner und Sator, Stellvertreter; Fegerl,

Schriftführer, Pirschl, Stellvertreter; Wolf, Kassier, Feichtinger, Stellvertreter; Winkler und Teufel, Bibliothekare; Kernstod, Evidenzführer; Bauer, Daubinger, Maurer, Pretting, Stamene, Ausschussschlichter; Ebinger und Publit, Revisoren. Als Substanzierer wurden aufgestellt die Genossen: Zemanek, Feichtinger, Stamene, Feichtinger, Bauer, Pirschl, Sator und Kernstod. Substanzierer für Kemmelbach verbleibt wie bisher Genosse Franz Jäger. Alle Aufschriften sind an Genossen Th. Zemanek, Amstetten, Innerer Graben Nr. 1, in Geldangelegenheiten an Genossen Johann Wolf, Amstetten, Wienerstraße 93, zu richten. Im Anschluß ersucht der Ortsgruppenauschuss die Mitglieder sowie alle übrigen Eisenbahner, das Gasthaus des Herrn Franz Schrank in Amstetten streng zu meiden, da dieser Gastwirt das Aufhängen eines unsere Generalversammlung angezeigenden Plakates in seinem Lokal nicht duldet.

Branauitz. (Versammlungsbericht.) Bei der Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Josef Bazar, Obmann, Matous Tatal, Stellvertreter; Raimund Eckert, Kassier; Rudolf Polner jun., Schriftführer; Albin Wollner, Michael Kratschmar, Revisoren; Franz Svoboda, Richard Hlawicka, Bibliothekare; Franz Pejar, Matthias Zemann, Andreas Lich, Ausschussschlichter; Josef Stöhr, Substanzierer.

Brüx. In der gut besuchten Generalversammlung am 8. März wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Andreas Menger, Obmann, Josef Kerner, Stellvertreter; Josef Mertl, Kassier, Josef Riwisch, Stellvertreter; Franz Kerlinger, Schriftführer, Josef Krieglstein, Stellvertreter; Ferdinand Rosenbaum, Bibliothekar, Josef Albl, Stellvertreter; Hermann Seliger, Raimund Pischel, Revisoren; Adalbert Heibl, Franz Sowa, Beisitzer.

Alle Aufschriften sind zu richten an Obmann Andreas Menger, Brüx, Franz Josefstraße Nr. 1288. Die Monatsversammlungen werden jeden ersten Sonntag im Monat abgehalten. Die nächste Monatsversammlung ist am 5. April um 8 Uhr abends im Cafe „Zentral“.

Gill. (Versammlungsbericht.) Am 3. Februar 1914 hielt die Ortsgruppe Gill des Allgemeinen Rechtsschutzes und Gewerkschaftsvereines für Österreich die Generalversammlung ab, bei welcher folgende Genossen in den Ausschuss gewählt wurden: Josef Mar, Obmann, Johann Ribic, Stellvertreter; Carol Bide, Kassier, Josef Gorjanc, Stellvertreter; Josef Koh, Schriftführer, Anton Eichinger, Bibliothekar; Anton Minar und Philipp Besovnik, Kontrollor; Martin Gumsel, Anton Wremer, Anton Drenz und Michael Baven, Ausschüsse. Kassier für die Strecke Gilt-Unterdruberg, Franz List in Wollau; Kassier für die Strecke Gilt-Grobelno Franz Oretnik in Grobelno; Vertrauensmann für die Strecke Store-Pontal Franz Znidaric, Stredenbeher.

Die Aufschriften sind an Josef Mar, Schillerstraße 3, zu adressieren; Geldangelegenheiten an Karl Bide, Bismarckplatz 1, Gill.

Widgisdorf. (Vereinsnotiz.) Den Mitgliedern wird zur Kenntnis gebracht, daß durch Anschaffung mehrerer Bücher die Bibliothek vergrößert wurde. Bücher sind beim Kassier der Bahnhalle zu beheben.

Duz. (Versammlungsbericht.) Die Generalversammlung wurde am 1. März abgehalten. Außer einer kleinen Abänderung wurde der frühere Ausschuss einstimmig wiedergewählt. Den Mitgliedern wird nochmals bekanntgegeben, daß Einzahlungen der Monatsbeiträge nur an den Ortsgruppenkassier zu leisten sind. Die Genossen werden aufgefordert, die Versammlungen stets zahlreich zu besuchen.

Eisenerz. (Versammlung.) In der am 28. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Karl Schweigl, Obmann, Viktor Edlinger, Stellvertreter; Franz Illmayer, Schriftführer, Ferdinand Diringer, Stellvertreter; Albert Brand, Kassier, Josef Mikitsch, Stellvertreter; Alois Leitner, Friedrich Lohd und Wilhelm Eder als Ausschüsse. Es diene den Genossen zur Kenntnis, daß am Sonntag den 22. März um 3 Uhr nachmittags in Scheibls Gasthaus eine Vereinsversammlung stattfindet. Zu derselben wollen sich besonders die dienstfreien Genossen von der Strecke einfinden.

Hallein. (Versammlungsbericht.) Am 15. März fand die ganzjährige Generalversammlung statt. In den Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Alois Renner, Obmann, Wenzel Wagner, Stellvertreter; Ferdinand Goiser jun., Schriftführer, Anton Schachlger, Stellvertreter; Anton Dorfner, Kassier, Peter Deisl, Stellvertreter; Josef Schellingner, Johann Holzer, Kontrollor; Johann Wabitsch, Franz Lehmann, Bibliothekare. Sämtliche Aufschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Alois Renner, Weichensteller, Hallein Nr. 4, in Klassenangelegenheiten an Anton Dorfner, Oberbauarbeiter, Hallein, Karolinenplatz Nr. 221 zu richten.

Herzogenburg. (Versammlungsbericht.) Bei der am 1. März abgehaltenen gut besuchten Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Andreas Wonschein, Obmann, Michael Fih, Stellvertreter; Karl Toder, Kassier, Anton Brandstetter, Stellvertreter; Meinrad Zimmermann, Schriftführer; Ignaz Dietrich, Bibliothekar; Josef Haas und Josef Sechner, Kontrollor. Alle Aufschriften sind an Andreas Wonschein, Herzogenburg Nr. 109, zu richten. Die Mitglieder werden ersucht, bei Einzahlungen stets das Mitgliedsbuch vorzuweisen. Die Einzahlung wird jeden ersten Sonntag im Monat im Privatlokal vorgenommen.

Iglau. (Vereinsnotiz.) Die Bibliotheksausgabe erfolgt jeden ersten und dritten Montag im Monat von 7 bis 8 Uhr abends im Vereinslokal.

Karlsbad. (Versammlungsbericht.) Bei der am 7. März l. J. abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen zu Ausschussschlichtern gewählt: Rudolf Prinz, Obmann, Franz de Fin, Stellvertreter; Wenzel Dilp, Kassier, Josef Pinta, Stellvertreter; Hugo Warhout, Schriftführer, Niklas Pelikan, Stellvertreter; Rudolf Birner und Josef Kutschler, Revisoren; Johann Lauber, Franz Dilp, Georg Sturm und Egon Parth, Ausschussschlichter.

Alle Aufschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Rudolf Prinz, Lokomotivführerankwärter, Wehebid 71 bei Karlsbad, und in Geldangelegenheiten an den Kassier Wenzel Dilp, Weichensteller, Wehebid 83 bei Karlsbad, zu richten.

Klostergrab. (Versammlungsbericht.) In der am 1. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Heinrich Wittner, Obmann, Wendelin Kovanda, Stellvertreter; Josef Wittner, Schriftführer, Heinrich Kingl, Stellvertreter; Franz Gausch, Kassier, Josef Helmschmid, Stellvertreter; Andreas Schachhauser, Bibliothekar, Wenzel Safarik, Stellvertreter; Ferdinand Hofmann, Eduard Rudolf, Revisoren.

Alle Aufschriften sind an Genossen Heinrich Wittner, Weichenkontrollor, Klostergrab, Deamentenhaus Nr. 191 zu richten.

Lichtenau. (Versammlungsbericht.) In der am 1. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Maximilian Hördler, Obmann, Eduard Gall, Stellvertreter; Dominik Bergmann, Kassier, Wenzel Bergmann, Stellvertreter; Josef Karger, Schriftführer, August Hördler, Stellvertreter; Alois Karger und Franz Karger, Bibliothekare; Stephan Pietich und Josef Bedner, Kontrollor; Peter Hornig für

die Strecke Lichtenau, Franz Steppan für die Strecke Gabel, Substanzierer; Johann Bergmann, Arbeiterauschussschlichter; Franz Steppan und Johann Richter, Vertrauensmänner für die Wächter; Wenzel Bergmann, Zeitungsporteur. Alle Aufschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Maximilian Hördler, Bahnwärter in Lichtenau, in Geldangelegenheiten an Dominik Bergmann, Weichensteller in Lichtenau, zu richten.

Lundenburg. (Versammlungsbericht.) Am 2. März fand im Hotel „zur Krone“ in Lundenburg die Generalversammlung statt. Von der Zentrale war Genosse Duscek anwesend. Die Versammlung war gut besucht, der Bericht des Obmannes und der anderen Funktionäre wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Mitgliederzahl ist von 552 auf 697 gestiegen und wird nach Schluß des Jahresberichtes ein reger Beitritt konstatiert, woraus geschlossen werden kann, daß die Eisenbahnbediensteten zur Einsicht gelangen, daß sich ohne Organisation ihre wirtschaftliche Lage nicht bessern kann.

Im abgelaufenen Jahre wurden 12 Ausschusssitzungen, 2 Eisenbahnerversammlungen und 14 Branchenversammlungen abgehalten; außerdem hat das Lokomotivpersonal jeden Dienstag eine Zusammenkunft, in welcher die internen Angelegenheiten dieser Kategorie geregelt werden.

Die Sektion des Lokomotivpersonals hat ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem, auf Grund welchem es dieser Kategorie gelungen ist, viele Nebelstände zu beseitigen und Forderungen durchzusetzen.

Die Kontrolle stellte fest, daß das Gebaren der Ortsgruppe genau überprüft und alles in größter Ordnung vorgefunden wurde und beantragte, dem scheidenden Ausschuss das Absolutorium zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Neuwahl des Ausschusses vorgenommen und ergab folgendes Resultat: Anton Holasek, Obmann, Josef Wilezle und Johann Travnicek, Stellvertreter; Rupert Höning, Kassier, Wenzel Duscek, Stellvertreter; Adolf Böhm, Schriftführer, Johann Fiedler, Stellvertreter; Ferdinand Fischer und Robert Kaus, Bibliothekare; Ignaz Wessely, Franz Korinek und Michael Schreiber, Kontrollor; Johann Rabst, Ferdinand Schar, Anton Kilian, Johann Brabitsch, Gustav Michurek, Friz Hubalek, Ferdinand Gräjs, Franz Bugert, Josef Knittel, Georg Schiefel, Johann Neumann und Adalbert Kratochwil, Ausschüsse.

Mallnitz. (Versammlungsbericht.) Am 1. März fand die Generalversammlung statt. Gewählt wurden folgende Genossen: Franz Bed, Bahnstellenleiter; Thomas Dobrounig, Kassier; Jakob Prod, Schriftführer; Egger und Stockhammer, Revisoren; Dobrounig, Bibliothekar.

Als Substanzierer wurden aufgestellt: Anton Stockhammer für Hintertal, Johann Egger für Ober-Villach, Josef Strempfl für Pent.

Alle Aufschriften sind an Franz Bed, Schlosser in Hintertal, Post Mallnitz, in Geldangelegenheiten an Thomas Dobrounig, Weichensteller in Mallnitz, zu adressieren.

Marchegg. Bei der am 6. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Ernst Potovec, Obmann, Johann Schrecknerberger, Stellvertreter; Rudolf Reidl, Kassier, Josef Duhneifer, Stellvertreter; Leopold Glurieder, Schriftführer, Johann Hisinger, Stellvertreter; Josef Faubel, Franz Potovec, Bibliothekare; Franz Ulrich, Emil Kudela, Kontrollor; August Herka, Peter Radlowsky, Leopold Pollak, Wendelin Sogaly, Franz Storz, August Wollinger, Ausschussschlichter. Als Substanzierer der Nordbahner wurde Genosse August Herka bestimmt.

Aufschriften sind zu richten an Ernst Potovec, Marchegg II, Nr. 21, in Geldangelegenheiten an Rudolf Reidl, Marchegg II.

Neuhäus in Böhmen. (Versammlungsbericht.) Am 1. März 1914 fand im Lokal des Herrn Präsel, Prager Vorstadt, die ordentliche Generalversammlung statt. Obmann Genosse Cizek eröffnete um 1/2 11 Uhr vormittags die Versammlung und konstatierte mit Freude den großen Besuch der anwesenden Mitglieder, und brachte einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses im abgelaufenen Vereinsjahr sowie über die feste Zunahme an Mitgliedern trotz des Separatismus. Der Revisionsbericht wurde durch Erteilung des Absolutariums genehmigt und als Funktionäre folgende Genossen gewählt: Franz Sváček, Obmann, Adalbert Hoba, Stellvertreter; Franz Marek, Schriftführer; Franz Novak, Kassier; Franz Jan, Bibliothekar; Franz Masat, Franz Rejhan, Josef Luma, Peregrin Procházka, Ausschussschlichter; Josef Lašek, Franz Dobeš, als Revisoren. Für die Strecke wurden folgende Genossen als Vertrauensmänner aufgestellt: Für Batelau Josef Tomisek; für Oberdorf Alois Bizek; für Jhlastva Matthias Novak; für Popelin Karl Dobeš; für Groß-Perhats Adalbert Kástánek; für Jarešau Josef Mrkvička; für Blasná und Diebling Jakob Kieckaly; für Karstafsch-Kecie Josef Dru; für Kamenitz a. L. Johann Cetal; für Neu-Deiting Franz Stuhra; für Neu-Vitřiv Wenzel Souka.

Als Deputation zum l. l. Eisenbahnministerium wurden bestimmt die Genossen: Franz Camrba aus Neuhäus und Josef Bahradnik aus Neu-Deiting.

Nach der „Neuwahl“ erstattete Genosse Livora aus Prag ein Referat über die Verhältnisse des Eisenbahnpersonals und über die Verhandlungen mit dem l. l. Eisenbahnministerium. Unter anderem wurde beschlossen, in erster Reihe die Verbesserung des Taglohns um 20 S., dann die Grundlohnhöhung bei der l. l. Sektion Neuhäus sowie bei den Lokomotivführern der Betriebsleitung Neuhäus zu fordern, in dem dieser den Ortsverhältnissen nach nicht im geringsten entspricht. Um dieses zu erzielen, liegt jetzt an den Arbeitern selbst, daß selbe streben, die Mitgliederzahl zu vermehren, und mit reichlichem Beitritt zu der Organisation des Rechtsschutzvereines diese zu stärken und als aufrichtige Mitkämpfer für die gemeinschaftliche Sache des Arbeiterlandes streiten. Desto mehr und größer unsere Zahl wird, desto leichter können wir die Verwirklichung unserer Forderungen erwarten.

Sämtliche Aufschriften sind an den Obmann Franz Sváček, Prager Vorstadt Nr. 207, Neuhäus in Böhmen, in Geldangelegenheiten an Franz Novak, Neuhäus Nr. 46 II zu richten.

Paršovice. (Versammlungsbericht.) Bei der am 15. März abgehaltenen Generalversammlung der Bahnhalle Paršovice wurden folgende Genossen gewählt: Adolf Houzvička, Obmann, Karl Böhmisch, Stellvertreter; Josef Machka, Kassier, Johann Kobl, Stellvertreter; Josef Grim m, Schriftführer; Josef Schmidl und Franz Hölzgel, Revisoren; Substanzierer für Königshau Josef Slavacek; Substanzierer für Gabelsdorf-Wernsdorf Franz Franz.

Alle Aufschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Genossen Adolf Houzvička, Paršovice Nr. 157, in Geldangelegenheiten an den Genossen Josef Machka in Wlta Nr. 124 zu adressieren.

Paffau. (Versammlungsbericht.) Bei der am 5. März 1914 abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in die Bahnhalle gewählt: Josef Fröschl, Obmann, Johann Wosser, Stellvertreter; Johann Schmiebl, Kassier, Friz Fuchsberger, Stellvertreter; Matthias Stöger, Schriftführer, Franz Doul, Stellvertreter; Martin Mahyhofner, Bibliothekar, Anton Danningner, Stellvertreter; Karl Feichtner und Alois Kunzein, Revisoren; Franz Ellinger, und Anton Dobliger, Ausschüsse.

Sämtliche Aufschriften sind an Genossen Josef Fröschl, Paffau, Dohstraße Nr. 16, zu richten.

Oswiecim. (Versammlungsbericht.) Bei der am 2. März abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, daß die Monatsversammlungen jeden ersten Dienstag im Monat um 8 1/2 Uhr abends im Vereinslokal abgehalten werden, wo dann die Eingabungen entgegengenommen und Wünsche oder Beschwerden der Mitglieder vorgebracht werden können. Alle Zuschriften für die Ortsgruppe sind an Josef Krumpholz in Oswiecim II, zu adressieren.

Püchlar. (Versammlungsbericht.) Die gutbesuchte Generalversammlung fand am 1. März statt. In die Ortsgruppenleitung wurde der alte Ausschuss mit einer kleinen Änderung wiedergewählt. Als Vereinslokal wurde Baumgartners Gasthaus in Brunn bestimmt, wo jeden Samstag nach dem 1. im Monat Eingabungen entgegengenommen und Bücher aus der Bibliothek ausgeliefert und retourgenommen werden.

Reichenburg. (Versammlungsbericht.) Bei der am 1. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Alois Jarh, Zahlstellenleiter, Johann Radej Stellvertreter; Josef Jelnikar, Kassier, Anton Pirce, Franz Bodisek, Franz Rusic, Subkassierer; Josef Kokolet, Schriftführer und Johann Kokolet, Kontrolle.

Nach der Wahl hielt Genosse Josef Kopas einen Vortrag über „Unfallversicherung“, der mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde.

Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Alois Jarh, und in Geldangelegenheiten an Genossen Josef Jelnikar zu adressieren.

Rudig. (Versammlungsbericht.) Bei der am 8. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Josef Schwad, Obmann, Eduard Kutt, Stellvertreter; Anton Charvat, Kassier, Wenzel Schwad, Stellvertreter; Blasius Walter, Schriftführer, Anton Orgelmeister, Stellvertreter; Franz Vrba, Konrad Freier, Revisoren; Anton Eidlum, Bibliothekar; Franz Walter, Subkassierer für Roberjan; Valenta, Subkassierer für Radomitz; Josef Matusch, Subkassierer für Amschitz; Franz Schröder, Subkassierer für Seles; Karl Seidl, Subkassierer für Petersburg; Reschal, Subkassierer für Pladen; Karl Prohada, Subkassierer für Staschitz.

Zu der am 5. April stattfindenden Versammlung werden sämtliche Oberbauarbeiter ersucht, vollzählig zu erscheinen. Alle Zuschriften sind zu richten an Josef Schwad in Rudig, Böhmen.

Sanz. (Vereinsnotiz.) Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher abzugeben und ihre genaue Wohnansadresse der Ortsgruppenleitung bekanntzugeben.

Schwechat. (Versammlungsbericht.) Bei der am 2. März stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Heinrich Schalkert, Obmann, Ludwig Holzappel, Stellvertreter; Josef Oberriedl, Kassier, Franz Müller, Stellvertreter; Josef Grünberger, Schriftführer, Georg Fröhlich, Stellvertreter; Ferdinand Klüfer und Michel Treiber, Revisoren; Johann Grünberger, Grazer, Macher, Ausschuss. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Dienstag nach dem Ersten im Monat statt.

Stauding. (Versammlungsbericht.) Am 8. März hielt die Jahreshilfe unter zahlreicher Beteiligung seitens der Mitglieder ihre Generalversammlung ab. Nach Berichterstattung der Funktionäre über das abgelaufene Vereinsjahr wurde denselben die beste Anerkennung ausgesprochen. Gewählt wurden nachstehende Mitglieder: Josef Schneider, Obmann, Alois Frisch, Ferdinand Mayer, Rudolf Stefan, Emil Krisspel, Ausschussmitglieder; Ludwig Polny und Emil Gold, Kontrolle; Franz Panz, Bibliothekar; Rudolf Wawrosch und Stephan Kranl, Ertragmäher. Sodann wurden die Ergänzungswahlen einzelner Vertrauensmänner vorgenommen. Es wurden gewählt: Johann Damp, Alois Rojcher, Eduard Glogar und Arnold Seltenreich für die Nordbahn, Franz Stutas für die Staatsbahnen. Zum Schluß erklärte Genosse Josef aus Brunn ein ausführliches Referat über die letzten Ereignisse und fand seine Ausführungen großen Beifall seitens der Versammelten. Alle Zuschriften sind zu richten an Josef Schneider, Magazinsaufseher, Stauding, Nordbahnhof.

Stokerau. (Versammlungsbericht.) Die Generalversammlung fand am 8. März statt. In die Ortsgruppenleitung wurden folgende Genossen gewählt: Hermann Hentschel, Obmann, Rudolf Rodenbauer, Stellvertreter; Karl Straßer, Kassier, Anton Hangel, Stellvertreter; Leopold Dangelberger, Schriftführer; Franz Heinzl, Franz Astek, Kontrolle; Franz Schwandner, Bibliothekar; Wenzel Madl, Leopold Kastner, Josef Wrahty, engerer Ausschuss.

Triest V. (Versammlungsbericht.) In der am 17. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Fruschla, Bär, Rosenwirth, Hammerl und Stefanie.

Wallachisch-Meseritsch. (Vereinsnotiz.) Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Ausstellung des Mitgliedsbuches nach einjähriger Mitgliedschaft nur gegen Rückgabe der bei der Aufnahme ausgefolgten Interimskarte erfolgt.

Wien-Heiligenstadt. (Versammlungsbericht.) Bei der am 3. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: August Guttner, Obmann, Dominik Drevo und Johann Filip, Stellvertreter; Franz Matous, Schriftführer, Stephan Drescher und Eduard Kolroß, Stellvertreter; Alois Kotrba, Kassier, Heinrich Kersch, Stellvertreter; Josef Schiller, Thomas Wahnaut, Adolf Pavella, Franz Dsjicel und Marie Koiß, Bibliothekare; Ludwig Gruber und Thomas Nowat, Kontrolle.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann August Guttner, XIX, Ruppstorferstraße 17, in Geldangelegenheiten an den Kassier Alois Kotrba, XIX, Wochstraße 41.

Für den Brigittenauer Bahnhof wurde Genossin Marie Koiß als Subkassierin gewählt.

Wiener-Neustadt. (Versammlungsbericht.) Die gutbesuchte Generalversammlung fand am 10. März im Arbeiterheim statt. In den Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Leopold Wallis, Obmann, Steiner, Dobrownil, Stellvertreter; Johann Faly, Schriftführer, Gaube, Windbichler, Stellvertreter; Franz Inoll, Kassier, Kölbl, Koflyta, Stellvertreter; Sagmeister, Rviffser, Kraber, Revisoren; Grabner, Dungal, Jandl, Bibliothekar; Wallis, Steiner, Kölbl, Koflyta, Sagmeister, Rviffser, Kraber, Grabner, Trimmel, Kuschka, Hammer, Reghal, Schuller, Frenkel, Glumetz, Schmid, Lotritsch, Jelenka, Schwarz Alois, Dirschler, Hermann, Lang, Subkassierer; Eddl, Püchler, Freiberger Grazer, Dopler Franz Konrad, Poindinger Franz II, Gaider, Weidner, Winkler, Bahnwärter, Josef Echl, Lokomotivführer, Beiräte.

Verschiedenes.

Der „Streber“.

Der Mensch ist das einzige Geschöpf, das ergogen werden muß, und er ist nichts als was die Erziehung aus ihm macht.

Wohl kein ordentlicher Mensch, also auch kein Eisenbahner, wird gegen ein ehrenhaftes Streben und gegen die Erziehung dazu etwas einzuwenden haben. Wenn aber das Wortchen „Streber“ in Gänsefüßchen erscheint, so ist das etwas ganz anderes. Der obskure Sinn, der damit angedeutet wird, verriet nichts Gutes und männiglich dürfte bekannt sein, was damit gesagt sein soll. Im Allgemeinen geben wir uns zu wenig Rechenschaft über die „Gemeingefährlichkeit“ dieser Spezies von Eisenbahnern; mehr Aufmerksamkeit und Voracht diesen „Kollegen“ gegenüber ist entschieden angebracht. Die im Titanenschatten ihrer Vorgesetzten operierenden „Streber“, deren sauberes Gewerbe so protegiert, sich hinter den Kulissen abspielt, sind ganz gefährliche Kampune. Derart geschult gedeihen sie inmitten ihrer gutgläubigen Kollegen, die in aufrichtiger Kollegialität mit ihnen verkehren, unnötig zu sagen, daß sie gut gedeihen in allen Kategorien und Chargen. Besonders charakteristisch ist die höhere Bewertung der Streberigenschaften als der Berufseseigenschaften durch Vorgesetzte, Beispiele sind genügend bekannt. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch tüchtige Eisenbahner dieser Gilde angehören, ebenso gehen wir kaum fehl in der Annahme, die ersten seien womöglich die gefährlicheren, denn ihre Force liegt ganz im Gebiet der Spionage und der Zuträgerei.

Administrative Betriebe sind im allgemeinen ein guter Nährboden für solche Amtriebe, diese letzteren werden durch eine bedauerlich große Zahl leitender Personen fröhlich genützt. Einzelne meinen, ohne dies die Disziplin nicht aufrecht erhalten zu können, für andere bedeutet das Spionage- und Zuträgerwesen das unerläßlichste Requisite des „Schemas“ überhaupt. Wo letzteres zutrifft, stoßen wir meist auf typische Bandanterie, die sich unter dem Mantel der Disziplin versteckt und Mißbräuche zeitigt. Und gerade dieses Schemen ist Schuld an der Existenz von Wölfen in Schafspelzen unter uns, ihm gilt daher in erster Linie der Kampf der Organisation.

Wie mancher offene, aufrichtige Charakter ist nicht diesen beklagenswerten Zuständen schon zum Opfer gefallen, und wie viele werden noch fallen müssen, um des Brotkorbes willen? Bedenken diejenigen, die „Kraft ihres Amtes“ den Volkscharakter verderben helfen, was sie anrichten? Wir behaupten nein; viele wären dessen gar nicht fähig. Jedenfalls wäre es eine verbienliche Aufgabe einer Staatsbahnverwaltung, bei Verurteilung auf leitende Posten in Zukunft mehr auch den Menschen, nicht nur den Eisenbahner auszuwählen, dadurch würde mit der Zeit das ungesunde System verschwinden.

Sobiel an uns wollen wir diesem selbst entgegenzutreten und gegen ungeredete Verwaltungskünste und Intriguen anzukämpfen.

Fachtechnisches.

Die österreichische Eisenbahnstatistik für 1912. Das Eisenbahnministerium verendet soeben die beiden Teile der „Österreichischen Eisenbahnstatistik für das Jahr 1912“. Im ersten Teil werden die Haupt- und Lokalbahnen, im zweiten die Kleinbahnen behandelt.

Die Gesamtlänge (Baulänge) der Haupt- und Lokalbahnen in Oesterreich betrug mit Ende des Jahres 1912 rund 22.879 Kilometer, das ist um 130 Kilometer mehr als im Jahre 1911. Wenn zu dieser Länge die im Ausland gelegenen Teilstrecken von 22 Kilometer hinzugerechnet, hingegen die ausländischen Bahnstrecken auf österreichischem Staatsgebiet von 102 Kilometer abgerechnet werden, ergibt sich eine Gesamtlänge der österreichischen Haupt- und Lokalbahnen von 22.799 Kilometer, von welcher auf die Staatsbahnen 13.005 und auf die Privatbahnen 9794 Kilometer entfallen. Im ganzen waren von der Länge der Haupt- und Lokalbahnen 18.849 Kilometer im Betrieb der österreichischen Staatseisenbahnverwaltung, 21 Kilometer im fremden Staatsbetrieb und 3029 Kilometer im Privatbetrieb.

Was das Anlagekapital der Haupt- und Lokalbahnen betrifft, so wurden für die Staatsbahnen und für die vom Staat für eigene Rechnung betriebenen Privatbahnen mit Ende des Jahres 1912 5723 Millionen Kronen aufgebracht; hievon waren Ende 1912 373 Millionen Kronen amortisiert. Das aufgebrauchte Anlagekapital der Privatbahnen und der vom Staat auf Rechnung der Eigentümer betriebenen Bahnen belief sich mit Ende 1912 auf 2943 Millionen Kronen, von welchem Betrag 239 Millionen Kronen amortisiert waren.

In eigenen Fahrtriebmitteln waren 7494 Lokomotiven, 209 Motorwagen, 14761 Personenzüge und 148.564 Lastwagen vorhanden.

Auf sämtlichen Haupt- und Lokalbahnen wurden 2909 Millionen Personen (hievon 2173 Millionen auf den Bahnen im Staatsbetrieb) befördert. Gegenüber dem Jahre 1911 weist der Personenverkehr eine Steigerung mit 514 Prozent auf. Von den beförderten Personen benützten 92-60 Prozent die dritte Klasse. Im Güterverkehr wurden 1592 Millionen Tonnen (hievon Staatsbetrieb 1079 Millionen Tonnen) befördert. Im Vergleich zum Jahre 1911 ergibt sich hinsichtlich der beförderten Gütermengen eine Zunahme um 8-95 Prozent.

Die gesamten Betriebseinnahmen der Haupt- und Lokalbahnen betragen rund 1135 Millionen Kronen; hievon entfielen 896 Millionen Kronen auf den Staatsbetrieb und 239 Millionen Kronen auf den Privatbetrieb. Die Betriebsaus-

gaben betragen im ganzen 847 Millionen. Gegenüber dem vorhergehenden Jahr erfuhr die Betriebseinnahmen eine Steigerung um 8-44 Prozent. Der mit 288 (Staatsbetrieb 214, Privatbetrieb 74) Millionen Kronen bezifferte Betriebsnettoertrag ergibt für den Kilometer Betriebslänge 12.408 Kronen (Staatsbetrieb 11.145 Kr., Privatbetrieb 18.984 Kr.) gegen 266 Millionen Kronen im Jahre 1911.

Die Gesamtzahl der vorgekommenen Unfälle belief sich auf 3282 (+281 gegenüber dem Vorjahr). Hierbei verunglückten 588 Reisende, von denen 22 getötet wurden. Auf je eine Million Reisende entfielen somit nur zwei verunglückte Personen. Die Anzahl der Angestellten belief sich auf 140.871 (gegen 1911 + 0-78 Prozent).

Die Anzahl der Kleinbahnen und der diesen gleichhaltenden Bahnen in Oesterreich belief sich mit Schluß des Jahres 1912 auf 59 (gegen 1911 + 5); die Gesamtlänge betrug rund 759 Kilometer (gegen 1911 + 41 Kilometer = 5-64 Prozent). Das aufgebrauchte Anlagekapital beziffert sich auf 334-8 Millionen Kronen (gegen 1911 + 6-95 Prozent). Anlangend den Verkehr, wurden im ganzen 490-17 Millionen Personen befördert (gegen 1911 + 31-53 Millionen = 6-88 Prozent). An Gütern gelangten 591-312 Tonnen zur Beförderung (+ 7-93 Prozent).

Die Betriebseinnahmen betragen 76-51 Millionen Kronen. Die Betriebsausgaben betragen 53-37 Millionen Kronen (hierunter beim elektrischen Betrieb 51-27 Millionen). Der Betriebsnettoertrag bezifferte sich mit 27-14 (gegen 1911 + 1-91) Millionen Kronen.

Literatur.

Was zählte ich bei Geburten, Trauungen und Begräbnissen dem Pfarrer? So lautet der Titel einer soeben im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung erschienenen Broschüre, welche die Biologordnungen behandelt. Sie gibt eine Hebersicht über die Kirchengebühren bei Trauungen, Begräbnissen u. s. w. in allen Einzelheiten. Sie enthält auch ein Formular für die oft notwendigen Anzeigen wegen Taxüberschreitung. Die Broschüre ist für alle, die bei Geburten, Trauungen und Begräbnissen mit Pfarrern zu tun haben, unentbehrlich. Sie bildet das zweite Heft des praktischen Führers durch die österreichische Gesetzgebung, von dessen erstem Heft „Wie fahiere ich?“ in wenigen Tagen 10.000 Exemplare verkauft worden sind.

Das Grabdenkmal Franz Schuhmeiers, zu welchem jetzt Tausende Wiener Arbeiter wallen, bringt in einer künstlerisch ausgeführten Abbildung die Beilage der heutigen Märzzeitschrift. Die Zeitschrift mit ihrem reichen und interessanten Inhalt kostet samt der Beilage nur 20 Sch. Wo diese Schriften ausnahmsweise bei unseren Partei- oder „Glühlichter“-Kolporteurs nicht zu haben sein sollten, da empfielt sich die Vorbestellung des Betrages von 25 Sch. in Briefmarken an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Sumpendorferstraße Nr. 18, worauf sofortige Frantozusendung erfolgt.

Versammlungsanzeigen.

- In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt:
Reichenburg. Am 20. März um 8 Uhr abends im Vereinshaus, Rohanresgasse.
Riltsch. Am 21. März um 4 Uhr nachmittags Wächterversammlung im Vereinslokal.
Wolfsberg. Am 21. und 25. März um 8 Uhr abends Zugbegleiterversammlung in Labis Gasthaus.
Eisenegg. Am 22. März um 3 Uhr nachmittags in Scheidls Gasthaus.
Windischgarsten. Am 22. März um 1 Uhr nachmittags im Gasthaus „zur schönen Aussicht“.
Feldkirchen. Am 22. März Wählerversammlung.
Brud a. d. Mur II. Am 22. März um 4 Uhr nachmittags in Friebers Gasthaus in Diemlach Generalversammlung.
Sandau. Am 22. März um 3 Uhr nachmittags in Kuffl Bahnhofrestauration.
St. Michael bei Leoben. Am 22. März um 3 Uhr nachmittags in Schmanns Gasthaus Versammlung der Oberbauarbeiter. Ausschussung am 1. April.
Krems a. d. Donau. Am 25. März um 8 Uhr vormittags Generalversammlung im Vereinslokal.
Brünn I. u. B. Am 25. März um 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal, Grillowitzergasse 55, Generalversammlung.
St. Veit a. d. Glan. Am 25. März um 2 Uhr nachmittags im Hotel Stern Generalversammlung.
Friesach. Am 25. März um 9 Uhr vormittags in Seforts Gasthaus in Friesach konstituierende Versammlung.
Komotan. Am 25. März um 2 Uhr nachmittags in Dick's Gasthaus in Oberdorf.
Mauthausen. Am 25. März um 8 Uhr vormittags im Gasthaus „Drei Kronen“ Generalversammlung.

Advertisement for Malzkaffee. Text: Gebrannte Gerste ist noch lange kein Malzkaffee, da sie nicht gemälzt ist! Malzkaffee ist aber noch lange kein Kathreiners Kneipp-Malzkaffee, da nur dieser durch das daran berühmte Kathreiner-Verfahren einen wirklichen Kaffeegeschmack besitzt. Echt nur in geschlossenen Originalpacketen, niemals offen ausgewogen.

Advertisement for a concert. Text: Achtung, Eisenbahner! Sonntag den 22. März 1914 findet in eurem Gewerkschaftshaus „Eisenbahnerheim“ ein Varieté-Abend verbunden mit Konzert und ausserlesenem Programm statt. Mitwirkende: Brüder Kontraz, humoristisches Salonduett. Willi Wonn, Humorist. Christl Walberg vom Thalia-Theater. Franz Fuzar, Grottesquikomiker. Karl Zeilinger in seinem lustigen Original-Repertoire. Am Klavier: Komponist und Kapellmeister Karl Zeilinger. Beginn 1/2 8 Uhr abends. Ende 1/2 12 Uhr nachts. Kassaöffnung 6 Uhr abends. Eintritt inklusive Garderobe 70 Heller. Zum Ausschank kommt Pilsner Urquell vom Kaiser und Ottakringer Kaiser Lager sowie vorzügliche Weine. Gute Küche. Mäßige Preise. Ab 3 Uhr im Speisesaal: Klavierkonzert mit Gesangsbelegungen. Alle Eisenbahner samt ihren Frauen werden höflichst eingeladen. Die Verwaltung.

Strahhof. Am 25. März um 2 Uhr nachmittags in Bartoichs Gasthaus Generalversammlung.
Wien-Neubau. Am 26. März um 7 1/2 Uhr abends im Hotel „Kranz Josefsbahn“, IX, Nordbergstraße 4, Generalversammlung.
Büschbach a. See. Am 29. März um 1/3 Uhr nachmittags im Gasthof „Seerose“ Generalversammlung.
Arnoldstein. Am 29. März Eisenbahnerversammlung.
Turnau. Am 19. März um 8 Uhr abends.
Schredenstein. Am 30. März um 8 Uhr abends in Fischer's Restaurant in Krammel Generalversammlung.
Wien-Neubau. Am 31. März um 1/2 Uhr abends im Arbeiterheim in Meidling Versammlung der Magazinsdiener der Südbahn.
Triest-St. Andrä. Am 1., 2. und 3. April um 8 Uhr abends im Gasthaus „International“, Via Rinaldo Carli 10, Turnusbesprechung der Zugbegleiter.
Wien-Gumpoldsdorf. Am 2. April um 7 Uhr abends in Lindner's Gasthaus, III, Dianagasse 7, Lichtbildervortrag.
Budweis. Am 5. April im Gasthaus „Sarajevo“ in Subweiss, Kuboffstädterstraße, Versammlung des Verschubpersonals.
Tuz. Am 5. April Monatsversammlung im Vereinslokal.
Görs. Am 5. April um 3 Uhr nachmittags in Voschs Gasthaus Generalversammlung.
Eggenburg. Am 5. April um 4 Uhr nachmittags im Gasthaus „Kaspa“ Generalversammlung.
Kudig. Am 5. April im Vereinslokal Versammlung der Oberbauarbeiter.
Brüx. Am 5. April um 8 Uhr abends im Café Central.
Oberleutensdorf. Am 5. April um 1/2 Uhr abends im Vereinslokal.
Kriegsdorf. Am 5. April um 3 Uhr nachmittags in Langner's Gasthaus.
St. Michael ob Leoben. Am 8. April um 8 Uhr abends in Ujchmanns Gasthaus Vereinsversammlung.

Sprechsaal.

Den Signalmeistern zur Beachtung!

Die regelmäßigen monatlichen Versammlungen der Vertrauensmänner der organisierten Signalmeister in Böhmen, welche allen organisierten Kollegen zugänglich sind, werden in Prag, Restaurant Sigalek, und zwar am ersten Samstag nach dem Ersten des betreffenden Monats um 7 Uhr abends abgehalten.
 Zutreffend sind zu richten an Josef Stieglitz, Karolinenthal, Palacystraße 66, oder Josef Banek, Prag II, Königsstraße 899.

Lebensmittelmagazin Görz.

Laut Beschluß der Sitzung der Vertrauensmänner der Ortsgruppen Görz II und III des Allgemeinen Reichsbahn- und Gewerkschaftsbereiches wurden folgende Kandidaten für den Vorstand und Aufsichtsrat aufgestellt:

- Vorstand:**
 Rudolf Doma, Stationskassier.
 Josef Flah, Bahnmeister.
- Aufsichtsrat:**
 Heinrich Claus, Betriebsleiter, Heizhaus.
 Gottfried Ginsky, Assistent, Stationsbeamter.
 Ernst Schwarz, Assistent, Stationsbeamter.
 Rudolf Weidenthaler, Lokomotivführer.
 Friedrich Trattner, Platzmeister, Station.
 Rudolf Klein, Schlosser.
 Ignaz Gerić, Stationsarbeiter.

Wir ersuchen im Interesse des Lebensmittelmagazins und Konsumenten die Herren Mitglieder des Lebensmittelmagazins die Stimmen diesen Kandidaten zu geben, weil wir von der Ueberzeugung sind, daß diese sich um das Wohl der Konsumenten jederzeit sowie auch für eine gute Verwaltung des Magazins einsetzen werden.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Linz.

Bei der letzten Grundlohnhöhung als auch bei der allgemeinen Lohnvorrückung wurden die Bahnerhaltungsarbeiter in Wels und Umgebung nicht berücksichtigt. Da nun die Wohnungsmietzinse als auch die Lebensmittelpreise in Wels von den Bahnerhaltungsarbeitern ebenso als von den anderen Bediensteten als drückend und teuer empfunden werden, so bitten die Bahnerhaltungsarbeiter, eine k. k. Staatsbahndirektion möge auch ihnen jene Zulagen gewähren, welche die anderen im Tagelohn stehenden erhalten haben.

An die Verkehrsdirektion der Südbahn.

Das gesamte Personal der Station Gili hat am 26. Mai 1913 ein Gesuch um Erhöhung des Quartiergeldes an die Verkehrsdirektion im Dienstweg eingeschickt. Da längere Zeit keine Antwort erfolgte, so wurde durch die Wittsteller am 26. September 1913 in dieser Angelegenheit urgirt. Ebenso sind die Erledigungen der vor zwei Jahren eingebrachten Anliegen der Bahnerhaltungs- und Verkehrsbediensteten noch ausständig. Das Personal der Station Gili bittet daher nochmals um eine endliche Erledigung dieser für die Betroffenen sehr wichtigen Angelegenheiten.

Offene Bitte an Seine Exzellenz den Herrn Eisenbahnminister.

Cure Exzellenz!

Der ergebnis Geseftigte richtet an Cure Exzellenz die ergebnis Wille, den schwereren Unterdrückungen und Rechtslosigkeit, die dem ergebnis Geseftigten und seinem Zeugen in seinem disziplinären und strafgerichtlichen Verfahren von Seiten der k. k. Nordbahndirektion und mehr noch durch das k. k. Betriebsinspektoria Wien zugefügt werden, ein Ende machen zu wollen.

In seiner eigenen Angelegenheit fühlte der ergebnis Geseftigte aus Gründen der Verteidigung vor Gericht vorläufig nichts an, bis das k. k. Kreisgericht Arneuburg sein Urteil gesprochen, dafür aber für seinen einzig noch übriggebliebenen Zeugen, Stationsmeister Hans Malik, derzeit in Gumpoldsdorf stationiert. Dieser hat die von dem ergebnis Geseftigten vor anderthalb Jahren gegen seinen früheren Dienstvorstand, Offizial Rudolf Weidel in Feldberg, erhobene schwere Beschuldigung in protokolllarischem Einbernehmen bestätigt, weshalb auch Malik von Seiten der vorgelegten Dienststellen drangsaliert wurde, ohne sich jedoch von seiner wahrheitsgetreuen Aussage abbringen zu lassen. Die Folgen dieser Selbstaten waren mehrere Beschwerden des Herrn Malik an die k. k. Nordbahndirektion, in welcher er unter anderem auch Beschuldigungen gegen den Fachbeamten Adalbert Langer, einen der Haupt-schuldigen an den Vorgängen, und gegen den Stationsmeister Josef Drabina in Feldberg aussprach. Bei der vor mehr als

drei Wochen durch die k. k. Nordbahndirektion vorgenommenen Erhebung wurden beide Angeeschuldigten zur Einbringung einer gerichtlichen Klage aufgefordert und Herrn Malik die Disziplinarmessung angekündigt. Nun scheint es, daß beide Angeeschuldigte diesen Schritt scheuen, denn laut einer Zuschrift des Betriebsinspektoria wurde Malik mit einer Strafe von 20 Kr. belegt, weil er die Beweise seiner Beschuldigung nicht erbracht habe. Also auch er wird nicht durch die Direktion bestraft, damit seine Berufung nicht an das hohe k. k. Eisenbahnministerium gerichtet werden könne. Und so ging es auch dem ergebnis Geseftigten, dem ebenso wie seiner Frau und Herrn Malik der Zutritt zu Sr. Exzellenz dem Herrn Nordbahndirektor verweigert wurde, und dessen gestempelte Beschwerde an das hohe k. k. Eisenbahnministerium seitens der k. k. Nordbahndirektion zurückgehalten wurde.

Der ergebnis Geseftigte ist aus den vorher angeführten Gründen gezwungen, an dieser Stelle die Bitte um Einleitung einer strengen und gerechten Untersuchung zu bitten, und zieht die Verantwortung für diesen Schritt, wie er es in der öffentlichen Verhandlung beim k. k. Bezirksgericht, in Feldberg ausgesprochen, der k. k. Nordbahndirektion und dem k. k. Betriebsinspektoria Wien zu.

Hermann Kühner, Stationsmeister,
Lundenburg, k. k. Nordbahn.

Briefkasten der Redaktion.

Roboth. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen ist es vollständig ausgeschlossen, daß Ihr Annoncen im Sinne Ihrer Ausführungen gekürzt werden kann. (166 J. M. 914.) — **W. Sch. 258.** Nach § 47 Gebührengesetz gebührt den Wächtern des Bahnerhaltungsdienstes in Streden mit Schnellzugsverkehr eine Schnellzugsrabatte, kann ihnen jedoch nach Punkt 2b und c des § 47 auch entzogen werden. (211 J. M. 914.) — **Taura.** Siehe § 15, Ziffer 6, des Pensionsfondsstatuts. Das Ministerium „kann“ die Milderung ausnahmsweise bewilligen, „muss“ es aber nicht tun. Wenn jedoch Sie gekündigt respektive entlassen werden, bekommen Sie die Einzahlungen ohne weiteres retour. — **J. 2002** in Junisdruck. Sie haben recht. Ohne zwingende Gründe dürfte der verantwortliche Schriftleiter Herr Karl Pittmann nicht von der Hauptleitung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner gegangen worden sein. Jedemfalls war er sehr „ehrenfest“. Wir werden nächstens darüber berichten.

Insertate

Für den Inhalt der Insertate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Erstes amerik. Schuhersandhaus

3 Kronen per Paar

Leo Edel, Wien I, Fleischmarkt 15.

Selbstlade Pistolen

u. Original
Bromning

Bial & Freund, G. m. b. H.

Mannes - Unglück!

Fritz Arndt, G. m. b. H., Berlin SO 33, Abt. 6.

Einladung zu der am Montag, 6. April 1914, 8 Uhr abends in der Restauration „Eisenbahnerheim“, Wien V, Bräuhausg. 84, Stubzimmer Nr. 1, stattfindenden

XIV. ordentlichen Generalversammlung

des Eisenbahner-Versicherungs-, Spar- und Vorruhe-Institutes „Rugrad“ (reg. Gen. m. b. H.) in Wien, V. Bezirk, Bräuhausgasse 84 (Eisenbahnerheim).

Wien, den 20. März 1914. **Josef Grill, Obmann.**

Einladung zu der am 22. März 1914 um 2 Uhr nachm. in der Speisehalle der Werkstätte stattfindenden

XIX. ordentlichen Generalversammlung

der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Bedienstete der k. k. Staatsbahnen in Linzfeld, reg. Gen. m. b. H.

Z Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Protokolls der letzten ordentl. Generalversammlung. 2. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes. 3. Rechnungsbericht des Vorstandes und Beschluss für das nächste Jahr. 4. Bericht des Aufsichtsrates und Erteilung des Abschlusses. 5. Sonstiges.

Für den Vorstand:
Johann Zechner Schriftführer.
Georg Strohsüßel Direktor.

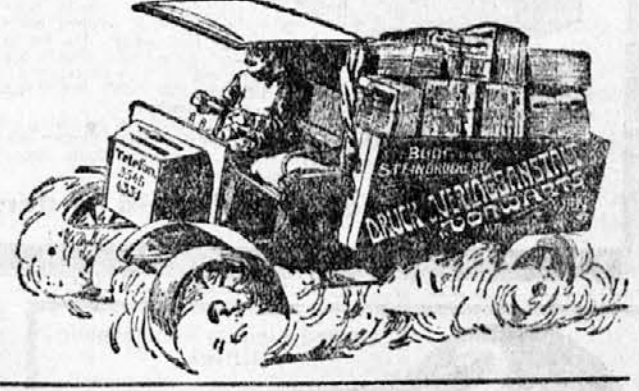
Neu erschienen ist die für Ehekleute des Arbeiterstandes empfehlenswerte Schrift:

Wie schütze ich mich vor starkem Familienzuwachs?

Auf gesunde Art. — In Deutschland sechsmal beschlagnahmt. — Zu beziehen durch die

Wiener Volksbuchhandlung IGHAZ BRAND & Co., VI/1, Gumpendorferstr. 18

Preis 60 Heller oder gegen Einsendung von 70 Hellern in Briefmarken portofrei ins Haus. In geschlossenen Brief 60 Heller.



— Mais —

Ein toller Stammtisch-Abend!

Die wichtigste Erfindung, welche Sie je gesehen haben! Wer gern lacht, lebt an längeren! Sie werden sich ausführen lassen, wenn Sie die Wägel erzählen, werden deren fabelhaften Humor zu schätzen wissen. Die Kumpel'sche Weinbrennerei hat neue Stunden und liefert sie jede Menge ohne die Verdienlichkeit für Sie

Dieses Buch umsonst!

| | | |
|------------------------------------|------------|-----------|
| vollkommen trocken . . . | per 100 kg | kr. 10.50 |
| gebroschen (schrot) . . . | 100 | 15.00 |
| Reinheitsgrad . . . | 100 | 12.80 |
| Futtermittel und Milch . . . | 100 | 15.40 |
| mehl kr. 6 . . . | 100 | 21.20 |
| Kornmehl . . . | 100 | 2.80 |
| Korn . . . | 100 | 2.80 |
| Warenmarken, echt, per Liter . . . | 2.00 | |

Verwendet jedes Quantum gegen Vorname **Evans Cognac**, Landesproduktgeschäft in Kralburg.

Kropf

Pro Paar 8 Kr. 10 Kr.

Kommissschuhe

Wiederlich gerichtet! 45

500 Kronen!

50.000 Paar Kommissschuhe

Postentwurf.

Frauen! + Hüfte!

Speisefartoffeln.

3. J. J. J. in Kralburg

Klassen-Lotterie-Lose

1,000.000 Kronen

Schlösser

Alle Männer

vegetabilischem Bruchbalsam

Auf Raten

Moderne Folterqualen



Schlimmer als im Mittelalter die Folterknechte ihre Opfer quälten, quält die modernen Menschen heute die Nervosität. Sie tritt unter den verschiedensten Formen auf. Sehr oft ist sie begleitet von Gliederreihen, Rücken, erhöhter Empfindlichkeit gegen Geräusche, Gerüche und andere äußere Einwirkungen, Kopfschmerzen und bohrende, reizende oder stechende Schmerzen im Gesicht, Hals oder Armen, Schwindelanfällen oder Wahnwahrungen, Ameisenkriechen und Gefühl von Taubheit, Herzklopfen, Mattigkeit, plötzliches Verlangen des wachstüchtigen, Unruhegefühl, Schlaflosigkeit, launisches oder unruhiges Wesen, Reizbarkeit, besonders morgens nach dem Aufstehen, Rücken- und Gelenkschmerzen, Gefühl flatternder Bewegungen, Kopfen in den Schlägen, Beklemmungen, Migräne, Krämpfe (auch Zuck-, Bein- und Gähncrämpfe), Schreckhallen, Schwindelanfälle u. Wenn einzelne dieser Erscheinungen bei Ihnen auftreten, so können Sie mit Bestimmtheit annehmen, daß die Nervosität auch Sie zu quälen beginnt. Sollten mehrere solcher Anzeichen bei Ihnen sich eingestellt haben, so ist Ihr Zustand unweigerlich schon bedenklicher. Das Nervosität und dessen Ursache, das Gehirn, wird langsam erschöpft, früher oder später erfolgt dann ein völliger Zusammenbruch und ein Totalversinken der geistigen und körperlichen Kräfte. Ein hochgradig nervöser Mensch sollte nicht lange zögern, sondern sehr bald etwas für seine Besserung tun, ehe seine Kräfte ruiniert sind und er zum Geisteskranken herabsinkt. Die natürliche Behandlung solcher Leiden ist nicht durch Medizin oder sogenannte Nervennährmittel zu erreichen, sondern einzig und allein durch ein Mittel, das die Energie hebt und die Nerven stärkt. Zu diesem Zwecke ist nichts Besseres geeignet als Maitain, das neue, wunderbare Stärkungsmittel für die Nerven. Es würde hier zu weit führen, wenn ich eine ausführliche Erklärung für die Wirkungsweise des Maitain geben wollte. Ich siehe es deshalb vor, Ihnen Gelegenheit zu geben, sich selbst zu überzeugen. Sie sollen selbst prüfen und beobachten, wie Maitain wirkt! Deshalb habe ich mich entschlossen, jedem Verdächtigten, der an mich schreibt, eine Probebox umsonst und franko zu übersenden.

Gleichzeitig erhalten Sie eine interessante Broschüre, in der Ihnen erklärt wird, warum Maitain solche wunderbare Wirkung auf Gehirn und Rückenmark ausübt. Senden Sie mir ein Geld in Höhe von 10 Heller zu frankieren. Da ich in der Schweiz wohne.

Ulrich Hohl, Heiden 46 in der Schweiz.



Brüner Stoffe

für Herren- und Damenkleider zu billigsten Fabrikpreisen kauft man am besten bei

Etzel & Dostal, Brünn
Schwedengasse Nr. 153.
Lieferanten des Lehrerbundes und Staatsbeamtenvereines.

Durch direkten Stoffkauf vom Fabrikplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinste Mass wird geschneitten.

Reichhaltige Musterkollektion postfrei zur Ansicht.

Ohrensausen

Ohrenfluß, Schwerhörigkeit, nicht angeborne Taubheit beseitigt in kurzer Zeit **Gehöröl** Marke Zeit **gratis**. Preis Kr. 4.—, Doppelpackung Kr. 6.50. Versand postfrei durch die Stadtapotheke Pfaffenhofen am Alm *145 (Bayern).

Hausgefelchtes

Kaiserlich Nr. 170, Schinken Nr. 220, Rostschinken 2 Kr., frisches Schweinefleisch Nr. 170 per Kilogr., Schweinefleisch per Paar 56 Heller versendet **Regulisch in Frantschfeld** Unterleithenmarkt.

1000fachen Dank!

Frau Anna Wittich an Gicht und Rheumatismus, auch Schlaflosigkeit und sonstigen Folgen des Rheumatismus. Ich nahm **Wohlgeschmecktes Pulver** und Wäber in großer Anzahl, aber nichts wollte helfen; da erfuhr ich von Ihrer bewährten Wohlgeschmeckten (A. Stiller Nr. 130) und versuchte auch noch dieses Mittel. Zu meiner größten Freude kann ich konstatieren, daß jetzt nach 14tägigem Gebrauch Ihrer Seife alle Schmerzen und Schlaflosigkeit geschwunden sind und ich mich so wohl fühle wie schon jahrelang nicht. Kann daher Ihre bewährte Seife jedem Mann auf das wärmste empfehlen. **Josef Wismannberger, St. Pölten, Dierbergsfeld, Lederergasse 10.**

Bohl-Seife

(bevorzugt bei Gicht, Rheuma und Gichterschlag) Sie sich auch bei Reizen, Stichen, Zuden, Rheuma und Gichterschlag vorzüglich bewährt hat, ist zu haben in Kartons à Kr. 3.00 direkt beim Erzeuger **J. G. Bohl, Braunau am Inn Nr. 12**, Depots in Wien: **Apotheken: 1. Mantengasse 6, Graben 7, Fleischmarkt 1, Döber Markt 6, Wollzeile 13, XI, Weinlauger Dautstraße 45.**

Bei Flechten

leiden aller Art, speziell bei nässenden und Schuppenflechten unübertrefflich. **Säuberschlagen, Säuberschlagen**, selbst in den hartnäckigsten Fällen, wo alle bisher angewandten Mittel versagen, verschafft **Apotheker Stauders**

Eczema-Balsam

loset Hilfe. — Eczema-Kur ohne jede Berufshilfe. — Preis 5 Kr.

Probeflasche 3 Kr.

Mein nur echt und postfrei durch die **Reichliche Apotheke, Kaufbeuren, D. 27** (Bayer. Allgäu). Zahlreiche Zeugnisschriften von Geheilten.

KROPF

(Schilddrüse, Bluthals, Drüsenanschwellungen) beseitigt man in ganz kurzer Zeit durch

Dr. Reinhard's Kropfbalsam

Preis 4 Kr. 3 Flaschen 10 Kr. Alleinversand zollfrei durch die chem. Laboratorium, Burghausen A 9 (Oberbayern.)

UHREN

Uhren, Gold-, Silber- und optische Waren gegen mäßige Monatsraten in bekannt guter Qualität und billigen Preisen liefert

Franz Sklar

Exporteur für Uhren und Goldwaren Illustrierte Preisliste auf Verlangen gratis und franko.

Trinken Sie gern?

echten Kognak, ff. Liköre, Bier, Limonaden u. s. w. Sie erhalten von mir ohne irgendwelche Verbindlichkeit ein Buch mit Rezepten zur Ausbildung dieser Getränke und

1 Flasche Likör gratis

gegen Fortübergabe von 20 H in Marken.

Max Noa, Kgl. Hoflieferant

V. SPANLEN U. GRIECHENLAND **Bodenbach a. d. E. 182.**

Mit jedem Tage

werden die Ansprüche größer, die man an das Können des Einzelnen stellt. Nur mit gediegenen Kenntnissen kommt man heute vorwärts und besteht siegreich den harten

Kampfs Dasein.

Bedenken Sie sich daher der weltberühmten Selbst-Unterrichtswerke „System Karnach-Hachfeld“ zu Ihrer Weiterbildung. Größt. Ansbildung zum **Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeug- u. Maschinenbauer, Maschinenkonstruktions-Ingenieur, Form- u. Gießereimeister, Gießerei-Techniker, Kunstschlosser und Kunstschlosser- u. Lokomotivheizer und -Führer, Eisenbahn-Techniker, Elektromechaniker, Elektromechaniker, Elektroinstallateur, Elektroingenieur, Ausführende Prospektanten** eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnach-Hachfeld“ mit Probefragen werden auf Verlangen jedem kostenlos zugesandt. **Schallehn & Wollbrück** Wien XVII, Schwendberg 59.

OLLA-GUMMI

beste existierende Marke für Herren und Damen, per Dutzend 4, 6, 8 und 10 Kronen.

Neuheit für Herren

dauernd zu gebrauchen, per Stück 2 und 4 Kronen.

Frauenschutz, jahrelang haltbar, per Stück 3, 5 und 10 Kronen.

Preisliste der neuesten Schutzmittel, verschlossen, gegen 20 h. Marke.

J. GRUNER

Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E. Adresse aufheben, es wird Sie nie rufen.

abgelegte Herrenkleider

spottbillig nur bei **Heinrich Weinberger** I. Bez., Singerstraße Nr. 6. Kleider auch leibweise.

Wasserlucht

Nierenleiden, Herzbeschwerden, Blasenkatarrh, Sand und Gries, Zuckerkrankheit, geschwollene Füße beseitigt man rasch durch **Dr. Kevillos Herz- und Wasserluchttee**. Preis 4 Kronen, 3 Pakete 10 Kronen. Versand postfrei durch: **Stadtapotheke Pfaffenhofen a. d. Alm 10** (Wien).

Wissen macht frei!

Von berühmten Doktoren und Professoren im eigenen Gebrauch. Idealster Frauenheilmittel. Broschüren gratis und franko. Dr. Strupp'sches. Vertretung: **Ferdinand Modré** Ahtinghütte in Krain.

Rheumatismus

Gicht, Ischias, Nervenschmerzen Aus Dankbarkeit teile ich jedem Mann umsonst brieflich mit, wie ich von meinem schweren Leiden befreit wurde. **Käthi Bauer, München** Mozartstrasse 5/A * 159

Hyg Gummi

ohne Nachnahme, daher kein Risiko! Ausprobieren sofort verlangen. **Verhandlung Weißberger**, Wien, Gumpendorferstr. 139, 2. Stiege.

Beste und reellste Bezugsquelle! Billige **Bettfedern, Daunenn**

JOSEF BLAHT DESCHENITZ

1 Kilo graue, geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4.—, bessere K 6.—, Herrschaftsschiff, schneeweiß K 8.—, hochprima K 9.50, Daunenn, grau K 6.—, 7.— und 8.—, Brustbaum K 12.—, Kaiserbaum K 14.—, von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtabigem roten, blauen, gelben oder weißen Nanking: 1 Tuchent circa 180/120 cm groß, samt 2 Kopfpolstern, diese circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen grauen, dauerhaften Federn, K 10.—, Halbdaunen K 20.—, Daunenn K 24.—, Tuchent allein K 18.—, 24.— und 18.—, Kopfpolster allein K 8.—, 8.50 und K 4.—, Tuchent, circa 180/140 cm groß, K 15.—, 18.— und 20.—, Kopfpolster, circa 80/70 cm groß, K 4.50, 5.— und 5.50, Unterbett, circa 180/116 cm groß, K 13.—, 15.— und 18.— versendet gegen Nachnahme, Verpackung gratis, von K 10.— an franko.

Josef Blahut in Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald). Nichtpostlebens umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franko.

MÖBEL Wiens beste u. billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen allbekannte und langjährig bestehende **Fünfhäuser Möbelniederlage** Wien XV/1, Mariahilferstrasse 142 (neben der Löwendrogerie).

Bestückte Zimmereinrichtungen von 140 Kr. aufwärts; Kücheneinrichtungen von 40 Kr. aufwärts; moderne Küchen, weiß, von 70 Kr. aufwärts; Schlaf- und Speisezimmer von 280 Kr. aufwärts; Büchschrank von 60 Kr.; Betteneinlage von 9 Kr.; Matrassen von 12 Kr.; einzelne Möbel billig. Kleiner Preis-Katalog für Broschüre gratis. Großes Möbelabum für 90 Heller in vielen Marken gratis.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Anschauung.

Zufuhr in alle Bezirke und Bahnhöfe frei.

Warnung! Käufen Sie genau auf meine Firma **Fünfhäuser Möbelniederlage** und meine **Schuhmarke „Rundfuß“**, welche als Kennzeichen meines Geschäftes in Lebensgröße in meinem Schaufenster ausgehängt ist. Lassen Sie sich nicht irreführen. Sie sind erst dann beim richtigen Geschäft, wenn Sie neben **Schuhmarke**, Firma und Namen auf gelben Schildern vor dem Geschäftstotal sehen.

Euer Wohlgebohrer!
Ich spreche hiermit meinen besten Dank und Gürtelndheit aus, für die prompte und reelle Beantwortung Ihrer Briefe. Werde auch stets Ihre wertere Firma bei meinen Kollegen anempfehlen. Die Möbel sind in tadellosem Zustand wohlbehalten angekommen. Zeichne mit aller Hochachtung
Knuttsfeld. Johann Adam.

Bei Alten, schmerzhaften Fußleiden (offenen Wunden, eiternden Wunden u. hat sich **Apotheker Sell's Fuß-Salbe** in Verbindung mit Gaze und Blutreinigungster (Preis fomb. Kronen 8.90 inkl. Post) vorzüglich bewährt. Weitens verschwinden Schmerzen sofort. Anerkennungs-schreiben laufen fortwährend ein. **Sell's Fuß-Salbe**, präpariert mit vier gold. Medaillen ist echt nur allein zu beziehen durch die **Sell'sche Apotheke, Osterhofen B 23** (Niederbayern). Vor minderwertigen Nachahmungen wird gewarnt, man achte deshalb genau auf meine Firma.

Wilhelm Beck & Söhne k. u. k. Hoflieferanten

Wien VI, Hirschengasse 25

Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungsarten

Preiskurante gratis und franko

Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)

Billige **Bettfedern und Daunenn**

1 Kilo graue geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4.—, prima daunenweiße K 6.—, hochprima K 7.—, 8.— und 9.50, Daunenn, grau K 6.—, 7.—, weiße prima K 10.—, Brustbaum K 12.—, von 5 Kilo an franko.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtabigem roten, blauen, gelben oder weissen Inlett (Nanking), 1 Tuchent ca. 180 cm lang, 120 cm breit, samt 2 Kopfpolstern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen grauen, daunenigen und dauerhaften Bettfedern K 10.—, Halbdaunen K 20.—, Daunennfedern K 24.—, Einzelne Tuchente K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Kopfpolster K 8.—, 8.50, 4.—, Tuchente 200/140 cm gross K 13.—, 16.—, 18.—, 20.—, Kopfpolster 80/70 cm gross K 4.50, 5.—, 5.50, Unterluchente aus bestem Bettgeradel 180/116 cm gross K 13.— und K 15.— versendet von K 10.— an franko gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Max Berger in Deschenitz Nr. 249/3, Böhmerwald Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige illustrierte Preisliste aller Bettwaren gratis.

Billige **Bettfedern** 5 Kilo: neue geschlossene K 2.80 bessere K 12.—, weiße daunenweiße geschlossene K 18.—, K 24.—, schneeweiße daunenweiße geschlossene K 20.—, K 26.—, K 42.—, aus rotem Bettinlett gefüllt, 1 Tuchent über 1 Unterbett 180 cm lang, 116 cm breit K 10.—, K 12.—, K 15.— und K 18.—, 8 Bettfedern 140 cm breit K 13.—, K 15.—, K 18.—, K 21.—, 1 Kopfpolster 80 cm lang, 50 cm breit K 5.—, K 5.50 und K 4.—, 80 cm lang, 70 cm breit K 4.50 und K 5.50. Anfertigung auch nach jeder Bestellung. Maßgabe 3-teilige Ganz-Matrassen auf 1 Bett à K 27.—, bessere K 33.—, Versand franko per Nachnahme von K 10.— aufwärts, Umtausch und Rücknahme gegen Fortübergabe gestattet. **Arthur Wolner, Lobes Nr. 170** bei Bülten, Böhmen.

Mit Verlust!

Bestellt auch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreie Reste, enthaltend: Prima-Kanendas für Bettüberzüge, starken Hemdoyford, Zephyr für Hemden und Kleider, Blaudrud, Blusen- und Kleiderstoffe, Seimwand u. Alles in Prima-Qualität 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis 14 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.

Alois Vodak Leinwanderei Nachod (Pilsen).

HAMMERBROT

sel das tägliche Bröt des Arbeiters. Er nützt sich und seiner Organisation durch ständigen Bezug desselben. Es ist der Preisregulator unseres täglichen Brotes und bekannt durch reelles Gewicht und gute Qualität.

Verlaggeber **Josef Tomschil**. — Verantwortlicher Redakteur **Frans Eil**. — Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ **Swoboda & Co.**, Wien, V., Rechte Wienzeile 97.

Beste böhmische Bezugsquelle! Billige **Bettfedern!**

1 kg grau, gute, geschlossene K 2.—, bessere K 2.40; prima halbweiße K 2.80; weiße K 4.—; weiße, Naumige K 6.—; 1 kg hochprima, schneeweiße, geschlossene K 8.—, K 10.—; 1 kg Daunenn (Planm), grau K 6.—, K 7.—; weiße, feine K 10.—; oberfeinste Brustbaum K 12.—. Bei Abnahme von 5 kg franko.

S. Benisch

Fertig gefüllte Betten

aus dichtabigem roten, blauen, weißen oder gelben Nanking, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, samt 2 Kopfpolstern, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, daunenigen Bettfedern 16 Kr.; Halbdaunen 20 Kr.; Daunenn 24 Kr.; Einzelne Tuchente 10 Kr., 12 Kr., 14 Kr., 16 Kr.; Kopfpolster 8 Kr., 8 Kr. 50, 4 Kr.; Tuchente, 200 cm lang, 140 cm breit, 18 Kr., 14 Kr. 70, 17 Kr. 80, 21 Kr. Kopfpolster 60 cm lang, 70 cm breit, 4 Kr. 50, 5 Kr. 20, 5 Kr. 70; Unterluchente aus bestem, gestreuten Grabl, 180 cm lang, 116 cm breit, 13 Kr. 50, 14 Kr. 50, Versand gegen Nachnahme von 12 Kr. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpostlebens Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen. Reichhaltige Preisliste gratis und franko.